



Studienabschlussarbeiten

Fakultät für Sprach- und
Literaturwissenschaften

Münchner Beiträge zur Sprachwissenschaft (Slavistik)

Poreba, Anna:

Sprache und Politik am Beispiel des Polnischen

Magisterarbeit, Sommersemester 2009

Gutachter: Schweier, Ulrich ; Sedmidubský, Miloš

Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaften

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.11884>

LUDWIG – MAXIMILIANS – UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

INSTITUT FÜR SLAVISCHE PHILOLOGIE

Sprache und Politik am Beispiel des Polnischen

Hausarbeit zur Erlangung des Grades des
Magister Artium eingereicht am: 01.10.2009

Vorgelegt von:
Anna Poreba

Referent: Prof. Dr. Ulrich Schweier
Koreferent: Prof. Dr. Miloš Sedmidubský

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Forschungsüberblick	7
3	Sprache und Politik	18
3.1	Die politische Kommunikation	18
3.2	Die Sprache der Politik – eine Sprachvarietät?	27
3.3	Der politische Wortschatz	34
4	Die Propagandasprache der Volksrepublik Polen – die Nowo-mowa	43
4.1	Historisch-politischer Hintergrund: Die Volksrepublik Polen	46
4.2	Der Ursprung der Nowo-mowa	48
4.3	Die inneren Mechanismen der Nowo-mowa	49
4.4	Die sprachlichen Mittel der Nowo-mowa	53
4.4.1	Das inklusive „wir“	62
5	Markus Hubenschmid – ein Analysemodell politischer Reden	66
5.1	Der Handlungsbegriff	67
5.2	Das Modell einer Handlungssemiotik	71
5.3	Die Intentionalität	73
5.4	Die Sprechakttheorie	78
5.5	Der Prozesscharakter des Handelns (Text-Script)	82
5.5.1	Beispiel einer Script-Analyse	88
5.6	Die thematische Analyse	89
5.6.1	Beispiel einer thematischen Analyse	90
5.7	Die Illokutionsstruktur	92
5.8	Satzmodus und Satztyp	96
5.9	Illokutionäre Grundtypen	98
5.10	Beispiel einer Illokutionsanalyse	104
6	Die Analyse einer politischen Rede	108

7 Schluss	122
8 Anhang	125
8.1 Речь к солдатам на митинге в измайловском полку 10 (23) Апреля 1917 г.	125
8.2 Przemówienie radiowe i telewizyjne, wygłoszone 13 grudnia 1981 r.	127
9 Literaturverzeichnis	136

1 Einleitung

Sprache und Politik sind untrennbar miteinander verbunden. Politiker werben mittels Sprache für ihre Überzeugungen, bringen ihrem Publikum eigene Ideen, Ansichten und Meinungen nahe. Dabei gilt der Versuch, das Gesagte als „das Richtige“ darzustellen. Die zweifellose Zusammengehörigkeit von Sprache und Politik bringt Horst Grünert auf den Punkt, wenn er feststellt: „Politik wird durch (mit) Sprache entworfen, vorbereitet, ausgelöst, von Sprache begleitet, beeinflusst, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, motiviert, gerechtfertigt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert, be- und verurteilt“ (Grünert 1983, S. 43). Politische Handlungen müssen somit sprachlich übermittelt aber auch ausgearbeitet werden. Während in einem demokratischen Staat das Ziel des Politikers die Überredung und Überzeugung seiner Zuhörer ist, soll in einem totalitären System das Volk sprachlich in Schach gehalten werden. Diese einseitige Beeinflussung der Bürger hat den Zweck alle Zweifel am aktuellen politischen System zu unterbinden. Sprache gilt demnach als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele, sowohl im Pluralismus als auch in einem totalitären System. Doch mit welchen Mitteln gelingt es den Politikern die genannten Ziele zu erreichen? Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es einer genauen Untersuchung der Sprache der Politik. Doch kann die politische Sprache im Allgemeinen überhaupt definiert werden? Welche Unterschiede ergeben sich bei einem Vergleich der politischen Sprache in einem demokratischen Staat und der in einem totalitären System? Wie ist eine politische Rede aufgebaut und wie kann sie analysiert werden? Welche Schritte vollzieht ein Redner um seine politischen Ziele erreichen zu können? In der vorliegenden Arbeit wird versucht eine Antwort auf die soeben gestellten Fragen zu finden. Bereits der Titel der Arbeit macht deutlich, dass der Fokus der Untersuchungen auf der politischen Sprache in Polen liegt. Dabei fällt die Wahl bewusst auf eine bestimmte Phase der polnischen Geschichte: Auf die Volksrepublik Polen von 1944-1989 und somit auf die Blütezeit ihrer Propagandasprache, der sogenannten *Nowo-mowa*. Der Terminus *Nowo-mowa* ist in Anlehnung an den englischen Begriff *newspeak* zu verstehen, der aus der Erzählung „Nineteen Eighty-Four“ von George Orwell (1949) stammt und eine Sprache bezeichnet die dazu bestimmt ist, in einem totalitären System bestimmte ideologische Ziele zu erreichen. Dabei

wird in Kapitel 2 der Begriff *newspeak* auch in Zusammenhang mit der Sprache der Politik in der Sowjetunion erwähnt und ein Einblick in die ersten linguistischen Analysen des *newspeaks* gewährt.

Die Gründe für eine solche Eingrenzung und die daraus resultierende Behandlung der Nowo-mowa sollen bereits in Kapitel 3 deutlich werden, in dem zunächst „ausschließlich“ die politische Sprache im Allgemeinen beschrieben wird. Dabei soll als erstes die *politische Kommunikation* definiert werden. Wer ist an ihr beteiligt und welche Ziele streben ihre Aktanten an? Des Weiteren soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob die politische Sprache eine Sprachvarietät sei. Zudem gilt der Versuch einer Beschreibung des politischen Wortschatzes. Kapitel 3 dient somit eines Definierungsversuchs der politischen Sprache. Inwieweit sie beschrieben werden kann und auf welche Schwierigkeiten der Forscher dabei stößt wird anhand dieses Kapitels veranschaulicht.

Die darauf folgenden Kapitel behandeln die Propagandasprache der Volksrepublik Polen, die Nowo-mowa. Dieser große Teil der Arbeit soll mit ein paar allgemeinen Worten über die Nowo-mowa in Kapitel 4 eingeleitet werden. Ein kurzer Einblick in die polnische Geschichte und Politik von 1944-1989 in Kapitel 4.1 soll für das Verständnis bezüglich der politischen Umstände in dieser Zeit ausreichende Informationen liefern. Mit Kapitel 4.2 soll der Ursprung der Nowo-mowa ausführlich aufgezeigt werden bis die Darstellung ihrer inneren Mechanismen (4.3) und sprachlichen Mittel (4.4) im Mittelpunkt stehen kann. Mit Kapitel 4 wird folglich die Propagandasprache der Volksrepublik Polen exakt beschrieben. Der Leser soll außerdem auf die Unterschiede zwischen einem Beschreibungsversuch der politischen Sprache im Allgemeinen und einer Definierung der Nowo-mowa aufmerksam gemacht werden.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt auf der Analyse einer politischen Rede aus der Zeit der Volksrepublik Polen. Nachdem in Kapitel 3 zunächst der Versuch unternommen wird die Sprache der Politik so weit wie es nur möglich ist zu definieren und darauf folgend die Nowo-mowa als politische Sprache eines bestimmten Landes, in einer bestimmten Zeitspanne und mit einem bestimmten Zweck in aller Ausführlichkeit beschrieben wird, soll Kapitel 5 als Vorbereitung auf die Analyse einer konkreten politischen Rede fungieren. Dabei fällt die Wahl auf die in ganz Polen ausgestrahlte Rede von General und Staatschef Wojciech Jaruzelski am 13.12.1981. Sie stellt eine der wichtigsten politischen Reden aus

dieser Phase des Landes dar, da mit ihr der Ausnahmezustand in Polen ausgerufen wurde. Als Untersuchungsmethode soll das Analysemodell von Markus Hubenschmid dienen. In Kapitel 5 werden folglich zunächst Hubenschmids wichtigsten Überlegungen aus seinem im Jahr 1998 veröffentlichten Buch „Text und Handlungsrepräsentation. Ein Analysemodell politischer Reden am Beispiel V.I. Lenins“ vorgestellt, welches einen wertvollen Beitrag zur Textsortenforschung darstellt. Dabei soll zunächst der Handlungsbegriff geklärt und sprachliches Handeln erläutert werden (siehe Kapitel 5.1), um eine Basis für weitere Untersuchungen schaffen zu können. Darauf folgt die Darstellung des Modells einer Handlungssemiotik (5.2), das dazu dient den Handlungsbegriff näher zu veranschaulichen. Die Beschreibung und Klärung des Begriffs der Intentionalität in Kapitel 5.3 soll zeigen, dass die Intentionalität ein wichtiges Merkmal von Handlungen darstellt. In Kapitel 5.4 wird der Leser in die Sprechakttheorie eingeführt. In den darauf folgenden Kapiteln sollen die ersten zwei wichtigen Analyseschritte vorgeführt werden: Die Script-Analyse (5.5) und die thematische Analyse (5.6). Mit konkreten Textbeispielen können beide Analysemethoden problemlos verdeutlicht werden. Ab Kapitel 5.7 wird die Interaktionsebene thematisiert, was zu einer Auseinandersetzung mit der Illokutionsstruktur eines Textes führt (5.7), die Beschreibung von Satztyp und Satzmodus (5.8) mit sich zieht und letzt endlich die Vorstellung grundlegender Illokutionssytypen (5.9) zur Folge hat. Ein Textbeispiel soll zur Durchführung und Veranschaulichung einer Illokutionsanalyse dienen.

In Kapitel 6 gilt es, gestützt auf Hubenschmids Analysemodell, eine polnischsprachige Rede zu analysieren. Dabei wird sich zeigen, ob diese Analysemethode auch auf nicht-russischsprachige Reden anwendbar ist und wie nützlich sie sich auch im Fall von äußerst komplexen Reden herausstellen kann.

Doch zunächst soll in Kapitel 2 die jüngste Forschungsliteratur zu Sprache und Politik vorgestellt und gezeigt werden, auf welchen Beiträgen sich die vorliegende Arbeit stützt.

2 Forschungsüberblick

In diesem Kapitel soll ein Einblick in die jüngste Sprache-und-Politik-Forschung gewährt werden. Da die Forschungsliteratur zu Sprache und Politik einen weiten Umfang misst und zudem rapide wächst, soll ausschließlich ein wichtiger Teil derselben zum Vorstellungsgegenstand werden. Dabei möchte ich zunächst auf nicht-polnische und insbesondere auf deutsche Literatur eingehen, bevor der Fokus auf die polnische Fachliteratur gelegt wird. Der Grund für die Verwendung deutscher Fachliteratur liegt darin, dass sich in Polen erst nach 1989 die Sprache-und-Politik-Forschung entwickelt hat und dabei eine Anknüpfung an bereits existierende Arbeiten, zum großen Teil von deutschen Autoren, statt fand. Dies wird jedoch im Laufe dieses Kapitels noch ausführlich erklärt.

Die Beschäftigung mit Sprache und Politik findet in mehreren Disziplinen ihren Platz. Dazu gehören beispielsweise die Soziologie, Psychologie oder Politologie und selbstverständlich die Sprachwissenschaft. In Amerika sind es die „Social Sciences“, die sich mit der politischen Sprache auseinandersetzen.

In Deutschland können seit 1945 generell drei Hauptinteressensgebiete beobachtet werden: 1. die Sprache des Dritten Reichs, 2. die Sprache im geteilten Deutschland und 3. die Sprache der Propaganda, wobei in den letzt genannten Bereich sowohl die Beschäftigung mit der Sprache des Dritten Reichs, als auch der DDR fällt (Dieckmann 1969, S.24). So wurde die linguistische Beschäftigung mit politischer Sprache, die als *Politolinguistik* bezeichnet werden kann, im deutschsprachigen Raum vor allem seit den 50er Jahren vorangetrieben (Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998, S. 186).

Eine lange Zeit war die Sprache-und-Politik-Forschung hauptsächlich lexikonorientiert, was bedeutet, dass die semantische Einzelanalyse politisch relevanter Wörter im Mittelpunkt stand. Insbesondere finden sich in diesem Kontext Arbeiten und Beiträge über den Nationalsozialismus und die Nazi-Propaganda (Girnth 2002, S. 9f.).

In den 70er Jahren prägte die kommunikativ-pragmatische Wende in der Sprachwissenschaft die Sprache-und-Politik-Forschung. Dies hatte zur Folge, dass Sprache nicht mehr nur auf semantischer, sondern auch auf pragmatischer Ebene untersucht wurde. Ganze Texte wurden zum Gegenstand linguistischer Betrachtungen und damit begannen Forscher auch den politisch-gesellschaftlichen

Kontext zu berücksichtigen. Die meisten dieser Arbeiten konzentrieren sich auf faschistische, rassistische und antisemitische Texte. So sind Siegfried Jägers Auseinandersetzung mit rassistischen Diskursen (zum Beispiel: „Wie die Deutschen die Fremden sehen: Rassismus im Alltagsdiskurs“, 1993) und Peter Nowak (u.a.), der antisemitische Diskurse untersucht („Die Grenzen der Abgrenzung. Methoden und Ergebnisse einer Studie zum antisemitischen Diskurs im Nachkriegsösterreich“, 1990), nur zwei Beispiele unter vielen. Eine weitere erwähnenswerte Arbeit ist die Untersuchung des Sprachhandelns eines Bundestagsabgeordneten in konkreten Gesprächssituationen von Werner Holly (1990). Das Ziel seiner Arbeit ist es, typische Sprachhandlungsmuster im politischen Sprachgebrauch aufzudecken.

Ein weiteres Buch, beispielhaft für eine Arbeit, in der die historisch-gesellschaftliche Situation berücksichtigt wird, ist „Sprache und Politik“ (1974) von Horst Grünert. Sein Untersuchungsgegenstand ist der Sprachgebrauch der Paulskirche. Grünert analysiert anhand von Reden der Jahre 1848 bis 1849, wie Politiker der Paulskirchenversammlung Sprache gebrauchen, sprich in einer parlamentarischen Debatte ihre Ziele artikulieren, um sie erfolgreich durchzusetzen.

Klaus Straßner (1987) beschäftigt sich in seinem Buch „Ideologie – Sprache – Politik“ mit sprachlichen Merkmalen ausgewählter Ideologien, wie *Liberalismus*, *Konservatismus*, *Sozialismus*, *Nationalismus*, *Rassismus* und *Nationalsozialismus*. Friedrich Krupp (1992) behandelt Sprache als Mittel zur Manipulation des Menschen in seinem Buch „Führung und Verführung durch Sprache“ und thematisiert unter anderem „Schlagworte als Mittel rhetorischer Verführung“.

Viele der Veröffentlichungen zu Sprache und Politik in Deutschland konzentrieren sich auf den Nationalsozialismus und auf die Teilung des Landes. Diese Arbeiten stellen erwähnenswerte Beiträge zur Sprache-und-Politik-Forschung dar, werden jedoch für die vorliegende Arbeit aufgrund ihrer historischen Eingrenzung nicht oder nur zu einem Teil verwendet.

An dieser Stelle soll die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsgemeinschaft „Sprache in der Politik“ gelenkt werden (www.sprache-in-der-politik.de). Der Verein wurde Dezember 1991 gegründet und geht aus einem loserem Zusammenschluss von Sprachwissenschaftlern hervor, die sich als Aufgabe die Analyse politischer

Sprache gesetzt haben. Satzungsmäßiges Ziel des Vereins ist „die Erforschung der Sprache in der Politik und die Förderung der sprachkritischen Diskussion in der Öffentlichkeit“ (Burkhardt/Pape 2003, S. 8). Zu den Aufgaben zählen „die Strukturen und Funktionen der Sprache in der Politik in historischer und aktueller Perspektive zu untersuchen“ und „Entwicklungstendenzen der Sprache in der Politik kritisch zu begleiten“ (Burkhardt/Pape 2003, S. 8). Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist Prof. Dr. Armin Burkhardt, der unter anderem das Buch „Das Parlament und seine Sprache: Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation“ (2003) geschrieben hat und damit bezüglich der politischen Kommunikation (siehe Kapitel 3.1) für die vorliegende Arbeit einen wertvollen Beitrag leistet. Burkhardt setzt sich mit der Bestimmung der Begriffe *politische Sprache* und *politische Kommunikation* auseinander und beschreibt anhand ausgewählter politischer Debatten die wichtigsten Phänomene der parlamentarischen Sprache, wie zum Beispiel: Schlag- und Schlüsselwörter, Metaphorik, rhetorische Figuren, Präsuppositionen und Zitate.

In Bezug auf eine lexikonorientierte Untersuchung politischer Sprache ist unter anderem Heiko Girnth zu erwähnen, der sich in seinem Buch „Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation“ (2002) unter anderem mit dem politischen Wortschatz und der Ideologiegebundenheit von Wörtern beschäftigt. Girnth zeigt, dass in der Fachliteratur mehrere Vorschläge zur Gliederung des politischen Wortschatzes existieren, was auch in der vorliegenden Arbeit veranschaulicht werden soll (siehe Kapitel 3.3). Dafür dienen vor allem die Arbeiten von Walther Dieckmann (1969), Josef Klein (1989), Strauß & Zifonun (1982/83), Strauß/Haß & Harras (1989) und Fritz Hermanns (1989). Dieckmann setzt sich in seinem Buch „Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache“ mit den Funktionen und Leistungen der Sprache in der Politik, dem politischen Wortschatz und Problemen des Wortinhalts auseinander, indem er unter anderem die *ideologische Polysemie* (siehe Kapitel 3.3, S. 39) untersucht. Auch Josef Kleins Beitrag zu Wortschatz, Wortkampf und Wortfeldern in der Politik in „Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung“ stellt wichtiges Material für die vorliegende Arbeit dar. Neben Dieckmann, schlägt auch Klein

eine Gliederung des politischen Lexikons vor, die eine Erweiterung von Dieckmanns Überlegungen darstellt.

1986 wurde ein weiteres Buch mit dem politischen Wortschatz als Untersuchungsgegenstand veröffentlicht. „Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik“ von Gerhard Strauß umfasst drei Artikel, von denen der Beitrag „Formen der Ideologiegebundenheit. Versuch einer Typologie der gesellschaftspolitischen Lexik“ (1982/83) von Gerhard Strauß und Gisela Zifonun für die vorliegende Arbeit verwendet wird. Die Autoren untersuchen die Ideologiegebundenheit in Bezug auf den Sprachgebrauch zwischen der BRD und DDR, sowie innerhalb der BRD selbst. Für Kapitel 3.3 der vorliegenden Arbeit ist vor allem der Begriff *semantische Varianz*, der im dritten Kapitel verdeutlicht werden soll, von besonderer Wichtigkeit. Zudem stellt die Arbeit „Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ von Fritz Hermanns und seine Überlegungen zu den sogenannten *Fahnen-* und *Stigmawörtern* wichtiges Material dar.

Auch Dieckmannshenke und Klein (1996) untersuchen den politischen Wortschatz in „Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation“, sowie Gerhard Strauß, Ulrike Haß und Gisela Harras, deren Arbeit „Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch“ als Lexikon zu gebrauchen ist, das aus drei Bereichen besteht: 1. Politik/Ideologie, 2. Umwelt und 3. Kultur/Bildung. Als Quellen dienten den Autoren hauptsächlich Zeitungen, Zeitschriften, Magazine und populärwissenschaftliche Sachbücher. Durch das Vorwort aus jedem der drei Bereiche bekommt der Leser einen intensiven Einblick in den jeweiligen Kommunikationsbereich und dessen Wortschatz. Für die vorliegende Arbeit ist der Bereich Politik und Ideologie mit den Kernbegriffen und Schlagwörtern des politischen Wortschatzes und die Behandlung der politischen Kommunikation, genauer ihre Aufteilung in drei Teilbereiche, die auch Iwona Bartoszewicz in „Formen der Persuasion im deutsch-polnischen politischen Dialog. Untersuchungen zu politischen Reden zwischen 1989 und 1995“ (2000) aufnimmt, von großer Wichtigkeit.

Die polnische Autorin Iwona Bartoszewicz untersucht 7 Ansprachen deutscher und polnischer Politiker, die die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren

1989-1995 geprägt und gestaltet haben. Ihre Analyse erfolgt mit Mitteln und Methoden der Rhetorik, der pragmatischen Stilistik und der Argumentationslehre, auf der der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt. Das Ziel der Autorin ist es Strukturen und Strukturelemente aufzudecken, die im deutsch-polnischen politischen Dialog eine persuasive Rolle zu spielen hatten (Bartoszewicz 2000, S. 9). Außerdem versucht sie mit Hilfe von Argumentationsstrukturen die ausgewählten Ansprachen auf ihre Grundmotive hin zu interpretieren. Für die vorliegende Arbeit ist besonders Kapitel 4: „Sprache in der Politik. Versuch einer Begriffsbestimmung“, speziell die Behandlung politischer Kommunikation, politischer Sprache als Soziolekt und die Vorstellung von Schlagwörtern interessant.

In Polen wurden die wichtigsten Arbeiten zu Sprache und Politik erst nach 1989 veröffentlicht. Dies liegt daran, dass erst ab 1989 die Zensur abgeschafft und Forschern die Möglichkeit sich frei auszudrücken gegeben wurde. Zudem erschien nach dem Fall des Kommunismus 1989 neues empirisches Material, welches zuvor nicht zur Verfügung stand (Dobek-Ostrowska 2006, S. 12). Wichtig für die Entwicklung der polnischen Literatur zur Sprache-und-Politik-Forschung war die Anknüpfung an bereits vorhandene Arbeiten aus dem Ausland. Einen großen und sehr wichtigen Beitrag zu Sprache und Politik leistet das Forschungszentrum *Ośrodek Badań Prasoznawczych* (www.obp.pl), welches 1956 entstanden ist und die Massenkommunikation, unter anderem in dem Bereich der Politik untersucht.

Die *komunikacja polityczna*, als Subdisziplin der *komunikacja* entwickelte sich folglich mit einer fast 40-jährigen Verspätung zu anderen Ländern. Eine der wichtigsten Arbeiten über die politische Kommunikation stammt von Janina Fras (2005), die in ihrem Buch „*Komunikacja polityczna*“ über die politische Sprache, als ein Mittel politischer Kommunikation schreibt. Dabei setzt sie sich unter anderem mit den an einer politischen Kommunikation beteiligten Aktanten, der politischen Debatte und der Metaphorik in politischen Texten auseinander. So bietet Janina Fras für die vorliegende Arbeit wichtiges Material und wird an mehreren Stellen zitiert.

2006 wurde das Buch „*Jezyk polskiej polityki. Politologiczno-semantyczna analiza expose premierów Polski w latach 1919-2004*“ von Anna Siewierska-Chmaj veröffentlicht. Die Autorin widmet sich einer politologisch-semantischen

Analyse von Regierungserklärungen polnischer Premierminister von 1919-2004. Siewierska-Chmaj untersucht anhand ausgewählter Texte unter anderem die Metaphorik, Bewertung und die Begriffe *ojczyzna*, *naród* und *społeczeństwo* und widmet sich der Frage, ob die Sprache der Politik als Soziolekt bezeichnet werden kann.

Darüber hinaus gehört die Bücherserie „Język a kultura“ zu den bedeutendsten Beiträgen aus der polnischen Sprache-und-Politik-Forschung, die in den Bereich der Anthropologischen Linguistik einzuordnen ist. Linguisten, wie Irena Kamińska-Szmaj, Bogdan Walczak, Iwona Bartoszewicz und Anna Dąbrowska sind Teil des elften Bandes „Język polityki a współczesna kultura polityczna“ unter der Redaktion von Janusz Anusiewicz und Bogdan Siciński. Für die vorliegende Arbeit dient vor allem der Artikel von Bogdan Walczak „Co to jest język polityki“. Wie der Titel bereits verdeutlicht, beschäftigt sich Walczak mit einem Definierungsversuch politischer Sprache. So setzt er sich ebenfalls mit der Frage, ob die Sprache der Politik als Sprachvarietät bezeichnet werden kann auseinander. Seine Überlegungen bieten für das Kapitel 3.2 wertvolles Material.

Beata Mikołajczyk ist Autorin des Buchs „Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation“ (2004). Mikołajczyk erforscht den öffentlichen Sprachgebrauch in der politischen Kommunikation und beschäftigt sich mit der Persuasion als Sprachfunktion, unterschiedlichen Typen politischer Textsorten, der Propagandasprache, der sprachlichen Manipulation und den sprachlichen Mechanismen der Persuasion. Dabei untersucht sie anhand von ausgewählten Presseartikeln die Bewertung, Polarisierung, Vereinfachung, nationale Stereotypen und Metaphern. Die Autorin bietet vor allem für das Kapitel 3.2, in dem geklärt werden soll ob die politische Sprache als eine Sprachvarietät charakterisierbar ist, sehr interessante Fachliteratur.

Die Arbeiten von Kazimierz Ożóg, wie zum Beispiel „Język w służbie polityki. Językowy kształt kampanii wyborczych“ (2004) und „Język kampanii wyborczej z 1997 na tle polszczyzny lat dziewięćdziesiątych“ (1998), stellen erwähnenswerte Beiträge aus der polnischen Sprache-und-Politik-Forschung dar, ebenso die Veröffentlichung „Język i polityka. Szkice z historii stylu retorycznego“ (1992) von Stanisław Dubisz. Dubisz beschäftigt sich im dritten Teil seiner Arbeit „Język – narzędziem myślenia i działania“ unter anderem mit der Beschreibung der politischen Sprache bzw. Sprache der Politik. Der Autor

zeigt die breite Menge an unterschiedlichen Termini auf, wie *język polityczny*, *język polityki*, *język propagandy*, *język propagandy politycznej*, *język ideologiczny państwa*, *język tekstów politycznych*, *styl propagandy politycznej*, *styl tekstów o tematyce politycznej* und *nowomowa* (Dubisz 1992, S. 148) und verdeutlicht damit, auf wie viele Bezeichnungen Forscher im Rahmen der Auseinandersetzung mit Sprache und Politik stoßen. Zudem erschweren die unterschiedliche Verwendung der Termini und das rapide Wachstum der Fachliteratur zu Sprache und Politik den Überblick immens.

In der polnischen Fachliteratur stehen besonders die Propagandasprache und die *Nowo-mowa* im Fokus linguistischer Untersuchungen. Daniel Weiss beschreibt in „Was ist neu am newspeak? Reflexion zur Sprache der Politik in der Sowjetunion“ die Anfänge einer Auseinandersetzung mit der Sprache der Propaganda in der Sowjetunion, bevor er sich der Forschungslage in Polen widmet.. Mit Weiss soll somit ein Einblick in die Anfänge der *newspeak*-Forschung gewährt werden (Weiss verwendet den Begriff *newspeak* zur Bezeichnung der Propagandasprache der Sowjetunion).

Die sprachwissenschaftliche Beschäftigung mit dem sprachlichen Erscheinungsbild des realen Sozialismus, dem sowjetischen *newspeak*, fand ihre Anfänge in den 20er Jahren, auf die eine jahrzehntelange Pause folgte. Nach Daniel Weiss stammt die erste nennenswerte linguistische Analyse des *newspeak* von Mazon¹, auf die ein Beitrag von Mendras² folgte. Innerhalb der russischen Emigration sind die Autoren Jakobson³ und Karcevskij⁴ zu nennen. In der Sowjetunion nahm beispielsweise Vinokur⁵ zum *newspeak* Stellung, der als Autor der ersten wichtigsten Arbeit zum Thema „Sowjetsprache“ gilt (Weiss 1986, S. 247 f.). Weitere erwähnenswerte Autoren, die sich mit dem *newspeak* auseinandergesetzt haben sind Seliščev⁶, Polivanov⁷ und Uspenskij⁸, der letzte Autor aus der Anfangsphase der *newspeak*-Forschung.

¹ Mazon, A.: *Lexique de la guerre et de la révolution en Russie*. Paris 1920.

² Mendras, E.: *Remarques sur le vocabulaire de la Révolution russe*. Paris 1925.

³ Jakobson, R.: *Vliv revoluce na ruský jazyk*. In: *Nové Ateneum III/ 1921*, S. 110-114, 200-212, 250-255, 310-318.

⁴ Karcevskij, S.I.: *Jazyk, vojna i revolucija*. Berlin 1923.

⁵ Vinokur, G.: *Kul' tura jazyka*. Moskva 1925.

⁶ Seliščev, A.M.: *Jazyk revoljucionnoj épochi*. Moskva 1928.

⁷ Polivanov, E.D.: *Revolucija i literaturnye jazyki Sojuza SSR*. In: *Revoljucionnyj Vostok 1927/1*, S. 36-57.

Polivanov, E.D.: *Russkij jazyk segodnjašneg dnja*. In: *Literatura i marksizm 1928/4*, S. 167-180.

⁸ Uspenskij, L.V.: *Russkij jazyk posle revoljucii*. In: *Slavia X/1931*, S. 252-287.

In Polen beschäftigten sich Forscher zunächst mit der Nowo-mowa innerhalb der polnischen Emigration. Gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre änderte sich dies erheblich. Die staatsgegnerrische Bewegung *Solidarność* intensivierte eine Auseinandersetzung mit der Nowo-mowa, da Sprachkritik immer mehr zum Mittel der Ideologiekritik wurde (ebd., S. 257). Folglich begann man sich auch in der Öffentlichkeit mit diesem Sprachphänomen zu beschäftigen. Mit dem Ausruf des Kriegszustands in Polen 1981 wurde die Behandlung der Nowo-mowa erneut ins Ausland verlagert.

Mittlerweile gibt es zahlreiche Publikationen zum diesem Thema, von denen nun ein wichtiger Teil vorgestellt werden soll.

Einer der nennenswertesten Autoren ist Michał Głowiński, Autor des Buchs „Nowomowa po polsku“ (1990). Głowiński untersucht die inneren Mechanismen und sprachliche Mittel der Nowo-mowa und konzentriert sich dabei auf die 60er und 70er Jahre in Polen. Er betrachtet sie unter historischen, soziologischen und psychologischen Aspekten. Seine Arbeit stellt eine große Stütze für Kapitel 4.3 und 4.4 dar. Weitere Autoren, die sich bereits mit der Nowo-mowa beschäftigt haben sind Jadwiga Sambor in „Nowomowa – język naszych czasów“ (1985), Walery Pisarek in „O nowomowie inaczej“ (1993), Adam Heinz mit dem Artikel „Kilka uwag o tzw. nowomowie“ und Leszek Bednarczuk in „Nowo-mowa. Zarys problematyki i perspektywy badawcze“. Die beiden letzten Autoren sind Teil der Veröffentlichung „Nowo-mowa. Materiały z sesji naukowej poświęconej problemom współczesnego języka polskiego odbytej na Uniwersytecie Jagiellońskim w dniach 16 i 17 stycznia 1981“ (1985). Das Material stammt aus einer Lehrveranstaltung, die am 16. und 17. Januar 1981 an der UJ in Krakau stattfand und das Funktionieren der Sprache in der Gesellschaft zum Thema hatte. Für die vorliegende Arbeit soll daraus der Artikel von Heinz, welcher über die Nowo-mowa im Allgemeinen schreibt und der Beitrag von Bednarczuk, der sich mit den Techniken derselben beschäftigt, herausgearbeitet werden.

Für die vorliegende Arbeit stellt zudem die Veröffentlichung „Mowa do ludu“ (1984) von Jakub Karpiński einen wichtigen Beitrag dar. Karpiński widmet sich der Persuasion der politischen Propaganda in Polen.

Mit dem Thema der Propagandasprache setzt sich ebenfalls Jerzy Bralczyk auseinander, der für die Sprache-und-Politik-Forschung in Polen wichtige Arbeiten veröffentlicht hat. In seinem 1987 erschienenen Buch „O języku polskiej

propagandy politycznej lat siedemdziesiątych“ untersucht Bralczyk an die Masse gerichtete Propagandatekste von 1971-1979. Dabei behandelt er besonders ihre Funktionen, die politische Phraseologie, Wertung, Metaphorik und das inklusive „wir“, welches in Kapitel 4.1.1 vorgestellt wird. Der Autor analysiert auf semantischer und pragmatischer Ebene politische Slogans, Artikel und politische Kommentare in der Presse, sowie Reden von bekannten Parteimitgliedern. Eine zweite Veröffentlichung von Bralczyk, die der vorliegenden Arbeit dient, ist das Buch „O języku polskiej polityki lat osiemdziesiątych i dziewięćdziesiątych“ (2003). Untersuchungsgegenstand sind politische Texte von 1982-1988. Dabei setzt sich Bralczyk unter anderem mit der Sprache der Politik und der Politiker, mit politischen Slogans vor den Wahlen im Juli 1989, mit der Sprache des ehemaligen Präsidenten Polens Lech Wałęsa und der Analyse politischer Persuasion auseinander. Seine Veröffentlichungen stellen für die vorliegende Arbeit besonders wichtiges Material dar.

Interessante Arbeiten über die Propagandasprache stammen zudem von Bogusława Dobek-Ostrowska und Beata Ociełka, Autorinnen des Buchs „Teoria i praktyka propagandy“ (1997), bei dem auch Janina Fras mitgewirkt hat.

Zum Schluss soll das 2009 erschienene Buch „Język przemówień politycznych generała Wojciecha Jaruzelskiego w okresie stanu wojennego“ von Marek Jeziński erwähnt werden, das sich konkret der Sprache Jaruzelskis widmet. Jeziński stellt eine Charakterisierung der Nowo-mowa mit ihren typischen sprachlichen Merkmalen, Techniken und Funktionen vor, bis er die Sprache Jaruzelskis aus der Zeit des Kriegszustands in Polen unter anderem auf Neologismen, Archaismen, die Phraseologie, Vulgarismen, rhetorische Fragen und Zitate untersucht. Abschließend versucht Jeziński, die zu Beginn seiner Arbeit aufgezeigten Merkmale der Nowo-mowa in Jaruzelskis Sprache wiederzufinden.

In Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit soll eine politische Rede von Wojciech Jaruzelski analysiert werden. Das Analysemodell welches herangezogen wird, stammt von Markus Hubenschmid, der in „Text und Handlungsrepräsentation. Ein Analysemodell politischer Reden am Beispiel V.I. Lenins“ (1998) ausgewählte Reden Lenins aus der Zeit der Russischen Revolution bzw. aus der Präphase der Sowjetunion untersucht. Dem Autor entsprechend, stellen diese die Basis für eine weitere Entwicklung der politischen Sprache in dieser Epoche dar (Hubenschmid

1998, S. 1). Das Ziel der Autors „ist die Beschreibung elementarer Text-Produktions-Strategien, die Erarbeitung eines Erklärungsmodells für die Übertragung von Wissens- und Informationsstrukturen in eine Textstruktur“ (ebd., S. 2). Dabei stützt sich Hubenschmid auf drei theoretische Strömungen der Linguistik, die sprachliches Wissen als ein Handlungswissen beschreiben. Dies sind die Sprechakttheorie, die Texttheorie und die linguistische Handlungstheorie. Hubenschmid begründet diesen Schritt damit, dass in der Fachliteratur keine fertigen Modelle zur Analyse politischer Sprache existieren (ebd.). Aus diesen drei Strömungen arbeitet Hubenschmid grundlegende Begriffe und Beschreibungskategorien heraus, um mit ihnen „ein satz- und sequenzübergreifendes Textmodell zur Beschreibung der politischen Sprache der Russischen Revolution zu entwickeln“ (ebd.). Der Autor stützt sich unter anderem auf Max Weber⁹, Alfred Schütz¹⁰, Robert-Alain de Beaugrande und Wolfgang U. Dressler¹¹, John Rogers Searle¹², John Langshaw Austin¹³, Jochen Rehbein¹⁴, Manfred Bierwisch¹⁵, Wolfgang Motsch & Renate Pasch¹⁶, Dieter Viehweger und Wolfgang Motsch¹⁷, Helmut Rehbock¹⁸, Brandt, Reis, Rosengren & Zimmermann¹⁹ und Helmut Girndt²⁰.

⁹ Weber, M.: (1921) 1976⁵, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen.

¹⁰ Schütz, A.: 1932 (1974), *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*, Frankfurt.

¹¹ Beaugrande de, R.A. & Dressler, W.U.: 1981, *Einführung in die Textlinguistik*, Tübingen.

¹² Searle, J.R.: (1969) 1971, *Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay*, Frankfurt.

Searle, J.R.: (1979) 1982, *Ausdruck und Bedeutung. Untersuchungen zur Sprechakttheorie*, Frankfurt

Searle, J.R.: (1983) 1987, *Intentionalität. Eine Abhandlung zur Philosophie des Geistes*, Frankfurt a.M.

¹³ Austin, J.L.: 1972, *Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with words)*, Stuttgart.

¹⁴ Rehbein, J.: 1977, *Komplexes Handeln. Elemente zur Handlungstheorie der Sprache*, Stuttgart.

¹⁵ Bierwisch, M.: 1979, 'Wörtliche Bedeutung – eine pragmatische Gretchenfrage'. In: Grewendorf, G. (Hg.): *Sprechakttheorie und Semantik*, Frankfurt, S.119-148.

Bierwisch, M.: 1980, 'Semantic Structure and Illocutionary Force'. In: Searle, J.R. & Kiefer, F. & Bierwisch, M.: *Speech Act Theory and Pragmatics*, Dordrecht. S. 1-36.

¹⁶ Motsch, W. & Pasch, R.: 1987, 'Illokutive Handlungen', In: Motsch, W. (Hg.): *Satz, Text, sprachliche Handlung*. Berlin. S. 11-79.

¹⁷ Motsch, W. & Viehweger, D.: 1981, *Die Sprachhandlung als Mittel zum Zweck*. In: Rosengren, I. (Hg.): *Sprache und Pragmatik. Lunder Symposium 1980*. Stockholm. S. 125- 153.

¹⁸ Rehbock, H.: 1992a, *Deklarativsatzmodus rhetische Modi und Illokutionen*. In: Rosengren, I. (Hg): *Satz und Illokution. Band 1. (Linguistische Arbeiten 278)*, Tübingen. S. 91-171.

Rehbock, H.: 1992b, *Fragen stellen – Zur Interpretation des Interrogativsatzmodus*. In: Rosengren, I. (Hg): *Satz und Illokution. Band 1. (Linguistische Arbeiten 278)*, Tübingen. S. 173-211.

¹⁹ Brandt, M. & Reis, M. & Rosengren, I. & Zimmermann, I.: 1992, *Satztyp, Satzmodus und Illokution*. In: Rosengren, I. (Hg): *Satz und Illokution. Band 1. (Linguistische Arbeiten 278)*, Tübingen. S. 1-90.

²⁰ Girndt, H.: 1967, *Das soziale Handeln als Grundkategorie erfahrungswissenschaftlicher Soziologie*. Mit einer Einführung von Johannes Winckelmann und einer Bibliographie von Walter M. Sprondel (Veröffentlichung des Max Weber Instituts der Universität München). Tübingen.

Jede der vorgestellten Arbeiten bietet gutes Material, um sich in die Thematik hineinzulesen. Allerdings soll im Laufe der Arbeit ausschließlich Literatur verwendet werden, die konkret für das jeweilige Kapitel von Nutzen ist. Viele der Publikationen zu Sprache und Politik, unabhängig davon aus welchem Land sie stammen, behandeln die politische Sprache in Bezug auf eine bestimmte Zeitspanne und bewusst ausgewählte politische Texte. Folglich wurden für die vorliegende Arbeit diejenigen Veröffentlichungen, bzw. einzelne Kapitel linguistischer Beiträge ausgewählt, für die eine solche Eingrenzung nicht oder nur zu einem Teil charakteristisch ist.

Innerhalb der deutschsprachigen Literatur sind Arbeiten, die sich eines Definierungsversuchs der Sprache der Politik im Allgemeinen widmen, von besonderer Wichtigkeit. Besonders für das Kapitel 3.3 „Der politische Wortschatz“ finden sich darunter linguistische Arbeiten, die das politische Lexikon als Untersuchungsgegenstand haben. In diesem Zusammenhang lassen sich innerhalb der polnischen Fachliteratur nur wenig Arbeiten finden, die sich eines Gliederungsvorschlags des politischen Lexikons, wie dies bei Josef Klein oder Walther Dieckmann der Fall ist, widmen. Für die Auseinandersetzung mit der politischen Kommunikation (Kapitel 3.1) und der politischen Sprache als Sprachvarietät (Kapitel 3.2) sollen jedoch hauptsächlich Beiträge polnischer Autoren verwendet werden. Zu beiden Themen gibt es in der polnischen Fachliteratur genügend Material, auf das man sich als Forscher stützen kann. Darüber hinaus existiert eine breite Menge an Publikationen bezüglich der Propagandasprache in Polen und der Nowo-mowa, die vor allem aus der Zeit nach 1989 stammen. Auch aus diesem Bereich fällt die Wahl auf diejenigen Veröffentlichungen, die konkret die Techniken, sprachliche Mittel und innere Mechanismen der Nowo-mowa behandeln. Bezüglich der Analyse einer politischen Rede in Kapitel 6 dient selbstverständlich die Arbeit von Markus Hubenschmid und ein Teil derjenigen linguistischen Beiträge, auf die sich Hubenschmid in seinem Buch stützt.

Bezüglich des Kapitels 4.1, in dem der politisch-historische Hintergrund veranschaulicht wird, bietet die Veröffentlichung „Eine kleine Geschichte Polens“ (2000) von Rudolf Jaworski, Christian Lübke und Michael G. Müller ausreichende Informationen, um einen Einblick in die Phase der Volksrepublik Polen gewähren zu können.

3 Sprache und Politik

In den folgenden Kapiteln soll der Versuch unternommen werden, die Sprache der Politik zu beschreiben. Dabei wird sich herausstellen, dass eine eindeutige Definierung des Begriffs *politische Sprache* mit großen Schwierigkeiten verbunden und im Endeffekt gar nicht möglich ist. Bis heute gibt es in der Fachliteratur keine allgemeingültige Definition. Die Gründe für eine fast unmögliche Bestimmung der politischen Sprache kommen in den Kapiteln 3.1-3.3 eindeutig zum Vorschein. Möglich sind dennoch eine Orientierung an der Sprache der Politik, eine Lösung der Frage, was die politische Sprache im Allgemeinen ausmacht und eine Darstellung politischen Sprachgebrauchs. Bei einer Untersuchung der Propagandasprache stößt der Forscher auf weitaus weniger Schwierigkeiten, denn während der Versuch einer fest umrissenen Charakterisierung der Sprache der Politik unmöglich ist, erlangt man als Forscher bezüglich der Propagandasprache viel signifikantere Merkmale und Eigenschaften, die sie ausmachen. Dies wird in Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit näher erläutert. Widmet man sich zunächst der Sprache der Politik und eines Versuches ihrer Begriffsbestimmung, muss dabei klar sein, dass eine Suche nach starren Definitionen nicht gelingen kann.

Als erstes gilt es die *politische Kommunikation* zu erforschen, bis letztendlich grundlegende Fragen zur politischen Sprache geklärt werden können.

3.1 Die politische Kommunikation

Kommunikation ist das A und O menschlichen Handelns. Wir sind auf sie angewiesen, insbesondere auf Kommunikation durch Sprache, denn:

„(...) die Entwicklung der Zivilisation wird durch das menschliche Handeln gesteuert. Das menschliche Handeln weist verschiedene Varietäten auf, aber das Gros der Aktivitäten von Menschen stellen Kommunikationsversuche dar. Die menschliche Kommunikation verläuft (...) zum größten Teil durch die Sprache. Die Sprache macht dem Menschen möglich, eine Symbolwelt zu schaffen (...)“ (Mikołajczyk 2004, S. 11).

Menschliches Handeln ist unlösbar mit sprachlichen Kommunikationsprozessen verbunden. Die Sprache ist das Mittel des Denkens, so ist sie „auch für den politischen Denkenden und Handelnden (...) der Schlüssel seiner politischen

Überzeugungen und Handlungen“ (Burkhardt 2003, S. 117). Mittels Sprache versuchen Politiker ihre Zuhörer nicht nur über ihre Ideen und Ansichten zu informieren, sondern vor allem zu überreden und überzeugen. Dies bedeutet nichts anderes, als dass sprachliche Handlungen zweck- oder zielgerichtet sind (Hubenschmid 1998, S. 40).

An Fachliteratur zur politischen Kommunikation fehlt es nicht. Es ist dennoch auffällig, dass bezüglich einer Beschreibung politischer Kommunikation Unstimmigkeiten herrschen. Im Folgenden soll anhand ausgewählter Beiträge zur politischen Kommunikation, der Versuch einer Begriffsbestimmung unternommen werden.

Iwona Bartoszewicz untersucht in ihrem Buch, „Formen der Persuasion im deutsch-polnischen Dialog“, wie bereits in Kapitel 2 dargestellt wurde, politische Reden zwischen 1989 und 1995. Einen Teil ihrer Arbeit widmet sie dem Begriff *politischen Kommunikation*, dabei stellt sie zwei Bereichen derselben vor, die eng miteinander verbunden sind. Zum einen ist dies der Bereich der politischen Institutionen (Legislative, Exekutive und Judikative) und zum anderen der Bereich des politischen Journalismus. Sender und Empfänger sind in der Lage in unterschiedlichem Ausmaß eine bestimmte Institution zu vertreten. Davon ist nach Bartoszewicz die Qualität und der Verlauf der Interaktion abhängig (Bartoszewicz 2000, S. 99). Die Beschreibung politischer Kommunikation als Interaktion soll an im Laufe des vorliegenden Kapitels ausführlich thematisiert werden.

Für eine genauere Definition politischer Kommunikation stützt sich Bartoszewicz auf Strauß, Haß und Harras (1989), die in ihrer Publikation „Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch“ (siehe Kapitel 2) drei Teilbereiche der politischen Kommunikation unterscheiden:

1. die institutionsinterne Kommunikation,
2. die institutionsexterne Kommunikation und
3. die Kommunikation zwischen Politikern, Parteien und der Öffentlichkeit (Bartoszewicz 2000, S. 99 und Strauß/Haß/Harras 1989, S. 30f.).

Mit dieser Einteilung in drei verschiedene Kommunikationsarten werden gleichzeitig die unterschiedlichen „Besetzungen“ und Rollen von Sender und Empfänger, die Teilnahme beider an der politischen Handlung und die Themen einer politischen Kommunikation deutlich. Laut den Autoren wird in einer institutionsinternen Kommunikation (Punkt 1) der Bürger zum Zuschauer, da sich die bei der Kommunikation entstandenen Mitteilungen nicht an ihn richten. Die institutionsinterne Kommunikation erfolgt direkt zwischen politischen Institutionen. Die darin behandelten Themen sind mit dem Funktionieren dieser Institutionen verbunden. Bei Strauß, Haß und Harras können hierzu folgende Beispiele für eine institutionsinterne Kommunikation nachgelesen werden: *Geschäftsordnung, Erlaß, Dienstanweisung und Verfügung* (Strauß/ Haß/ Harras 1989, S. 30). Folglich bewegen sich Sender und Empfänger innerhalb der Institution. Den Bürger betrifft diese Kommunikationsart nur zweitrangig.

Anders verhält es sich in einer institutionsexternen Kommunikation (Punkt 2). Hier besteht ein Kontakt zwischen der politischen Institution und dem Bürger. Der Bürger ist in einer institutionsexternen Kommunikation indirekt an der politischen Handlung beteiligt, ihm ist „eine passive Rolle des Objekts der politischen Handlung zuteil geworden“ (Bartoszewicz 2000, S. 99). An den dazu aufgeführten Textbeispielen, wie *Bescheid, Mahnung, Erlaß, Verwarnung, Strafbefehl, Vorladung und Urteilsspruch vom Richter* (Strauß/ Haß/ Harras 1989, S. 30) ist leicht zu erkennen, dass die Themen solch einer Kommunikation zwischen Sender und Empfänger stark an eine soziale Ordnung geknüpft sind. Ihre Grenzen und Regeln werden im Rahmen der Kommunikation an den Empfänger weitergegeben (Bartoszewicz 2000, S. 99).

Während in einer institutionsexternen Kommunikation der Bürger als Empfänger nur passiv an der politischen Handlung beteiligt ist, hat dieser bei der Kommunikation zwischen Politikern, Parteien und der Öffentlichkeit (Punkt 3) ein Mitbestimmungsrecht und kann auf bestimmte politische Handlungen reagieren und diese auch zum Teil beeinflussen. Dies erfolgt in erster Linie in einer demokratischen Gesellschaft über die Wahlentscheidung. In der Kommunikation zwischen Politikern, Parteien und der Öffentlichkeit handelt es sich darum, um „Meinungen und politische Präferenzen der potentiellen Empfänger zu gestalten, zu beeinflussen und zu ändern“ (ebd.). Als Beispiele für Textsorten werden hier *das Flugblatt, das Interview, der Leitartikel, der politische*

Kommentar, das Wahlprogramm, die politische Rede, die Parlamentsdebatte und die Fernsehdebatte genannt (Strauß/ Haß/ Harras 1989, S. 30). Auch wenn hier das Beispiel *politische Rede* aufgeführt wird, gehört die in Kapitel 6 zu analysierende politische Rede von Wojciech Jaruzelski sicherlich nicht in den von Strauß, Haß und Harras vorgestellten dritten Teilbereich politischer Kommunikation. Dieser funktioniert, so wie er soeben beschrieben wurde, nur in einem demokratischen Staat. In der Volksrepublik Polen hatten die Bürger sicherlich kein Mitbestimmungsrecht und konnten politische Handlungen nicht beeinflussen. Die persuasive Funktion wird in diesem dritten Teilbereich politischer Kommunikation besonders deutlich. Meinungen werden beeinflusst, Einstellungen der Empfänger versucht umzugestalten. Der Unterschied besteht nun darin, dass in den zwei ersten Kommunikationsarten (Punkt 1 und 2) versucht wird den Empfänger auf eine „unverhüllte Weise“ zu bestimmten Reaktionen zu bewegen (Bartoszewicz 2000, S. 100), während innerhalb des dritten Teilbereiches die Intention des Senders nur interpretiert werden kann. Sie ist somit nicht so klar zu deuten, wie in den beiden erst genannten Teilbereichen der politischen Kommunikation.

Die Beschreibung politischer Kommunikation nach Strauß, Haß und Harras, die auch Bartoszewicz vorstellt ist selbstverständlich nur ein Vorschlag unter vielen. Janina Fras, die als Autorin des Buches „Komunikacja polityczna. Wybrane zagadnienia gatunków i języka wypowiedzi“ (2005) die politische Kommunikation untersucht (siehe Kapitel 2), leistet einen wichtigen Beitrag zur polnischen Sprache-und-Politik-Forschung. Ihre Überlegungen sollen an dieser Stelle aufgeführt werden.

Generell hat sich in Polen die politische Kommunikation erst nach 1989 als Subdisziplin der Kommunikation bzw. *komunikacja* etablieren können. Dies wurde bereits in Kapitel 2 verdeutlicht. Während in einem demokratischen Staat die Bürger auf politische Handlungen reagieren können, beispielsweise durch freie Wahlen, war dies zu Zeiten des Kommunismus in Polen nicht gegeben. Aufgrund der damals herrschenden monoparteilichen Macht muss man die politische Kommunikation vor 1989 als extrem einseitig charakterisieren. An dieser Stelle soll jedoch die Propagandasprache der Volksrepublik Polen außer Acht gelassen und die Beschreibung der politischen Kommunikation nach Janina Fras vorgestellt werden.

In der Fachliteratur gibt es, wie zuvor erwähnt wurde, unterschiedliche Definitionen von politischer Kommunikation. Aber eines kann an dieser Stelle sicher festgestellt werden: Eine Eigenschaft der politischen Kommunikation ist ihr informativer und persuasiver Charakter. Dies sind Merkmale der politischen Kommunikation, über die in der polnischen, wie auch deutschen Fachliteratur generelle Einstimmigkeit herrscht. Zunächst stellt jedoch die *Interaktion* im Zusammenhang mit politischer Kommunikation ein wichtiges Thema dar, wobei ihre weiteren Merkmale dadurch gleichzeitig aufgeführt werden können.

Eines der wichtigsten Eigenschaften der Kommunikation ist nach Fras ihre Interaktion. Damit ist zum einen die Wechselbeziehung und zum anderen die Kommunikationsaktivität aller Beteiligten gemeint. Es werden nicht nur Meldungen und Information von Seiten des Senders an den Empfänger, sprich in einer einseitigen Art und Weise weitergegeben, es besteht darüber hinaus ein *związek* (Beziehung, Abhängigkeit, Verbundenheit) zwischen den kommunizierenden Subjekten. Somit beschäftigt sich die *komunikologia*, als wissenschaftliche Disziplin im Zusammenhang mit politischer Kommunikation nicht nur mit einer einseitigen Kommunikation der Regierenden mit den Regierten, wie es in einer Propagandasprache der Fall ist, sondern mit allen möglichen Interaktionen einer politischen Kommunikation (Fras 2005, S. 18). An dieser Stelle soll kurz auf eine weitere Aussage von Janina Fras eingegangen werden. Fras nennt als ein Ziel politischer Kommunikation das Erlangen einer Symmetrie (Gleichstellung) zwischen den Hauptbeteiligten einzelner politischer Kommunikationsakte. Dieses Ziel wird in dem Moment erreicht, wenn der Rang der Beteiligten gleich hoch ist oder auf einer Partnerschaft beruht. Dennoch ist solch eine Symmetrie in der politischen Kommunikation schwer zu erreichen, wie Fras anmerkt (ebd., S. 19).

Meiner Ansicht nach ist das Ziel der politischen Kommunikation nicht das Erlangen einer Gleichstellung zwischen den an der Kommunikation beteiligten Personen. Dennoch beschreibt Fras die Relation zwischen den Regierenden und Regierten als hierarchisch, hauptsächlich angelehnt an einseitigen Handlungen von Seiten der Regierenden und betont dabei den persuasiven Charakter (ebd.). Indem Politiker ihre Adressaten überzeugen und überreden wollen, nehmen sie einen höheren Rang ein, denn die Möglichkeit einer Überredung und Überzeugen der Politiker von Seiten der Bürger ist nicht gegeben. Sie können sich nur durch

ihre Wahlentscheidung für das entscheiden, was ihnen zur Auswahl steht. Somit ist die Macht der Bürger eingeschränkt. Über Demonstrationen haben Bürger noch zusätzlich den Versuch bestimmte politische Situationen zu ändern. Dennoch braucht es dazu nicht nur eine Person, sondern eine große Anzahl an Menschen um etwas zu bewegen, was nur selten gelingt. Dies kann beispielweise an der Problematik der Studiengebühren erkannt werden. Folglich gibt es meiner Ansicht nach keine Gleichstellung zwischen Politikern und Bürgern bzw. nur zu einem gewissen Teil innerhalb politischer Institutionen, beispielsweise innerhalb einer Partei.

"Parteien sollen heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung an sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden" (Weber 1972, §18).

Schon allein die Tatsache, dass es innerhalb einer Partei einen Leiter gibt, bestätigt ihre hierarchische Ordnung. Auch wenn zwischen den aktiven Teilnehmern eine Gleichstellung herrscht, kann dies nicht das Ziel ihrer Kommunikation sein, denn jeder einzelne Teilnehmer versucht seine persönlichen Vorteile zu sichern und muss sich somit früher oder später abgrenzen, durch beispielsweise einen überdurchschnittlichen Einsatz innerhalb der Partei. Folglich ist das Ziel einer Kommunikation innerhalb politischer Institutionen nicht die Gleichstellung der Akteure, auch wenn es sie in einigen Fällen gibt, sondern das Überreden und Überzeugen der an der Kommunikation Beteiligten. Eine Partnerschaft entsteht nur wenn sich die Parteimitglieder einig sind und dies ist nicht immer der Fall.

Doch bleibt man bei der Definierung von politischer Kommunikation als Interaktion, kann sie folglich als kommunikative Interaktion politischer Funktionsträger (in den politischen Organen des Staates und innerhalb der Parteien) und als Kommunikation mit den Bürgern beschrieben werden. Ganz nach Strauß, Haß und Harras, kann für den ersten Fall die Bezeichnung *institutionsinterne Kommunikation* und für den zweiten Fall die *institutionsexterne Kommunikation* bzw. *Kommunikation zwischen Politikern, Parteien und der Öffentlichkeit* verwendet werden (Strauß/ Haß/ Harras 1989, S. 30f).

Armin Burkhardt (2003) geht einen Schritt weiter und bezeichnet auch das Kommunikationsverhalten zwischen Bürgern, falls es politische Themen umfasst, als politische Kommunikation. Zur näheren Ausführung stützt er sich auf Grünerts Beschreibung einer Kommunikation zwischen politischen Funktionsträgern als *final organisiert*. In dem Fall hat man es mit einer appellativen und persuasiven Kommunikation zu tun. Die politische Kommunikation der Bürger muss hingegen nicht final sein, kann aber als privat, halböffentlich oder öffentlich charakterisiert werden. (Burkhardt 2003, S.123 f.). Die Bezeichnung eines Kommunikationsakts, der an politische Themen geknüpft ist und zwischen Bürgern stattfindet, als politische Kommunikation, ist mit Vorsicht zu genießen. Solch eine Definierung erschwert eine Abgrenzung von politischer und nicht-politischer Kommunikation immens. Mit Burkhardts Theorie könnte fast jede Unterhaltung zwischen Bürgern als politische Kommunikation bezeichnet werden.

Weiter ist die politische Kommunikation als *Prozess* zu beschreiben. Diese Aussage unterstützt Fras, indem sie Leszek Sobkowiak zitiert: „Komunikacja polityczna to proces wzajemnych oddziaływań informacyjnych pomiędzy podmiotami polityki, połączonymi relacjami władzy, walki i współpracy” (Fras 2005, S. 27). Somit ist auch an dieser Stelle von der bereits dargestellten Interaktion die Rede, da Sobkowiak vom „Prozess gegenseitiger Beeinflussung“ (*proces wzajemnych oddziaływań*) ausgeht. Gleichzeitig können dem Zitat die persuasive und die informative Eigenschaft politischer Kommunikation entnommen werden.

Fras bezeichnet die politische Kommunikation weiter als „relacja przenoszenia symboli i znaczeń, których uczestnikami są aktorzy na scenie politycznej i obywatele, wtedy, gdy ich działania mają cel polityczny” (ebd.). In dieser Definition reicht es aus, wenn man die politische Kommunikation als *przenoszenie symboli i znaczeń* definiert und das Nomen *relacja* in dem Fall weglässt. Somit wird hier deutlich gemacht, dass in einer politischen Kommunikation Symbole und Bedeutungen zwischen Politikern und Bürgern übertragen werden.

Bis zu dieser Stelle wurden zwar einige Eigenschaften politischer Kommunikation dargelegt, dennoch fehlt es an ausführlichen Überlegungen, welche Akteure an einer politischen Kommunikation beteiligt sind.

Die Existenz von drei Gruppen, die an einer politischen Kommunikation teilnehmen können, erwähnt Grażyna Ulicka, ebenso von Janina Fras zitiert. Fras greift aus Ulickas Definition diese drei Gruppen, in Form von *Politikern, die Meinung des Publikums* und in Form von *Journalisten* auf. (Fras 2005, S. 28). Bereits Burkhardt hat die Aufgabe des Journalismus in seiner Beschreibung von politischer Sprache erwähnt und die Kommunikationsform des Journalismus als *politische Mediensprache* bezeichnet (Burkhardt 203, S. 27). Journalisten stehen zwischen den Politikern und den Bürgern, indem sie über Medien Aussagen und Informationen an den Bürger weitergeben. Dies geschieht beispielsweise über Zeitungen oder Fernsehberichte.

Zusammenfassend kann erschlossen werden, dass es in einer politischen Kommunikation immer ein Ziel gibt. Dennoch stimme ich nicht der Aussage zu, das Ziel sei eine Gleichstellung der an der politischen Kommunikation Beteiligten. Obwohl Fras auf der einen Seite über die Schwierigkeit der Realisierung einer Symmetrie zwischen den Akteuren spricht und an keiner Stelle deutlich macht, dass dieses Ziel erreicht werden kann, führt sie es in ihrem Buch „Komunikacja polityczna“ auf. Dass die politische Kommunikation einen informativen Charakter aufweist ist ein eindeutiger Fakt, denn neben der Überredung und Überzeugung des Adressaten, wird dieser selbstverständlich in erster Linie über bestimmte Themen informiert. An dieser Stelle ist die Überredung und Überzeugung (Persuasion) der an der Kommunikation Beteiligten von wichtiger Bedeutung. Denn genau dies ist das Ziel einer politischen Kommunikation. Dabei schließe ich mich der Einteilung in kommunikationsinterne, kommunikationsexterne und die Kommunikation zwischen Politikern, Parteien und der Öffentlichkeit und deren Definierung nach Strauß, Haß und Harras an, auch wenn die drei Teilbereiche meiner Ansicht nach weiter verfeinert werden können. Außerdem ist die politische Kommunikation als Prozess anzusehen, die als Interaktion beschrieben werden kann. Darüber hinaus sehe ich eine Definierung von Kommunikationsakten zwischen Bürgern, die politische Themen umfassen, als politische Kommunikationsakte für kritisch an. In Anlehnung an die dargestellten Überlegungen, sollen nun unterschiedliche Situationen vorgestellt werden, in denen von politischer Kommunikation die Rede

ist. An dieser Stelle sollen die drei Teilbereiche politischer Kommunikation nach Strauß, Haß und Harras verfeinert werden.

1. Situation a): Politiker versuchen innerhalb einer Institution ihre Mitglieder zu informieren, zu überzeugen und zu überreden. Der Bürger wird ausgeschlossen. Ein Beispiel hierfür können Diskussionen und Gespräche innerhalb einer Partei sein, die vor den Wahlen stattfinden. Die Mitglieder der Partei planen beispielsweise ihr Parteiprogramm. Sender und Empfänger sind in dem Beispiel somit Mitglieder der Partei.
2. Situation b): Der Bürger ist passiv an der Kommunikation beteiligt, hat somit noch längst keinen Einfluss auf die Kommunikation. Die Kommunikation kommt beispielsweise über Flugblätter zu Stande. Hier sind die Politiker Sender und die Bürger nur Empfänger. Genauer erläutert, sind die Bürger passive Empfänger, da sie mit dem Sender nicht die Rollen tauschen, folglich nicht zugleich Sender sein können. Ein weiteres Beispiel ist die politische Rede, über die der Bürger informiert, überredet und überzeugt wird. Hier ist jedoch der Bürger auch nur als passiver Empfänger an der Kommunikation beteiligt und der Politiker als Sender.
3. Situation c): Hierzu zähle ich die politische Debatte, an der mehrere Politiker teilnehmen und somit ihre Mitstreiter überreden und überzeugen wollen. Daneben versuchen sie dasselbe Ziel bei den Bürgern zu erreichen, die bei einer Fernsehdebatte als Zuschauer fungieren. Somit ist nicht nur der Bürger Empfänger, sondern auch die an der Debatte beteiligten Politiker. Folglich agieren Politiker in einer Debatte als Sender und Empfänger, die Bürger allerdings wieder nur als Empfänger.
4. Situation d): Mittlerweile sieht man immer öfters politische Sendungen im Fernsehen, in denen Politiker und Bürger diskutieren. Ein Beispiel hierfür ist „Jetzt red i“ im bayrischen Fernsehen. Hier sind an der politischen Kommunikation auch die Bürger aktiv beteiligt und wirken somit als Sender und Empfänger, genauso wie die an der Sendung teilnehmenden Politiker.

Einen weiteren wichtigen Beitrag zur politischen Kommunikation liefern die Journalisten, die zwischen den Politikern und den Bürgern stehen. Über den

Journalismus gelangen Informationen an den Bürger, sowie aber auch an den Politiker.

Die in Kapitel 6 zu analysierende politische Rede von General und Staatschef Wojciech Jaruzelski aus der Zeit der Volksrepublik Polen kann nun unter Punkt 1 und 2 platziert werden, falls ausschließlich die Frage nach den Adressaten der Rede berücksichtigt wird. Jaruzelski spricht nämlich sowohl zu den Mitgliedern der kommunistischen Partei, als auch zu den „einfachen“ Bürgern des Landes. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass Jaruzelskis Rede ein Beispiel für eine einseitige Kommunikation darstellt. Dies bedeutet, dass seine Zuhörer zwar an der Kommunikation als passive Empfänger, jedoch weder an der Kommunikation selbst noch am politischen Handeln aktiv beteiligt sind.

Nach der Klärung des Begriffs *politische Kommunikation* soll nun die *politische Sprache* behandelt und als erstes die Frage beantwortet werden: Ist die Sprache der Politik eine Sprachvarietät?

3.2 Die Sprache der Politik – eine Sprachvarietät?

Zunächst soll die Bezeichnung *Sprachvarietät* erläutert werden, bevor die politische Sprache in diesem Zusammenhang untersucht werden kann. Zur Veranschaulichung dient Norbert Dittmars Veröffentlichung „Grundlagen der Soziolinguistik“ (1997), in der der Autor Sprache als eine Menge von Varietäten beschreibt, deren Eigenschaften in einem mehrdimensionalen Raum festgelegt sind. Dabei definiert Dittmar Varietäten als Subkodes einer Sprache, wie zum Beispiel *Idiolekte*, *Dialekte* oder *Soziolekte*. Die deutsche Sprache, um ein Beispiel zu nennen, vereinigt in sich alle Varietäten des Deutschen, wobei das Hochdeutsche als eine Varietät in diesem sogenannten *Varietätenraum* bezeichnet wird (Dittmar 1997, S. 173). Außerdem werden Varietäten „als Systeme erworben und stehen ihren Sprechern als kognitive Wissensbestände zur Verfügung; andererseits unterliegen sie diskurs-, interaktions- und situationsbedingten Beschränkungen.“ (ebd., S. 174).

Dittmar stellt ein Ordnungsschema vor, nach dem sich sprachliche Varietäten einteilen lassen. Grundlegend ist seine Vorstellung von sechs

Ordnungsdimensionen, deren jeweils ein geborenes Merkmal als Klassifizierungshilfe zugeordnet wird:

1. Ordnungsdimension: **PERSON**
geborenes Merkmal: einmalige individuelle Identität
Varietäten: individuelles Repertoire (Idiolekt)
Lernervarietät (Lernerlekt)
2. Ordnungsdimension: **RAUM**
geborenes Merkmal: lokale Identität
Varietäten:
lokale Varietät
regionale Varietät (Dialekt)
städtische Varietät (Urbanolekt)
überregionale Varietät (Umgangssprache, Regiolekt)
3. Ordnungsdimension: **GRUPPE**
geborenes Merkmal: (Werte-) Konflikt
Varietäten:
schichtspezifische Varietät (Soziolekt)
geschlechtsspezifische Varietät (Sexolekt oder MW- Lekt)
altersspezifische Varietät (Gerontolekt, Jugendsprache)
gruppenspezifische Varietät (Argot, Rotwelsch, Slang, usw.)
4. Ordnungsdimension: **KODIFIZIERUNG**
geborenes Merkmal: normative Korrektheit
(schriftlicher, mündlicher Gebrauch)
Standartvarietät
standartnahe Umgangssprache
5. Ordnungsdimension: **SITUATION**
geborenes Merkmal: Kontext-/ Musterwissen
Varietäten: Register, Stile, Fachsprache
6. Ordnungsdimension: **KONTAKT**
geborenes Merkmal: Macht (politische, militärische, wirtschaftliche oder kulturelle)
Pidgin; Kreolsprachen; Dialekte prestigebesetzter Weltsprachen außerhalb des Mutterlandes

Abbildung 1: Sprachliche Varietäten nach Norbert Dittmar (Dittmar 1997, S. 179 f.).

Dittmar grenzt folglich Sprachvarietäten nach Person, Raum, Gruppe, Kodifizierung, Situation und Kontakt voneinander ab. Für die vorliegende Arbeit sind insbesondere zwei Varietäten von großer Bedeutung. Zum einen die schichtspezifische Sprachvariante *Soziolekt* und zum anderen die *Fachsprache*. Zunächst soll jedoch die Frage geklärt werden, ob die Sprache der Politik überhaupt als sprachliche Variation bezeichnet werden kann. Aus der polnischen Fachliteratur können hierfür vor allem die Arbeiten von Bogdan Walczak, Anna Siewierska-Chmaj und Beata Mikołajczyk, die in Kapitel 2 bereits vorgestellt wurden, hinzugezogen werden.

Bogdan Walczak bezeichnet Sprachvarietäten als die Folge der Differenzierung einer Nationalsprache (Walczak 1994, S. 15) und unterscheidet sie anhand territorialer, sozialer und funktionaler (stilistischer) Merkmale. Dabei sieht er die politische Sprache eindeutig als eine Sprachvarietät an, mit der Begründung, dass das Element „Sprache“ in *Sprache der Politik* nicht Sprache im Allgemeinen, weder Sprache als Ethnolekt, noch Sprache aus einer metaphorischen Sichtweise zu bedeuten hat:

„(...) w wyrażeniu język polityki język nie oznacza oczywiście ani języka w ogóle (jako dwuklasowego systemu znaków arbitralnych o charakterze fonemowym), ani języka narodowego (etnicznego, etnolektu). W grę nie wchodzi też użycie wyrażnie metaforyczne w rodzaju język czy mowa kwiatów” (ebd.).

Dass es sich bei der Sprache der Politik nicht um eine territoriale Sprachvariante handelt, darüber besteht in der polnischen und deutschen Fachliteratur Übereinstimmung. Allerdings finden sich unterschiedliche Meinungen darüber, ob die Sprache der Politik als Soziolekt bezeichnet werden kann.

Anhand der Abbildung 1 ist leicht zu erkennen, dass Soziolekte schichtspezifische Varietäten sind, die innerhalb einer bestimmten Gruppe verwendet werden. In der polnischen Fachliteratur wird in diesem Zusammenhang der Begriff *język środowiskowy* benutzt, der mit „Sprache eines Umfelds bzw. Milieus“ übersetzt werden kann. Beschäftigt man sich nun mit der Frage, ob es sich bei der politischen Sprache um ein Soziolekt bzw. *język środowiskowy* handelt, muss folglich bewiesen werden, dass sich die Verwender der politischen Sprache innerhalb einer abgegrenzten Gruppe bewegen, solange eine Schicht als „eine von Gruppen und Individuen abstrahierende soziologische Größe“ definiert wird (Dittmar 1997, S. 189).

Man kann davon ausgehen, dass sich Texte mit politischem Thema an Massen richten. Ob in mündlicher oder schriftlicher Form, das Ziel des Textproduzenten ist es so viele Menschen wie nur möglich zu erreichen. Denn umso mehr Rezipienten mittels der Sprache informiert, überzeugt und überredet werden, desto besser. In einer demokratischen Gesellschaft sind Politiker auf die Stimmen der Bürger angewiesen. Um die Massen zu erreichen, sollten folglich politische Texte für Bürger verständlich sein.

Eines der jüngsten Beiträge zu Sprache und Politik leistet Anna Siewierska-Chmaj, die in ihrem Buch „Język polskiej polityki. Politologiczno-semantyczna analiza expose premierów Polski w latach 1919-2004“ (2006) einen Beschreibungsversuch der politischen Sprache wagt. Dabei beschäftigt sie sich ebenso mit der Frage inwieweit die Sprache der Politik als Soziolekt bzw. als *język środowiskowy* bezeichnet werden kann. Siewierska-Chmaj ist gegen eine Definierung der politischen Sprache als Soziolekt und grenzt sie von Sprachvarianten, wie dem Schülerjargon oder dem Studentenjargon ab: „Język polityki nie nazwiemy jednak odmianą środowiskową w znaczeniu, w jakim mówimy o języku uczniowskim, studenckim czy złodziejskim” (Siewierska-Chmaj 2006, S. 34). Dies bedeutet, dass die Sprache der Politik nicht nur von einer bestimmten Gruppe verwendet wird, wie beispielsweise innerhalb des Milieus der Berufspolitiker. Über Massenmedien wird die Sprache der Politik jedem Bürger zugänglich gemacht und dies kann nach Siewierska-Chmaj nur erfolgen, wenn sie auch für jedermann verständlich ist.

Bogdan Walczak betont in Bezug auf die polnische Sprache der Politik, dass es in Polen keine abgegrenzte Gruppe von Benutzern der politischen Sprache geben kann, da politische Eliten zu einem großen Teil aus Amateuren und nicht aus Berufspolitikern bestehen: „Wprawdzie, co często się podkreśla, nie wytworzyła się jeszcze w Polsce warstwa (grupa) polityków zawodowych i dzisiejsze elity polityczne składają się w przeważającej części nie z profesjonalistów, lecz z amatorów” (Walczak 1994, S. 16). Beata Mikołajczyk unterstützt die Aussage Walczaks, indem sie sogar behauptet, dass sich weder in Deutschland, noch in Polen eine Schicht bzw. Gruppe von Berufspolitikern etabliert hat (Mikołajczyk 2004, S. 32). Walczak bezeichnet die politische Sprache zwar nicht als Soziolekt, aber als eine funktionale Varietät der Allgemeinsprache. Demnach wird politische Sprache in Texten verwendet, dessen Produzenten Politiker selbst oder mit ihnen

verbundene Personen sind, als Adressaten die Verwender der Nationalsprache gelten, die Politik thematisieren und für die vor allem die persuasive Funktion charakteristisch ist (Walczak 1994, S. 20).

Während Siewierska-Chmaj, Walczak und Mikołajczyk die Sprache der Politik nicht als Soziolekt ansehen, finden sich in der Fachliteratur auch Meinungen, aus denen herausgeht, die politische Sprache sei eindeutig ein Soziolekt. So argumentiert beispielsweise Bartoszewicz wie folgt:

1. Die Sprache der Politik wird durch eine bestimmte Berufsgruppe gebraucht, die durch ein „hohes Maß an Selbstkontrolle beim Formulieren eines Kommunikates“ charakterisierbar ist (Bartoszewicz 2000, S. 100). Bartoszewicz zählt zu den Benutzern der politischen Sprache unter anderem Politiker, Journalisten, Staatsbeamte und Gewerkschaftsfunktionäre auf (ebd.).
2. Sie ist thematisch kohärent. Das Thema sei die Politik selbst, die Art auf welche sie betrieben wird und Personen, die sie betreiben.
3. Sie wird außerdem in bestimmten, öffentlichen Situationen gebraucht. Diese Situationen teilt Bartoszewicz wiederum auf. Zum einen in diejenigen, die an sich nicht politisch sind, aber durch den Politiker politisch gebraucht werden. Zum anderen in solche, die „gewöhnlich mit der Politik oder mit dem politischen Handeln assoziiert werden“ (ebd.). In den letzt genannten Situationen offenbart sich ihr Inszenierungscharakter, anders als in der privaten Sprache und das bedeutet, dass „sie über die jeweils gerade kommunizierenden Individuen hinausgreift“ (ebd.).
4. Sie erfüllt vor allem ihre persuasive Funktion und
5. wird in einer Massenkommunikation verwendet, die überregional ist und sich durch bestimmte lexikalische, semantische, stilistische, grammatische, argumentatorische, kommunikative und rhetorische Merkmale charakterisieren lässt (Bartoszewicz 2000, S. 100 f.).

Meiner Ansicht nach reicht die Begründung Bartoszewiczs nicht aus um von einem Soziolekt zu sprechen. Trotz dessen, dass Bartoszewicz die Massenkommunikation erwähnt und genau dies eine Beschreibung der politischen Sprache als Soziolekt nicht zulässt, ist ihrer Meinung nach die Sprache der Politik als Soziolekt einzustufen. Im Vergleich zu Walczak zählt Bartoszewicz dieselben Benutzer politischer Sprache auf (vgl. Walczak 1994, S. 29). Der Unterschied ist,

dass Bartoszewicz sie als eine eindeutig abgegrenzte Gruppe sieht, Walczak jedoch genau dies ablehnt.

Mikołajczyk lehnt eine Definierung der Sprache der Politik aus denselben Gründen, wie Walczak und Siewierska-Chmaj als Soziolekt ab und beschreibt sie als „Mythos in der Linguistik“, (Mikołajczyk 2004, S. 34) nicht aber als Sprachvarietät. Nach Mikołajczyk muss im Zusammenhang mit der Sprache der Politik von einer „Verwendung der Sprache auf unterschiedlichen Ebenen der politischen Kommunikation“ gesprochen werden. Somit hat die *Politolinguistik* ihrer Meinung nach „keine homogene sprachliche Varietät als Untersuchungsgegenstand, sondern sprachliche Handlungen, die im Bereich der Politik ausgeführt werden“ (ebd.). An dieser Stelle unterscheidet sie eindeutig die *Sprache der Politik* von der *Sprache in der Politik*, indem sie betont, dass die Politolinguistik nur den letzt genannten Terminus erforschen kann, was soviel bedeutet, dass sich die linguistische Teildisziplin, die sich mit der politischen Sprache auseinandersetzt, nur auf den „konkreten Sprachgebrauch in bestimmten kommunikativen Akten konzentrieren“ kann (ebd.).

Neben der Untersuchung der politischen Sprache als Soziolekt, beschäftigt sich Mikołajczyk zudem mit der Frage, ob die Sprache der Politik als Fachsprache bezeichnet werden kann. Die Fachsprache als Sprachvariante kann nach Mikołajczyk unter drei Gesichtspunkten analysiert werden. Als erstes kann man die Fachsprache außersprachlich auf die Gruppe ihrer Träger, die Fachleute, generell auf alle im Fach Handelnden beziehen. Im sprachsystembezogenen Kontext kann von der Fachsprache als Subsystem gesprochen werden. Ein Subsystem ist dadurch charakterisierbar, dass es spezifische sprachliche Mittel in morphologischer, lexikalischer, syntaktischer und textlicher Hinsicht aufweist. Zuletzt kann eine Fachsprache sprachverwendungsorientiert untersucht werden. In diesem Zusammenhang sind Situationen von Bedeutung, in denen die Fachsprache letztendlich gebraucht wird (ebd., S. 28).

Mikołajczyk stellt neuere Erkenntnisse vor, laut denen der Gebrauch einer Fachsprache in zwei Bereiche unterteilt wird. In einer fachinternen Kommunikation wird die Sprachvariante nur von Fachleuten innerhalb eines Faches verwendet. In einer fachexternen Kommunikation findet sich ein weiterer

Schritt über die strengen Grenzen der ursprünglichen Bedeutung der Fachsprache hinaus (Bsp.: *Wissenspopularisierung*).

Im ersten Fall kann bezogen auf die politische Kommunikation von einer institutsinternen Kommunikation die Rede sein, in der Fachtermini verwendet werden, die für den Bürger nicht verständlich sind. Mikołajczyk schreibt an dieser Stelle zu Recht, dass in solch einer Kommunikation Begriffe aus weiteren Fachsprachen hinzugezogen werden, wie zum Beispiel aus der Rechtswissenschaft oder Ökonomie (Mikołajczyk 2004, S. 30). In einer fachexternen Kommunikation werden, übertragen auf die politische Kommunikation so viele Rezipienten wie nur möglich angesprochen. Das Ziel ist es, eine breite Menge an Zuhörern zu erreichen. Folglich muss in diesem Fall die Sprache für den Bürger verständlich sein. Blickt dieser nicht durch den Wortschatz des Politikers hindurch, kann er auch nicht von seinen Meinungen und Ansichten informiert, überzeugt und überredet werden. Im schlimmsten Fall, sieht dann der Bürger von einer Teilnahme an den Wahlen, aufgrund seiner Unwissenheit ab. Mikołajczyk stellt ganz richtig fest, dass um die Sprache für den Bürger attraktiv zu gestalten, der Politiker Wörter aus der Alltagssprache entlehnt, Begriffe aus dem handwerklichen, kommerziellen Bereich verwendet, sowie sich dem Wortschatz religiöser, magischer und mystischer Weltdeutung bedient. Darüber hinaus verwendet er ebenso Begriffe aus dem Soziolekt oder einer altersspezifischen Sprachvariante derjenigen Menschengruppe, zu der er spricht (ebd., S. 30- 31). Die politische Sprache kann nicht als Fachsprache bezeichnet werden und damit stimme ich auch Beata Mikołajczyk zu, die durch ein Zitat von Klein klarstellt: „Ihr [der Sprache der Politik] Mischcharakter, ihre Überschneidungen mit mehreren Fachsprache (...) und ihre breite Überlappung mit der Alltagssprache sprechen gegen eine solche Charakterisierung“ (ebd., S. 29). Diese Überlegungen sollen in Kapitel 3.3 näher ausgeführt werden.

Ich stimme denjenigen Autoren zu die der Meinung sind, dass die Sprache der Politik nicht als Soziolekt oder Fachsprache eingestuft werden kann. Zum einen, da sie aufgrund des Empfängers nicht als schicht- und gruppenspezifische Varietät bezeichnet werden kann und zum anderen weil sie ein Gemisch aus verschiedenen Fachsprachen und der Alltagssprache darstellt. Besonders die zuletzt genannte

Überlegung beeinflusst den politischen Wortschatz, der im weiteren Verlauf der Arbeit vorgestellt wird.

Betrachtet man jedoch die Sprache der Politik ohne die Bürger als Empfänger eines politischen Textes miteinzubeziehen, kann sie selbstverständlich als Sprache, deren Verwender ausschließlich Berufspolitiker sind, definiert werden.

3.3 Der politische Wortschatz

Einen äußerst wichtigen Beitrag zum politischen Wortschatz bzw. Lexikon leisten, wie bereits in Kapitel 2 vorgestellt wurde, Walther Dieckmann (1975) und Josef Klein (1989). Im vorliegenden Kapitel sollen zunächst die Modelle beider Linguisten vorgestellt und somit ein in der Fachliteratur zu Sprache und Politik bedeutendes Thema, der politische Wortschatz aufgezeigt werden.

Das Lexikon einer Sprache kann nach Thea Schippan als das „strukturierte Inventar der Lexeme“ definiert werden (Schippan 1992, S. 1). Es ist zwar nicht das einzige Instrument für die Sprachverwendung in der Politik, aber unumstritten das wichtigste. Folglich behandelt dieses Kapitel einen Teil des sprachlichen Lexikons, der für die Sprache der Politik von großer Bedeutung ist.

In der Fachliteratur wird oft betont, dass in der politischen Sprache zum einen Fachwörter aus anderen Sachgebieten und zum anderen Begriffe aus der Alltagssprache verwendet werden (vgl. Kapitel 3.2, S. 33). Dies zeigt, dass die Sprache der Politik nur schwer definierbar und abgrenzbar ist. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Politik kein Sachgebiet mit abgrenzbarem Lexikon ist. Ein Beispiel führt Girnth auf, indem er den medizinischen Terminus *Präimplantationsdiagnostik* nennt, der in der „Berliner Rede“ von Bundespräsident Rau verwendet wurde:

„Manche fordern, dass auch in Deutschland die Präimplantationsdiagnostik, kurz PID, erlaubt werden soll. Dabei geht es um die Frage: Soll bei einer künstlichen Befruchtung ein Embryo auf genetische Schäden untersucht werden, bevor er in den Körper einer Frau eingepflanzt wird? Darf der Embryo beseitigt oder darf er verwendet werden, wenn solcher Schaden festgestellt wird?“ (Girnth 2002, S. 48).

An dieser öffentlich-politischen Rede ist klar zu erkennen, dass auch ein Thema aus einem anderen Sachgebiet, hier der Medizin, politisch werden kann.

Hinzu kommt, dass sich das politische Lexikon auf zeitlicher Ebene, abhängig von der jeweiligen politischen Situation wandeln kann. Je nachdem welches politische Thema Überhand nimmt, werden aus den jeweiligen Sachgebieten Begriffe politisch verwendet.

Zunächst soll die Gliederung des politischen Lexikons nach Dieckmann vorgestellt werden, die einen wichtigen Ansatz zur Forschung politischen Wortschatzes darstellt:

Das politische Lexikon

1 Institutionssprache:	setzt sich zusammen „(...) aus den Bezeichnungen für die einzelnen Institutionen und Organisationen eines Gemeinwesens, ihre interne Gliederung, die Aufgaben, die sie erfüllen und die Prozesse, in denen sie funktionieren (...)“ (Dieckmann 1975, S. 50)
1.1 Organisationssprache:	setzt sich zusammen aus Ausdrücken für die Institutionen (<i>Bundesrat, Parlament</i> etc.), ihren Gliederungen (<i>Fraktion, Parteivorstand</i> etc.), ihren Aufgaben (<i>Verfassungsschutz, Finanzpolitik</i> etc.) und Amtsbezeichnungen (<i>Bundeskanzler, Minister</i> etc.) (ebd., S. 51)
1.2 Verfahrenssprache:	setzt sich zusammen aus Ausdrücken, mit denen formale Praktiken in der Politik bezeichnet werden (<i>konstruktives Misstrauensvotum</i> etc.) (ebd.)
2 Fachsprache des verwalteten Sachgebiets	wird als „Sondersprache der politischen Experten des jeweiligen Sachgebietes“ verstanden (ebd., S 51 f.)
3 Ideologiesprache	siehe gesonderte Betrachtung

Abbildung 2: Die Gliederung des politischen Lexikons nach Dieckmann (Dieckmann 1975, S. 51 f.).

Dieckmann teilt folglich den politischen Wortschatz in *Institutionssprache* (welche er wiederum in *Organisationssprache* und *Verfahrenssprache* unterteilt), *Fachsprache des verwalteten Sachgebiets* und *Ideologiesprache* ein. Zur *Fachsprache des verwalteten Sachgebiets* ist zu sagen, dass besonders an ihr die Überschneidung mit anderen Fachsprachen sichtbar wird, die es erschwert Grenzen zwischen dem politischen Wortschatz und dem Lexikon anderer Fachsprachen zu ziehen. Die *Ideologiesprache*, die von Klein (1989) durch das

Ideologievokabular ersetzt wird, verlangt nach einer genaueren Betrachtung und soll später behandelt werden.

Klein verfeinert Dieckmanns Gliederungsvorschlag, indem er diesen durch das *allgemeine Interaktionsvokabular* erweitert. Außerdem setzt sich bei Klein das *Ressortvokabular*, mit dem er die *Fachsprache des verwalteten Gebietes* nach Dieckmann ersetzt, nur zu einem bestimmten Teil aus Fachwörtern zusammen. Er teilt den politischen Wortschatz in *Institutionsvokabular*, *Ressortvokabular*, *allgemeines Interaktionsvokabular* und *Ideologievokabular* ein. Anhand der folgenden Tabelle sollen Kleins Erklärungen zur Gliederung des politischen Lexikons aufgeführt werden:

Das politische Lexikon

Institutionsvokabular	<ul style="list-style-type: none"> - „Bezeichnungen für staatliche Organisationen, politische Institutionen und deren Untergliederungen (<i>Bundesrat, Bundesstaat, Kreistag, Opposition, Senat, Parlamentarische Demokratie</i> etc.) - Bezeichnungen für staatliche und politische Rollen (<i>Bundesminister, Mandat, Staatssekretär, Wehrbeauftragter</i> etc.) - Bezeichnungen für kodifizierte Normierung politisch institutionellen Handelns (<i>Grundgesetz, Pakt, Staatsvertrag</i> etc.) - Politik- spezifische Bezeichnungen für politische Handlungen, Prozesse und Zustände (<i>Fraktionssitzung, freie, gleiche und geheime Wahlen, Parteitag, Wahlkampf</i> etc.)“ (Klein 1989, S. 5 f.).
Ressortvokabular	<ul style="list-style-type: none"> - semi- fachsprachliche Bezeichnungen, mittels denen politische Sachverhalte eines Ressorts so formuliert werden können, dass der bezeichnende Begriff als Schlagwort verwendet werden kann und die vor allem in ressortspezifischen Debatten aufzufinden sind (<i>Giftmüll, Fristenlösung, Maschinensteuer</i> etc.) (ebd., S. 6 f.).

Allgemeines Interaktionsvokabular	<ul style="list-style-type: none"> - Wörter, die zur Bezeichnung politischer Handlungen und Handlungsaspekte dienen und weder fachsprachlich, noch ideologiesprachlich sind (<i>gefährden, beteiligen, Zitterpartie, Plan, Änderung, Krise</i> etc.) (ebd., S. 7), Wörter, die sprachliche Handlungen bezeichnen, wie <i>eingestehen, fordern, begründen, kritisieren</i> und <i>appellieren</i> (ebd.), oder zur Bezeichnung sprachlicher Interaktionen dienen (<i>erörtern, debattieren, diskutieren</i> etc.) (ebd.).
Ideologievokabular	siehe gesonderte Betrachtung

Abbildung 3: Die Gliederung des politischen Lexikons nach Klein (Klein 1989, S. 5-7).

Das Ideologievokabular soll gesondert beschrieben werden. Zunächst gilt es jedoch zu klären, wie stark Ideologie mit Sprache und Politik verbunden ist. Dazu soll als erstes der Ideologiebegriff erläutert werden. Girnth beschreibt Ideologie in einem Alltagssprachlichen Sinne als „Auffassungen (...), die im Besitz der Wahrheit zu sein glauben, in Wirklichkeit aber die Wahrheit verzerren oder falsch darstellen“, während eine zweite, wertneutralere Definierung, Ideologie als „die einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppierung oder einer bestimmten Gesellschaftsordnung zugrundeliegenden Wertvorstellungen und Denkmuster“ beschreibt (Girnth 2002, S. 3). Da politisches Handeln ohne sprachlicher Kommunikation nicht möglich ist (vgl. Kapitel 3.1, S. 18-19) und sich somit in Sprache vollzieht und falls, wie bei Strauß, Haß und Harras nachzulesen ist, politische Wirklichkeit immer auch ideologisch vermittelte Wirklichkeit (Strauß/ Haß/ Harras 1989, S. 28) ist, werden Ideologien auch sprachlich vermittelt.

Unter den Begriff des *Ideologievokabulars* fallen nach Klein diejenigen Wörter, die zur Formulierung und Darstellung politisch, gruppenspezifischer „Deutungen und Bewertungen der politisch-sozialen Welt, ihrer Prinzipien und Prioritäten“ dienen (Klein 1989, S. 7). Klein unterteilt das Ideologievokabular in drei Gruppen von Lexemen, die er wie folgt charakterisiert:

1. Lexeme zur Bezeichnung grundlegender Beziehungen und Formationen im bürgerlich-konservativen und marxistischen Sinn. Unter die erst genannte Teilgruppe fallen Bezeichnungen, wie *Gemeinschaft, Familie, Nation und Staat* und unter den zweit genannten Worttyp fallen Lexeme, wie *Kampf, Klasse, (kapitalistische/ sozialistische/ klassenlose) Gesellschaft* (Klein 1989, S. 8).
2. Lexeme zur Bezeichnung „favorisierter Prinzipien der Organisation des politischen Lebens“ (zum Beispiel: *Parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Opposition* etc.) (ebd.).
Dabei ist an der oben aufgeführten Gliederung des politischen Lexikons nach Klein, deutlich sichtbar, dass manche Ideologievokabeln auch im Institutionsvokabular erscheinen (siehe beispielsweise *parlamentarische Demokratie*, oder *Opposition*). Dies liegt daran, dass ein politisches System als Institution die Ideologie desselben widerspiegelt (ebd.).
3. Lexeme zur Bezeichnung grundlegender Werte und Handlungsorientierungen (*Würde des Menschen, Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Revolution, Reform* etc.) (ebd.).

Die *Ideologiegebundenheit* von Wörtern ist an dieser Stelle eine wichtige semantische Eigenschaft, die sich durch das politische Lexikon zieht. Dennoch besteht auch hier, wie Strauß und Zifonun betonen, das Problem einer klaren Abgrenzung von ideologie- terminologischer zu ideologie-nichtterminologischer Verwendung der Wörter (Strauß/ Zifonun 1982/83, S. 73). Zudem können auch Wörter aus der Alltagssprache ideologisch konnotiert werden. Girnth stellt die semantischen und pragmatischen Merkmale ideologiegebundener Wörter vor und bezeichnet sie als *denotativ*, *evaluativ* und *deontisch*. Mit ideologiegebundenen Wörtern bezeichnet folglich (= denotative Merkmale), bewertet, (= evaluative Merkmale) und fordert der Sprecher zu etwas auf (= deontische Merkmale). Danach ist die denotative Bedeutung des ideologiegebundenen Begriffs *Demokratie* „Staatsform“, außerdem besitzt der Begriff positive Evaluation und enthält beispielsweise die deontische Bedeutung „dass sie [die Demokratie] ein hohes Gut ist, das also erstrebt und erhalten werden muss.“ (Girnth 2002, S. 51). Wie aber bereits erwähnt wurde, können die meisten Wörter des politischen Wortschatzes ideologiegebunden verwendet werden, denn: „Versteht man ein

politisches System als Konkretisierung einer Ideologie, dann sind auch Wörter wie parlamentarische Demokratie, freie, gleiche und geheime Wahlen, Parteien und Opposition ideologiegebunden“ (Klein 1989, S. 9).

Wichtig ist die Tatsache, dass jedem Wort, abhängig von der Intention des Sprechers und somit gleichzeitig auch abhängig von der politischen Situation, in der er sich befindet, unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben werden können. Dieckmann spricht in dem Fall von der *ideologischen Polysemie* (Dieckmann 1989, S. 70 f.). Dabei geht er zunächst von einer ganz ideologieneutralen Bedeutung des Begriffes aus, welchem dann aufgrund von unterschiedlichen Gebrauchsweisen eine ideologische Bedeutung zugeschrieben wird. Bleibt man am Beispiel *Demokratie*, wäre die ideologieneutrale Bedeutung „Herrschaft des Volkes“ (ebd. S. 72). Ein und dasselbe Wort wird folglich je nach Intention des Sprechers, in Abhängigkeit von der jeweiligen Ideologie semantisch unterschiedlich gebraucht. Strauß und Zifonun ersetzen die Bezeichnung *ideologische Polysemie* durch die *semantische Varrianz* und definieren die *Varrianz* als „meinungsgruppenbedingte Gebrauchsdifferenz eines Wortes, und zwar jeweils bezogen auf eine semantische Dimension“ (Strauß/ Zifonun 1982/83, S. 68- 69). Die semantische Dimension wird definiert als „die Menge aller Gebräuche des betreffenden Wortes, die in einer einzigen Kontextklasse möglich sind und die (...) in der Regel über einen gemeinsamen Oberbegriff identifiziert werden können“ (ebd., S. 69). Danach kann ein Wort über mehrere semantische Dimensionen verfügen. Im Fall von *Sozialismus*, ein Begriff den Strauß und Zifonun als Beispiel zur Erläuterung heranzuführen, handelt es sich um folgende Dimensionen: 1. gesellschaftliche Lehre, 2. sozialistisches System und 3. gesellschaftliche Bewegung, Strömung, Richtung. Der Begriff *Sozialismus* kann somit in drei verschiedenen Kontexten gebraucht werden, wobei wieder hier die Intention des Sprechers ausschlaggebend ist. Bleibt man innerhalb ein und derselben semantischen Dimension, so können dieselben Wörter vor allem die des politischen Wortschatzes von unterschiedlichen Sprechergruppen unterschiedlich gebraucht werden. Die variante Verwendung eines Wortes ist abhängig von der politischen und ideologischen Überzeugung des Sprechers. Des Weiteren unterscheiden Strauß und Zifonun zwischen der *deskriptiven* und *evaluativen* Bedeutungskomponente eines Wortes. In diesem Zusammenhang werden Prädikatore in sprachlichen Handlungen benutzt „um Gegenstände der

objektiven, sozialen oder subjektiven Welt zu klassifizieren (deskriptive Bedeutung)“ und „um Gegenstände der sozialen Welt (und der soziokulturellen Welt) gemäß sozialen Normen oder soziokulturellen Wertstandards zu bewerten (evaluative Bedeutung)“ (Strauß/ Zifonun 1982/83, S. 71). Mit der deskriptiven Bedeutung eines Prädikators können individuelle Gegenstände als bestimmte Gegenstände charakterisiert und klassifiziert werden. Dabei ist zusätzlich die evaluative Bedeutung von großer Wichtigkeit, da mit ihr die Gegenstände bewertet werden (ebd., S. 70- 71). Beide Bedeutungskomponenten sind deshalb erwähnenswert, da nach Strauß und Zifonun die semantische Varianz eines Wortes auf eine der beiden oder sogar auf beide Bedeutungskomponenten Bezug nehmen kann. Bleibt man bei dem Beispiel *Sozialismus*, konkreter im Zusammenhang einer Verwendung des Begriffs in der BRD und DDR, so besteht in einer semantischen Dimension deskriptive und evaluative Varianz. Im Gegensatz dazu, wird dem Begriff *Demokratie* höchst wahrscheinlich ein und dieselbe evaluative Bedeutung zugeschrieben (ebd.).

Josef Klein verwendet übrigens im Zusammenhang mit der *ideologischen Polysemie* die Bezeichnung *Bedeutungskonkurrenz* (Klein 1989, S. 21 f.) und beschreibt damit den politischen Meinungsstreit um die „richtige“ Bedeutung eines Wortes.

Einen wichtigen Bestandteil des *Ideologievokabulars* bilden *Symbolwörter* bzw. *Schlüsselwörter* und die ihnen zum Teil ähnelnden *Schlagwörter*. Nach Girnth haben Symbolwörter „die Funktion, die komplexe Wirklichkeit, vereinfachend, man könnte auch sagen verdichtend, darzustellen“ (Girnth 2002, S. 52). Somit kann Symbolwörtern Reduktionsleistung zugeschrieben werden, aber auch emotionale Anziehungskraft. Dabei ist die semantische Betrachtung der Symbolwörter ein guter Weg das Denken und Handeln einer Sprachgemeinschaft in einer bestimmten Epoche zu untersuchen. Aufgrund ihrer Beständigkeit und Einteilung in positiv konnotierte und negativ konnotierte Symbolwörter, können Rückschlüsse darauf gezogen werden, was von Mitgliedern einer Sprachgemeinschaft einer bestimmten Epoche angestrebt oder aber gehasst und bekämpft wird bzw. wurde. Beispiele für negativ konnotierte Symbolwörter sind aus heutiger Sicht der Bundesrepublik Deutschland *Diktatur* und *Nationalsozialismus*, während den Begriffen *Frieden* und *Freiheit* eine positive Bedeutung zugeschrieben wird.

Nach Dieckmann können Symbolwörter somit in *Miranda* und *Anti-Miranda* eingeteilt werden (Dieckmann 1975, S. 49). Danach fallen unter den erst genannten Begriff positiv konnotierte Symbolwörter, während negativ konnotierte Schlüsselwörter dem zweit genannten Terminus zugeschrieben werden. Dabei bezieht sich ihre ideologische Polysemie bzw. Bedeutungskonkurrenz „auf die denotative Bedeutungskomponente“ (Girnth 2002, S. 54).

Die Merkmale „Reduktionsleistung“ und „emotionale Anziehungskraft“ von Symbolwörtern können auch auf Schlagwörter übertragen werden. In der Fachliteratur gibt es unterschiedliche Meinungen zu einer Abgrenzung der beiden Termini. Nach Bartoszewicz bilden Schlagwörter:

„(...) eine funktional und formal differente Gruppe, die ein kennzeichnendes Element der politischen Kommunikation bildet. Ihre Rolle, ähnlich wie der öffentlichen Meinungssprache, beruht grundsätzlich darauf, die bereits bestehenden Meinungen des Publikums zu stabilisieren bzw. neue Meinungen zu bilden, das Image der eigenen politischen Gruppierung positiv und das der politischen Gegner negativ zu gestalten“ (Bartoszewicz 2000, S. 115 f.).

Aufgrund ihrer semantischen Vagheit, kann dieses von Bartoszewicz genannte Ziel der Verwendung von Schlagwörtern auch erreicht werden. Schlagwörter können je nach Intention des Sprechers unterschiedlich verwendet werden und sind somit ideologisch polysem, da sie ideologisch unterschiedlich ausgedeutet werden können. Sie sind immer im Kontext des ideologischen Systems zu sehen. Wie der Begriff allein schon zeigt, soll mittels Schlagwörtern der Rezipient mit einem Schlag gewonnen werden (Krupp 1992, S. 138f.). Sie wirken auf die Vorstellungen und Handlungen des Zuhörers ein und haben eine stark beeinflussende Kraft. Für eine genauere Beschreibung von Schlagwörtern dient die unter anderem nach Fritz Hermanns vorgestellte Unterscheidung zwischen *Fahnen-* und *Stigmawörtern*. Fahnenwörter werden danach innerhalb einer Gruppe und in Bezug auf sich selbst positiv konnotiert. Mittels ihnen werden eigene politische und gesellschaftliche Programme gekennzeichnet. Stigmawörter werden immer mit einer negativen Konnotation versehen und folglich verwendet, um politische Gegner und deren Programme negativ darzustellen (Hermanns 1989, S. 79 f.). Beispiele für Fahnenwörter sind *Liberaldemokratie*, *sozialistische Demokratie*, *freie Marktwirtschaft*, *progressiv*, *konservativ* oder *Mitbestimmung*, während als Stigmawörter Begriffe wie *Chaot*, *Extremismus*, *Terrorist*, *radikal* und *regressiv* bezeichnet werden (Bartoszewicz 2000, S. 117).

Übertragen auf die deskriptive und evaluative Varianz nach Strauß und Zifonun kann folgendes festgestellt werden: „Bei Fahnenwörtern einer Gruppe/Partei besteht deskriptive und evaluative Varianz zwischen den Gruppen/Parteien bei besonders positiver Evaluation seitens einer Gruppe/Partei; bei Stigmawörtern besteht evaluative und deskriptive Varianz (möglicherweise auch deskriptive Konstanz) zwischen den Gruppen/Parteien bei besonders negativer Evaluation seitens einer Gruppe/ Partei“ (Strauß/ Zifonun 1982/1983, S. 73). Gilt die positive Evaluation bei gruppen- und parteiübergreifenden Wörtern unveränderlich, ist aber die deskriptive Varianz eindeutig gegeben, ist die Rede von den so genannten *Leitwörtern* (ebd.).

Eine eindeutige Abgrenzung von Symbolwörtern und Schlagwörtern ist nicht einfach, da ein Schlagwort zu einem Symbolwort werden kann, wenn es über eine lange Zeit immer und immer wieder gebraucht wird. Dagegen können auch Symbolwörter als Schlagwörter verwendet werden. Girth versucht dennoch beide Begriffe voneinander abzugrenzen, indem er betont, dass „ein Symbolwort einen historisch gewachsenen Orientierungspunkt darstellt und fest in das ideologische Wertesystem einer Gemeinschaft eingebunden ist“. Zur Beschreibung von Schlagwörtern zitiert er Toman-Banke (1996) und schreibt: ein Schlagwort ist „abhängig von der politischen Aktualität des Sachverhaltes, auf den es Bezug nimmt“ (Girth 2002, S. 53). Symbolwörter sind somit beständiger als Schlagwörter, denen eher das Merkmal „Kurzlebigkeit“ zugeschrieben werden kann. Im Bezug auf die Evaluation beider Begriffe ist zu sagen, dass Symbolwörter, also *Miranda* und *Anti-Miranda* gruppen- bzw. ideologieübergreifende Evaluation besitzen, Schlagwörter hingegen durch gruppen- bzw. ideologieinterne Evaluation und Gebrauch beschrieben werden können (ebd., S. 54).

Eine klare und eindeutige Definierung der politischen Sprache ist unmöglich. Die Sprache ist eines der Werkzeuge um Politik zu betreiben, dies ist klar. Zudem kann durch sie die Politik auch beschrieben und vor allem die Wandlungen eines politischen Systems widerspiegelt werden. Mittels politischer Sprache versucht der Sender seine Empfänger von einer Idee zu überzeugen. Damit dies geschehen kann, muss der Empfänger aber zuhören und um gehört zu werden, muss der Sender klar und verständlich sprechen. Politiker berufen sich daher auf alle

möglichen Stile und Gattungen. Dies macht es so schwierig die politische Sprache zu definieren. Das Problem einer klaren Abgrenzung von politischer Sprache zu anderen Sprachvarianten zieht sich, wie bereits veranschaulicht wurde, durch das politische Lexikon.

An dieser Stelle soll nun der Fokus von der Sprache der Politik im Allgemeinen auf die Propagandasprache der Volksrepublik Polen verlegt werden.

4 Die Propagandasprache der Volksrepublik Polen – die *Nowo-mowa*

Während in einem demokratischen Staat Politiker von den Bürgern abhängig sind, denn an dem Bürger liegt es sich während der Wahlen zu entscheiden, entscheidet in einem totalitären System ausschließlich der Sender! Dabei muss der Empfänger alles annehmen, wovon der Sender überzeugt ist. In Polen gab es in der Zeit des Kommunismus eine Partei, ein Monopol der staatlichen Macht. Der Bürger hatte somit keine Wahl. Er konnte nicht einmal entscheiden, wem er zuhören wollte, geschweige denn hatte er die Option sich für mehr als eine Partei während den Wahlen zu entscheiden. Die Charakterisierung der sogenannten *Nowo-mowa* ist daher viel einfacher als die der politischen Sprache. Da in diesem totalitären System politische Texte einen einheitlichen Charakter hatten und eine Art Monopol politischer Reden und der Medien existierte, zudem die Entscheidungskraft ganz allein beim Sender lag, ist die Rede von einer stereotypen, eindeutigen, klaren und homogenen Sprache:

„W latach siedemdziesiątych mało było wątpliwości co do istnienia jednego-bardzo konsekwentnie stosowanego w wystąpieniach polityków i w środkach masowego przekazu- modelu propagandy językowej, co stwarzało dla badacza sytuację co najmniej pożądaną. Względnie stabilny układ, który miał zresztą także przez tę właśnie stabilność języka odzwierciedlać stabilność systemu, był jedną z głównych cech tego modelu” (Bralczyk 2003, S. 11).

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre etablierte sich eine neue Art politischer Texte, mit neuen Rollen und neuen Funktionen. Bereits Ende der 80er begannen polnische Politiker eine andere Sprache zu verwenden, die nun um einiges einfacher war. Die Ära einer steifen Sprache fand langsam ihr Ende. Der Sender bemerkte, dass es wichtig ist sich dem Empfänger anzunähern. Dieser war nicht mehr ein, wie ihn Jerzy Bralczyk bezeichnet, vom Sender virtuell kreierter

Rezipient, an dessen Rolle sich der reale Bürger anpassen musste (Bralczyk 2003, S. 69). Sein Dasein wurde wahrgenommen und akzeptiert. Obwohl zu der Zeit noch immer die pure Entscheidungskraft beim Sender lag, fing dieser dennoch an sich immer verständlicher an den Empfänger zu wenden. In einer einseitigen Sprache, wie der Nowo-mowa, legt der Sender jedoch alle Bedeutungen und Bezeichnungen fest, beurteilt und bewertet als „gospodarz języka“ (ebd.). In den Kapiteln 4.1-4.4 soll nun die Propagandasprache der Volksrepublik Polen näher erläutert werden. Ihr Ursprung, ihre inneren Mechanismen, die Wahl sprachlicher Mittel und weitere besondere Merkmale werden im Laufe der Arbeit klar dargestellt um eine intensive Auseinandersetzung mit dieser steifen und organisierten Sprache der Propaganda zu ermöglichen.

Jakub Karpiński schreibt in seinem Buch „Mowa do ludu“ (vgl. Kapitel 2, S. 14): „das Wort ist eines der grundlegenden Mittel der Formung menschlichen Verhaltens (...)“ (Karpiński 1984, S. 63) und betont dabei, indem er Franciczek Bacon zitiert, dass die Sprache nicht nur ein fabelhaftes Mittel zur Verständigung darstellt, sondern zudem eine Quelle von Fehlern, ein Weg zur Formung menschlicher Gefühle ist und das menschliche Verhalten beeinflusst (ebd.). Laut dem Autor verlangt die politische Propaganda von Menschen, dass die Tatsache in Vergessenheit gerät, dass sprachliche Äußerungen nicht dasselbe wie die Wirklichkeit sind. Die Propaganda schafft eine bestimmte Wirklichkeit, vergleichbar mit einer „Mappe eines Märchenreiches“ (ebd., S. 64), die sich auf keine der bis dahin uns bekannten Wirklichkeiten bezieht. So verhält es sich vor allem in Bezug auf die Nowo-mowa, mittels der eine neue Wirklichkeit geschaffen wurde, um das Volk in Schach zu halten und für den totalitären Staat negative Meinungen zu blockieren. Ihre sprachlichen Mittel sind als spärlich zu beschreiben und ihr Umfang ist beschränkt. In der Nowo-mowa werden exakt ausgewählte Wörter verwendet, die positive oder negative Emotionen übermitteln, Wörter mit nicht gerade großem Sinn. Diese sollen nicht beschreiben, sie sollen in erster Linie dem Volk vom Staat verlangte Gefühle aufzwingen. Dabei gilt das, was vom Staat gut geheißen wird als positiv und das, was der Bürger ablehnen und hassen soll als fremd und verfeindet (ebd., S. 64 f.).

Genau in diesem Zusammenhang finden sich in der Nowo-mowa unterschiedlich Bezeichnungen für das Fremde und das Eigene wieder. Dabei sollen sich beide

nicht miteinander vermischen, was bereits auf der sprachlichen Ebene sichtbar wird (Karpíński 1984, S. 65). Die Rede ist somit von einem Monopol der Informationen, die an den Bürger vermittelt werden. Mittels desselben entscheidet ganz allein der Staat über die Erziehung des Volkes. Karpíński beschreibt diesen Prozess als die Erziehung eines „neuen Menschen“ oder „sowjetischen Menschen“, der in einer Art und Weise verlaufen muss, die den Staat ins Positive rückt. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Wahl bestimmter Wörter einer strengen Kontrolle unterliegt (ebd., S. 66). Somit ist die Zensur eines der wichtigsten Instrumente der Propaganda, an die sich auch die Medien halten, denn wie Karpíński zu Recht mit einem Zitat von Stanisław Mojkowski (1968) betont: „Partia zawsze może liczyć na dziennikarzy“ (ebd., S. 67), was bedeutet, dass die Partei immer auf die Journalisten zählen kann.

Zu einer aufschlussreichen Beschreibung der Propagandasprache der Volksrepublik Polen sollen vor allem die Arbeiten von Jerzy Bralczyk, Michał Głowinski, Leszek Bednarczuk und Jerzy Bralczyk hinzugezogen werden, die bereits in Kapitel 2 vorgestellt wurden und deren Beiträge zur Nowo-mowa einen wichtigen Teil der Fachliteratur ausmachen. Dabei ist allen Arbeiten zur Sprache der Propaganda gemein, dass als Hauptthema von Texten mit Propagandacharakter die Politik und als Hauptziel die Persuasion genannt wird. Bralczyk charakterisiert sie hauptsächlich durch ihre eindeutige und unanfechtbare Eigenart des Senders, Empfängers und ihrer Funktionen, sowie durch spezifische sprachliche Mittel. Zu den bedeutendsten Anfängen einer Analyse der Propagandasprache zählen sowjetische Theoretiker (Linguisten und Literaturwissenschaftler), die sich in den 20ern intensiv mit der Sprache der Propaganda zu beschäftigen begannen. Dies wurde bereits in Kapitel 2, in Anlehnung an die Arbeit „Was ist neu am newspeak? Reflexion zur Sprache der Politik in der Sowjetunion“ von Daniel Weiss verdeutlicht. In den 40er Jahren kam es zu einer Entwicklung bezüglich neuer Untersuchungen in den USA, bis die Auseinandersetzung mit der Sprache des dritten Reichs in der Nachkriegszeit in Deutschland einen großen Beitrag zu diesem Thema lieferte (Bralczyk 1987, S. 15). Arbeiten bezüglich der Propagandasprache in Polen können generell in drei Kategorien eingeteilt werden: Zum einen in ausschließlich theoretische Beschreibungen der Propagandasprache, zum anderen in Arbeiten mit Schulungscharakter, im Rahmen derer nur „ideale“ Texte, jedoch nicht in

Wirklichkeit existierende analysiert werden. Die dritte Gruppe bilden kritische Analysen der offiziellen Propagandasprache und genau an dieser Stelle ist die Rede von der Nowo-mowa (Bralczyk 1987, 16- 17).

4.1 Historisch-politischer Hintergrund: Die Volksrepublik Polen

Das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit handelt von der Nowo-mowa, die als Propagandasprache der Volksrepublik Polen von 1944-1989 beschrieben werden kann. Folglich soll im Laufe der Arbeit die Propagandasprache eines bestimmten Zeitraumes, in einem bestimmten Land vorgestellt werden, bis anhand des Analysemodells nach Markus Hubenschmid eine konkrete politische Rede aus dem Jahr 1981 untersucht wird. Hierbei wird es sich, wie bereits mehrmals erwähnt wurde, um eine äußerst bekannte Rede von Wojciech Jaruzelski, dem ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei PVAP (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza PZPR*) vom 13.12.1981 handeln, mit der Jaruzelski gleichzeitig den Kriegszustand im Land ausrief. Um verstehen zu können, wie es zum Ausbruch des Kriegszustands in Polen kommen konnte, aus welchen Gründen die polnische Propaganda funktioniert hat und somit mittels der Nowo-mowa die polnische Gesellschaft in Schach gehalten werden konnte, bedarf es einer Darstellung der historisch- politischen Situation von 1944-1989.

Die Volksrepublik Polen (1944-1989) wurde auf Betreiben der Sowjetunion gegründet. Nach dem zweiten Weltkrieg entstand eine Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion, deren Truppen fast im ganzen Land standen. Polen wurde mit dem Einmarsch der Roten Armee nach Berlin, zum Ende des zweiten Weltkriegs zu einer „unverzichtbaren Landbrücke“ und bereits dies führte zu einer „sowjetfreundlichen“ Einstellung von Seiten des Landes (Jaworski/Lübke/Müller 2000, S. 334). Dennoch existierte keine kommunistische Bewegung, die von der polnischen Gesellschaft allgemein akzeptiert wurde. Aufgrund von Ereignissen, wie dem Massaker in Katyń im Jahre 1940, galt eine generelle Abneigung gegenüber der Sowjetunion. Erkennbar ist dies unter anderem an der Bezeichnung der 1942 gegründeten kommunistischen Partei „Polnische Arbeiterpartei“ (*Polska Partia Robotnicza*), die bei der Namensgebung bewusst auf das Adjektiv „kommunistisch“ verzichtete (ebd., S. 335).

Letzt endlich wurde Polen durch die Westverschiebung des Landes für Jahrzehnte an die Sowjetunion gebunden. Dazu kam, dass die Folgen von Krieg, Okkupation, Deportation, Binnenwanderung und Exil zu Pauperisierung und Nivellierung der polnischen Gesellschaft führten. Mit den Lasten der Vergangenheit, sprich sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Zwischenkriegszeit, strebte die Gesellschaft in Polen auf eine Schaffung politischer und sozialer Gerechtigkeit. Dies führte zu einer Empfindlichkeit für den „Sozialismus des kleinen Mannes“ (Jaworski/Lübke/Müller 2000, S. 336). Darüber hinaus fühlte sich die polnische Gesellschaft vom Westen verraten und kritisierte nichtkommunistische Parteien als unfähig eine neue Zukunft zu schaffen. Dies alles stellte eine gute Möglichkeit für die kommunistische Propaganda dar, die Menschen zu beeinflussen und letztendlich zu manipulieren. Über Parolen, wie „Landverteilung“ oder „Brot und Arbeit für alle“ versprach die kommunistische Propaganda eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, Ruhe und eine Wiederherstellung geordneter Lebensverhältnisse.

Die kommunistische Machtübernahme gelang vor allem mit der Gründung der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ PVAP (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza PZPR*) 1948, die in der Volksrepublik Polen ein Machtmonopol besaß. Die Ära des Stalinismus begann und der Einfluss der Sowjetunion war nicht zu übersehen. Heer und Sicherheitsapparat, die Verfassung, die Wirtschaft und das Bildungswesen wurden nach sowjetischem Vorbild umgestaltet, organisiert und kontrolliert. Es folgten die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Verhaftung von Gegnern des Kommunismus und einflussreicher Geistlicher (ebd., S. 337).

Władysław Gomułka, erster Sekretär der PVAP von 1956-1970 begann mit seinen Reformen die ersten Schritte zu einem selbständigen, kommunistischen Polen zu gehen. Er beendete die Zwangskollektivierung und die Landflucht, seine Ära fand jedoch 1970 ihr Ende. Im selben Jahr kam es zu gewaltigen Preiserhöhungen von Lebensmitteln, was zu Streiks und Unruhen in Danzig und Stettin führte. Daraufhin kam Edward Gierek an die Macht, der das Amt der Parteichefs der PVAP bis 1980 besetzte. Sein Regierungsstil wird generell als liberal beschrieben (ebd., S. 339), dennoch verschuldete sich Polen unter Gierek erheblich. Aufgrund herrschender Wirtschaftsprobleme und eines wachsenden Zweifels an der Regierung, traten viele Mitglieder aus der kommunistischen Partei aus. Die

politische Situation in Polen verschlechterte sich und als im Juli 1980 eine erneute Preiserhöhung vorgenommen wurde, kam es zu Streiks in Ursus, Ostpolen und Danzig. August 1978 setzten die Arbeiter der „Lenin- Werft“ in Danzig ihre Arbeit nieder und besetzten das Gelände der Werft. Die Regierung akzeptierte viele der Forderungen der staatsgegnerrischen Gewerkschaft *Solidarność*, dennoch dehnten sich die Streiks im ganzen Land aus. Von Seiten des Kremls wurde Druck auf die Regierung ausgeübt, indem gefordert wurde, die *Solidarność* zu bekämpfen. Die Lage beruhigte sich nicht, bis in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 das Militär die Macht unter General Jaruzelski übernahm. Mit einer Fernsehübertragung rief der General den Kriegszustand aus. Es folgten Verhaftungen zahlreicher Anhänger der *Solidarność*, die aber im Untergrund weiterwirkte. Bis heute stellt sich die Frage, ob die Begründung Jaruzelskis, er habe den Kriegszustand ausgerufen, um einem Einmarsch der Roten Armee entgegenzuwirken, als wahr einzustufen ist.

Gewerkschaften, wie die *Solidarność* konnten nicht länger ignoriert werden. 1989 kam es zu einem langsamen Sturz des Kommunismus in Polen (Jaworski/Lübke/Müller 2000, S. 341).

4.2 Der Ursprung der Nowo-mowa

Der Terminus Nowo-mowa, *nowomówienie* oder *nowomowa* (Heinz 1985, S. 13) (engl. *newspeak*) stammt aus der Erzählung „Nineteen Eighty-Four“ von George Orwell (1949), wie bereits in der Einleitung der vorliegenden Arbeit angedeutet wurde. Der Begriff *newspeak* bezeichnet bei Orwell eine Sprache die von Mitgliedern einer einzigen Partei des totalitären Staates *Ozeanien* verwendet wird, um ihre eigenen ideologischen Ziele zu erreichen. Dabei verhindert ihr besonderer Aufbau eine Verwendung von Begriffen und Formulierungen gegen die aktuelle Politik der regierenden Partei. Das bedeutet, dass es unmöglich ist, sich nur ansatzweise Begriffen und Formulierungen zu bedienen, die das herrschende Regime negativ darstellen. Diese Art von Sprache soll im Hinblick auf die Zukunft alle anderen sprachlichen Variationen ersetzen. Innerhalb der Gesellschaft dieses totalitären Staates herrscht eine Ideologie, welche aus der kommunistischen Ideologie stammt. Dabei ist eine Partei an der Macht, die die Gesellschaft nach den Regeln ihrer Ideologie organisiert (Karpiński 1984, S. 64).

In der von Orwell beschriebenen Welt gilt die Regel: Über was nicht gesprochen wird, über das wird auch nicht nachgedacht. Der Staat hat dabei die Aufgabe, die Gedanken der Menschen zu kontrollieren, denn ohne einer Überwachung des menschlichen Denkens begibt sich der Staat in Gefahr (Karpiński 1984, S. 64).

Durch den Gebrauch bestimmter sprachlicher Mittel wird versucht, mittels dieser künstlich erschaffenen Sprache das menschliche Denken zu beschränken. So verhält es sich auch in Bezug auf die Propagandasprache der Volksrepublik Polen, die Nowo-mowa. Im folgenden Kapitel sollen die inneren Mechanismen derselben vorgestellt werden.

4.3 Die inneren Mechanismen der Nowo-mowa

Adam Heinz (1985) vergleicht im Kontext einer Beschreibung der Nowo-mowa, dieselbe mit der Lüge, in der Wörter immer ein und dasselbe bedeuten, jedoch die Sätze verfälscht sind. Laut dem Autor sind in der Nowo-mowa in erster Linie die Wörter verfälscht und als Konsequenz auch die Sätze. Eine Lüge ist eine gelegentliche Erscheinung, die Nowo-mowa jedoch ein reguläres System in dem Wörter mit gegenteiliger Bedeutung aus der Ebene der *parole* in die der *langue* übergehen. Im Fall einer Lüge, leidet die Glaubwürdigkeit des Sprechers, während in der Nowo-mowa allein schon die Sprache in Frage gestellt wird, folglich ihre informative Funktion. Die Folge ist demnach auch Verlust der Glaubwürdigkeit des Sprechers (Heinz 1985, S. 15).

Das Ziel der Nowo-mowa ist die Irreführung des Empfängers mittels verfälschter Informationen um daraus politisch zu profitieren (= *funkcja dystorsyjna*, Bednarczuk 1985, S. 35). Es steht somit nicht nur die reine Überzeugung der Gesellschaft im Vordergrund (= *funkcja perswazyjna*, ebd.), wie dies in der Sprache der Politik der Fall ist, sondern deren Manipulation.

„(...) nowo-mowa nie jest zjawiskiem tylko lingwistycznym, ale posiada również pewien aspekt etyczny dlatego, że jest ona tylko środkiem, którego właściwym celem jest sięganie do psychiki ludzkiej i to nie wprost i jawnie drogą przekonywania, lecz pośrednio i skrycie poprzez uprzednio spreparowany (= zafałszowany) język” (ebd.).

Die Nowo-mowa wird folglich von Bednarczuk als verfälschte Sprache, die zur Eindringung in die Psyche der Menschen benutzt wird, beschrieben.

Über die Nowo-mowa soll somit Macht auf den Bürger ausgeübt, aber auch garantiert werden, dass eine Gegenreaktion der Menschen verhindert wird. Nach Bednarczuk wird dieses Ziel mittels fünf Techniken angestrebt:

1. die Kontrolle über das gesamte politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben,
2. das Monopol der Massenmedien, vor allem zur Manipulation der Gesellschaft (neben der Information),
3. die Isolierung bezüglich des äußeren Umfelds, gegen welches Unzufriedenheit gelenkt wird,
4. die Persuasion und Kontrolle der Gesellschaft,
5. der parareligiöse Status der herrschenden Doktrin, welcher alle Formen des geistlichen Lebens ersetzt (Bednarczuk 1985, S. 30).

Übertragen auf die semantisch-pragmatische Ebene, ist in dem Zusammenhang von der „tieferen Struktur“ (ebd.) der Nowo-mowa die Rede. Nach Głowiński und Bednarczuk können demnach folgende grundlegenden Eigenschaften derselben aufgeführt werden:

1. Die Wertung, derer die Bedeutung untergeordnet ist und die zu Polarisierung führt. Demnach können nach Głowiński Bedeutungen evtl. nicht klar und präzise sein, während Wertungen eindeutig und ausdrucksstark sein müssen. Das daraus entstehende Phänomen bezeichnet der Autor als die „lose Semantik“ (Głowiński 1990, S. 8). Manchmal ist es demnach nicht wichtig was ein Wort im Endeffekt bedeutet, wichtig ist welche Konnotationen mit dem Wort verbunden sind, beispielsweise *dobry/zły*, *nasz/obcy*, *postępowy/wsteczny* usw. (ebd.). Aus diesem Grund bezeichnet er die Nowo-mowa als „einseitig wertende Sprache“ (ebd.).

Bednarczuk spricht in dem Zusammenhang von der „binaren emotionalen Qualifikation“ (Bednarczuk 1985, S. 31). Für grundlegende Begriffe gibt es demnach zwei Bezeichnungen: eine positiv konnotierte, die in Bezug auf den Sender verwendet wird und eine negativ konnotierte Bezeichnung, die dazu dient den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken (ebd.). Bednarczuk führt folgende Beispiele auf: *bony/kartki*, *partyzant/bandyta*, *pomoc/agresja*,

praworządność/biurokracja, rząd/reżim usw. (Bednarczuk 1985, S. 31).

Während bei der Beschreibung des politischen Wortschatzes gezeigt wurde, dass ein und dasselbe Wort unterschiedlich von unterschiedlichen Sprechergruppen verwendet werden kann, wie an dem Beispiel Sozialismus deutlich wurde (siehe Kapitel 3.3), ist die Wahl der aufgeführten Begriffe wie *pomoc/agresja* usw. davon abhängig, ob von der eigenen Partei, vom eigenen politischen System die Rede ist oder aber von einem System, das als schlecht eingestuft wird. Konkret findet sich hier die Gegenüberstellung des positiv konnotierten Sozialismus und des negativ dargestellten Kapitalismus.

Gilt es aber eine Situation zu beschreiben, die bezüglich des eigenen politischen Systems negativ verläuft, wird dies, wie beispielsweise Bralczyk erklärt, nur ungenau dargestellt (Bralczyk 1987, S. 33).

2. die Kombination von pragmatischen und rituellen Elementen. Die Ritualität beschränkt nach Głowiński die Pragmatik, indem aufgrund des konservativen Charakters der Nowo-mowa ausschließlich bestimmte, traditionelle Ausdrücke verwendet werden (Głowinski 1990, S. 8). Anders formuliert, bestimmt die Ritualität in welchen Situationen man nur „so und so“ sprechen kann (ebd.). Demnach kann die Nowo-mowa sich nur begrenzt an die Umgebung anpassen und den Charakter des Publikums berücksichtigen (ebd.). Dennoch ist ein Merkmal der Nowo-mowa die Zusammenfügung pragmatischer und ritueller Elemente, die aber eindeutig in einem Widerspruch zueinander stehen (ebd.).
3. die *magiczność* der Nowo-mowa sagt aus, dass Wörter nicht die Wirklichkeit beschreiben, sie aber schaffen. Nach Głowiński wird das was geäußert wurde somit zur Wirklichkeit. An Slogans, wie *młodzież zawsze z partią* ist die *magiczność* von Wörtern deutlich erkennbar (ebd.). Der Sprecher äußert sich demnach über Zustände in einer Art und Weise, als wären sie zweifellos real. Anstatt zu sagen „wir möchten, damit die Jugend immer mit der Partei ist“ steht die Äußerung „die Jugend ist immer mit der Partei“. Bednarczuk verwendet in diesem Zusammenhang die Bezeichnung „słowa magiczne“ (Bednarczuk 1985, S. 31), die in erster Linie Gefühle übermitteln und bestimmte Stimmungen beim Empfänger erzeugen sollen. Auffällig ist, dass in diesem für die Nowo-mowa typischen Slogan *młodzież zawsze z partią* das Verb fehlt. Somit ist nicht klar, was denn nun die Jugend mit der Partei macht. Karpiński erklärt anhand dieses Slogans den für den Sprecher wichtigsten

Punkt: Danach sei die Tatsache bedeutsam, dass beide Wörter, sprich *Jugend* und *Partei* positiv konnotiert sind und somit dargestellt werden kann, dass die Jugend mit „uns“ ist und nicht auf der Seite der Gegner (Karpiński 1984, S. 71). Die negative Seite der *magiczność* bestehe nun darin, dass bei einer Auslassung eines Wortes, die bezeichnete Sache folglich nicht existiert. Dieser Fall kann sowohl bei gewöhnlichen Ausdrücken, wie auch bei Eigennamen eintreten (Głowiński 1990, S. 9).

4. die Arbitrarität besteht nach Bednarczuk darin, dass der Sprecher willkürlich Ausdrücke auslässt oder hinzufügt und somit mittels Sprache den Empfänger manipuliert (Bednarczuk 1985, S. 31). Folglich weiß der Sprecher genau welche Aussagen in der gegebenen Situation zu einer Manipulation des Empfängers führen und mit welchen Begriffen dies treffsicher erreicht wird (Głowiński 1990, S. 9). Nach Głowiński ist die Nowo-mowa somit „mową niewątpliwie manipulowaną“ (ebd.)
5. die Undeterminiertheit von Begriffen bezüglich ihrer eindeutigen emotionalen Einordnung (Bednarczuk 1985, S. 32). Am deutlichsten ist dieses Merkmal der Nowo-mowa an der Verwendung von Pronomen und Adjektiven, wie *jakiś*, *pewien*, *różny*, *określony*, *wiadomy* usw. und an dem Gebrauch von Euphemismen, wie *to*, *co zaszło*, *to*, *o co chodzi*, *wypadki*, *wydarzenie* usw. erkennbar (ebd.).
6. Die Idiomatik grundlegender Begriffe dieser Doktrin, die aufgrund ihrer Arbitrarität und Undeterminiertheit nicht exakt in natürliche Sprachen übersetzt werden können (ebd.). Die besondere Eigenart der Nowo-mowa begünstigt nach Bednarczuk eine Abgrenzung der „geschlossenen Systeme“ (ebd.), die eine „andere Welt“ erschaffen (ebd.).
7. Die Selektivität des Inhalts. Danach werden nur die Inhalte und Bedeutungen offengelegt, die von Seiten des Senders erwünscht sind (ebd.).

4.4 Die sprachlichen Mittel der Nowo-mowa

Die bereits vorgestellten inneren Mechanismen der Nowo-mowa finden sich auf unterschiedlichen sprachlichen Ebenen wieder, hauptsächlich in der Syntax, Stilistik und im Wortschatz. Wichtig in dem Zusammenhang ist, dass der Nowo-mowa keine eigenen Sprachmittel zuzuordnen sind. Das bedeutet, dass die im folgenden Kapitel vorgestellten sprachlichen Mittel nicht ausschließlich für die Nowo-mowa charakteristisch sind. Erwähnenswert sind sie dennoch aufgrund ihrer Gestaltung und den Emotionen, die mittels ihnen beim Rezipienten hervorgerufen werden (Bednarczuk 1985, S. 32 f.) und aufgrund ihres häufigen Auftretens in polnischen Propagandatekten.

Bednarczuk unterteilt die sprachlichen Mittel der Nowo-mowa wie folgt:

1. Prosodie (*prozodia*)

Der Nowo-mowa ist ein stark ausgeprägter agitativer Charakter zuzuschreiben. Der Sprecher setzt folglich alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein um sein Ziel zu erreichen. Dabei sind nach Leczek Bednarczuk Akzent, Intonation, Sprechpausen und eine kontrollierte Variation der Lautstärke von großer Bedeutung (ebd., S. 33).

2. Wortbildung (*słowotwórstwo*)

An dieser Stelle betont der Autor, dass die Wortbildung als sprachliches Mittel der Nowo-mowa nur zum Teil mit dem heutigen Begriff der Neologismen zu vergleichen ist (ebd.). Hierbei handelt es sich vor allem um den Gebrauch von bereits vorhandenen Wörtern, denen eine neue Bedeutung zugesprochen wird. Bednarczuk erwähnt die Produktivität der Suffixe *-izm* und *-(szcz)yzna*, sowie auch des Präfixes *anty-*, wobei die zwei letzt genannten fast immer negativ konnotiert werden (ebd.).

Nach Bralczyk erscheint das Präfix *anty-* meistens mit Adjektiven, die aus Länder- sowie Städtenamen hergeleitet werden, wie zum Beispiel *antyfrancuski* oder *antyamerykański* (Bralczyk 1987, S. 103). Zudem finden sich laut dem Autor in Propagandatekten auch Kombinationen mit Adjektiven wieder, die eine

bestimmte Wirklichkeit bezeichnen, welche negativ konnotiert ist. Als Beispiele dienen *antyfaszystowski* oder *antyimperialistyczny* (Bralczyk 1987, S. 103).

3. Wortschatz (*słownictwo*)

Der Wortschatz der Nowo-mowa unterliegt nach Bednarczuk einem Tabu, was sich darin äußert, dass nicht über alles gesprochen werden darf. Konkret betrachtet, bedeutet dies, dass die Verwendung von Wörtern in bestimmten Situationen für das Regime schädlich sein könnte. Um dieser Gefahr zu entgehen, wird die Existenz einiger Wörter vollkommen ausgelöscht, andere dürfen nur allgemein umschrieben werden, während manche Wörter durch Euphemismen ersetzt werden (Bednarczuk 1989, S. 33). Somit hat der Sprecher die Möglichkeit bestimmte Sachverhalte zu beschönigen oder sogar zu verhüllen. Auch Eigennamen, beispielsweise Nachnamen, Toponyme und Bezeichnungen für historische Ereignisse, die die aktuelle Wirklichkeitsdarstellung der Nowo-mowa angreifen, sind laut dem Autor tabu (ebd., S. 34).

Als Beispiel dient der Begriff *strajk*, der während der Streiks im August 1980 in Polen von Seiten der Propaganda durch *nieuzasadnione przestoje* oder *przerwy w pracy* ersetzt wurde. Ein weiteres Beispiel ist das Wort *kartki*, welches von der Bezeichnung *bilety* oder *bony towarowe* verdrängt wurde, wie auch der Begriff *opozycja* durch *przeciwnicy ustroju* (Jeziński 2009, S. 26).

Folglich ist es für die Nowo-mowa, wie auch für Propagandasprachen allgemein typisch, einer exakten Beschreibung von bestimmten Situationen und Ereignissen zu entgehen, vor allem dann, wenn der zu beschreibende Sachverhalt im Bezug auf das Regime negative Auswirkungen hat. Somit ist es nicht verwunderlich, dass Jerzy Bralczyk die Nowo-mowa als „język nie wprost“ bezeichnet (Bralczyk 1987, S.33). Gilt es demnach eine für den Sender und somit das politische System negative Situation darzustellen, müssen auf sprachlicher Ebene „Abschwächungen“ dieser negativen Ereignisse vollzogen werden (ebd.). Denn nur so kann der Sender den Empfänger für sich gewinnen. Eine Methode, die in diesem Kontext zu erwähnen ist, ist die Verwendung von Begriffen, die einer Verallgemeinerung dienen. Hierzu zählen Wörter, wie *pewien*, *określone*, *wiadome* usw. (ebd., S. 34). An dieser Stelle ist von nichts anderem die Rede, als von der „Undeterminiertheit von Begriffen bezüglich ihrer eindeutigen

emotionalen Einordnung“ nach Bednarczuk (vgl. Kapitel 4.3, S. 52). Mit Hilfe solcher Wörter, entgeht der Sprecher einer ausführlichen Beschreibung eines negativen Ereignisses. Während positiv konnotierte Erscheinungen genau und präzise dargestellt werden, muss der Sprecher gegenteilige Situationen so sanft wie nur möglich ansprechen. Dabei geht der Sender davon aus, dass der Empfänger dasselbe Wissen hat und genau dies ermöglicht ihm verallgemeinerte Ausdrücke zu verstehen. Daraus ergibt sich nach Bralczyk, dass zum einen der Sender versucht so den Empfänger an seinen subjektiven Standpunkt anzunähern und zum anderen ihm auch schmeichelt, indem er dem Empfänger dasselbe Wissen unterstellt (Bralczyk 1987, S. 34). Dies wird besonders an Äußerungen wie *znane nam* oder *wiadome nam wszystkim* deutlich. Welche wichtige Stellung dabei das Personalpronomen „wir“ einnimmt soll in Kapitel 4.4.1 der vorliegenden Arbeit ausführlich behandelt werden.

An dem Beispiel *pewien*, wie in einer Äußerung der Art *pewne trudności*, ist deutlich zu sehen, wie ein Sprecher indirekt negative Ereignisse darstellen kann. Dabei ist solch ein Attribut nicht von Haus aus negativ konnotiert, erst in der Kombination mit dem Substantiv *trudność* bekommt der Ausdruck pejorativen Charakter. Nach Bralczyk ist die Verwendung von Begriffen wie *pewien*, *wiadomy* und *określony* in einem negativen Kontext typisch für Propagandatekste (ebd.). Genauso verhält es sich bei Ausdrücken des Typs *wydarzenie radomskie* oder *wydarzenia w Ursusie*. Dabei rückt nebenbei gemerkt im erst genannten Beispiel die Tatsache, dass etwas passiert ist an die vorderste Stelle, nicht aber der konkrete Ort, an dem etwas geschehen ist (ebd., S. 36).

Ähnliches ist bei Ausdrücken des Typs *to, co się stało* und *wypadki ostatnich dni* zu beobachten (ebd.). Besonders dann, wenn negativ konnotierte Begriffe, wie *strajki* oder *rozruchy* nicht verwendet werden sollen, setzt laut Bralczyk der Sprecher Bezeichnungen des erwähnten Typs ein (ebd.).

Ausdrücke, wie *czasy w których żyjemy* oder *kraj w którym żyjemy* treten in Propagandatekten dann auf, wenn damit ein negativer Charakter des bezeichneten Ortes offen gelegt wird (ebd.). Hier handelt es sich wieder um Verallgemeinerungen, die laut dem Autor dann zum Einsatz kommen, falls der Sender etwas Schlechtes ausdrücken muss. Zudem zeigt er damit: „Wir sind alle in ein und derselben Situation“, was meiner Meinung nach dazu dienen kann, um an einer späteren Stelle dem Publikum Möglichkeiten vorzulegen, wie „alle

zusammen aus dieser negativen Situation am besten herauskommen“. Folglich gewinnt der Sprecher so leichter seine Zuhörer für sich.

Adjektive des Typs *złożona* und *skomplikowana* sind in Verbindung mit Substantiven, wie *sytuacja* oder *okoliczność* laut Bralczyk ebenso typische Merkmale von Propagandatexten. Sie signalisieren negative Erscheinungen vor allem dadurch, dass sie als Opposition zu Adjektiven stehen, die die Welt als einfach, klar und unkompliziert darstellen (Bralczyk 1987, S. 37).

Ebenso in einem negativen Kontext, finden sich in Propagandatexten Wörter, wie *niektórzy* oder *niektóre*. In einem Halbsatz, wie *niektórzy uważają, że...* wird sofort klar, dass der Sprecher dieser Äußerung nicht dieselbe Meinung teilt, wie die Person oder Gruppe, von der die Rede ist (ebd.). Der Sender nennt zwar dabei nicht konkret um wen es sich handelt, dennoch ist klar zu erkennen, dass er damit „die Anderen“, also Gegner und Feinde meint, deren Ansichten als falsch eingestuft werden müssen. Genauso verhält es sich laut dem Autor bei Ausdrücken, wie *ci*, *którzy*, *tacy*, *co* oder *istnieje przekonanie*. Damit distanziert sich der Sender von den Meinungen der Anderen.

Zur weiteren Entschärfung negativer Äußerungen dienen Wörter, wie beispielsweise *jeszcze* oder *nadal*. Sie signalisieren, dass das bezeichnete auch vorübergehen wird. Auch in einem positiven Kontext finden sie Anwendung, zum Beispiel: *nadal umacniać* oder *jeszcze bardziej utrwalić*. Laut Bralczyk werden sie auch hier meistens in einem breiteren negativen Zusammenhang verwendet und dienen zur Abschwächung desselben (ebd., S. 38).

Ein weiteres Mittel zur Beschreibung negativer Ereignisse ist laut dem Autor die Verwendung von Wörtern des Typs *niekiedy*, *czasem* oder *nie zawsze* (ebd.). Anstatt eine Situation als schlecht zu bezeichnen, erscheinen in Propagandatexten oft Ausdrücke, wie *nie zawsze najlepsze*. Somit umschreibt der Sprecher geschickt eine negative Situation und entschärft sie zugleich, wie Bralczyk erläutert. Im Gegensatz dazu stehen Begriffe wie *zbyt często* oder *zbyt wiele*. Damit wird ausgedrückt, dass bestimmte negative Ereignisse objektiv betrachtet nicht wirklich oft zu Stande kommen, jedoch bezüglich der recht hohen Ansprüche des Sprechers die bezeichneten negativen Situationen sehr wohl zu oft stattfinden (ebd.) Äußerungen wie *zbyt wiele jeszcze* erwecken zudem den Eindruck, dass die Rede von einem Prozess ist, der kontrolliert wird, jedoch noch nicht

abgeschlossen ist und sich daher noch nicht nach den Erwartungen des Sprechers vollzieht (Bralczyk 1987, S. 38).

Verben wie *zdarzać się*, *pojawiać się* und *występować* deuten laut Bralczyk darauf, dass etwas bestimmtes nicht immer, also sporadisch geschieht. Folglich werden sie in Verbindung mit Situationen und Ereignissen gebraucht, die mit keinem oder nur wenig Erfolg in Zusammenhang stehen. *Zdarzają się jeszcze nieliczne co prawda...* ist ein Beispiel für eine Umschreibung einer negativen Situation und somit ihrer Verharmlosung (ebd., S. 39). Ähnliches ist bei ortsbestimmenden Ausdrücken wie *tu i ówdzie* und *gdzieniegdzie* zu beobachten. Hier wird der Ort der bezeichneten Handlung stark verallgemeinert und unbedeutend dargestellt (ebd.).

Des Weiteren erklärt Bralczyk, dass negative Äußerungen in Propagandatexten oft gar nicht auf der Textoberfläche erscheinen. In so einem Fall ist die Rede von *Präsuppositionen*, die zum einen durch Konjunktionen wie *ale*, *chociaż*, *jednak*, *mimo (to)* usw. ausgelöst werden. Als Beispiel dient hier der Satzteil *Istnieje jednak potrzeba...* (ebd., S. 42), welcher beim Rezipienten den Gedanken hervorruft, dass, falls eine bestimmte Notwendigkeit besteht, dies nur bedeuten kann, dass es an etwas fehlt, was noch erreicht werden muss. Somit wird eine negative Ausgangssituation vorausgesetzt. Ein weiteres Beispiel ist *Ludzi mam dobrych...* (ebd., S. 43), was laut dem Autor zu bedeuten hat, dass etwas anderes nicht gut ist, jedoch nicht die Menschen. Der Grund dafür, dass etwas Bestimmtes schlecht ist, können nicht die Menschen sein (ebd.). An dieser Stelle sind auch Formulierungen wie *musimy* und *powinniśmy* zu nennen. Denn, wenn etwas gemacht werden muss, setzt dies voraus, dass etwas bestimmtes noch nicht gemacht wurde. Wenn Jaruzelski in einer seiner Reden 1981 sagt „Zaostrzyć musimy reżim oszczędnościowy“ (Jaruzelski 1983, S. 35), bedeutet dies, dass die Sparmaßnahmen des Regimes bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend waren. Mit seiner Äußerung wird eine negative Situation offenbart, ohne sie überhaupt ausgesprochen zu haben. Der Rezipient kann hier nur annehmen, dass eine schlechte Situation im Land besteht.

Zusammenfassend zieht sich das Tabu, bestimmte, für den Staat negative Sachverhalte offen und konkret sprachlich darzustellen durch den Wortschatz der Nowo-mowa. Der Gebrauch von Euphemismen und eine ungenaue Umschreibung von bestimmten Sachverhalten sind anhand Bralczyks aufgeführter Beispiele

leicht zu erkennen. Zudem zeigt Bralczyk wie die passende Wahl von bestimmten Wörtern beim Rezipienten Emotionen hervorruft und ihn folglich manipuliert.

4. Syntax (*składnia*)

Die Syntax der Nowo-mowa ist laut Bednarczuk als sehr einfach zu beschreiben. Dabei ist auch in diesem Zusammenhang von einer emotionalen Einwirkung auf den Rezipienten die Rede, die in Äußerungen mit imperativem und voluntativem Charakter zum Ausdruck kommt, sowie auch in Sätzen mit Formulierungen des Typs *musi się, powinno się, należy, trzeba, można, wypada* usw. (Bednarczuk 1985, S. 34). Des Weiteren gehören hierzu wertende Ausdrücke und somit die Darstellung eines positiven oder negativen Sachverhalts. Dabei dienen Ausdrücke, wie *na pewno, z (całą) pewnością, niewątpliwie, oczywiście, istotnie* und *rzeczywiście* einer positiven Bewertung des Bezeichneten und Ausdrücke des Typs *tak zwany, rzekomy/rzekomo, podobno* und *jak się zdaje* einer negativen Bewertung des Verfeindeten. Ähnlich verhält es sich laut Bednarczuk bei der Bewertung fremder Äußerungen, die zum einen positiv eingestuft werden können, durch Ausdrücke wie *wykazał, dowiódł, stwierdził, wskazał, podkreślił* aber auch negativ, mit Hilfe von Formulierungen, wie *starał się wykazać, próbował, usiłował* usw. (ebd.).

5. Stilistik (*stylistyka*)

An dieser Stelle ist die Rede von Metaphern, mit denen der Sprecher Sachverhalte nur oberflächlich beschreiben kann (ebd.). Im Gegensatz dazu steht die Hyperbel, die bezüglich eigener Erfolge oder Misserfolge des Gegners verwendet wird. Aber auch Metonymien und Analogien stellen, wie Janina Fras erläutert eine gute Möglichkeit dar bestimmte Assoziationen beim Empfänger herauszubilden (Fras 2005, S. 156). Grundlegende Quellen der Metaphorik sind der Krieg und das Militär, sowie auch der Sport (ebd., S. 175), der auch einen Art Kampf darstellt. Fras spricht in diesem Zusammenhang von der „Militarisierung der politischen Sprache“ (ebd., S. 177), die laut der Autorin eine häufig anzutreffende Erscheinung in der Nowo-mowa darstellt. *Bitwa o handel, walka na froncie propagandy, batalia, walka o plan, wykonanie planu pięciolatki, kampania*

buraczana, batalia żniwna, sojusz robotniczo-rolniczy, front ideowy (Fras 2005, S. 177) usw. sind hier nur einige erwähnenswerte Beispiele. Die Assoziation mit Sport hilft bestens bei einer Darstellung bestimmter Wettkämpfe und trägt zu einer Gegenüberstellung des Eigenen und Fremden bei. „Odnoszenia sportowe ułatwiają pojmowanie podstawowej opozycji polityki my-oni, umożliwiają najbardziej zrozumiałą, popularną symplifikację gry politycznej“ (ebd.).

6. Phraseologie (*frazeologia*)

Ein typisches Merkmal der Nowo-mowa ist nach Bednarczuk und Bralczyk ihre relativ hohe Anzahl an bestimmten Phraseologismen, mit allerdings nur wenig Informativität (Bednarczuk 1985, S. 35/ Bralczyk 1987, S. 53 f.).

Bralczyk verwendet den Terminus „stilistischer Phraseologismus“ in Bezug auf die Charakterisierung der politischen Phraseologie, die im konkreten Fall typisch für einen bestimmten Stil ist und nicht für das System einer natürlichen Sprache (Bralczyk 1987, S. 53- 54). Er führt Kriterien auf, durch die sich diese stilistischen Phraseologismen auszeichnen und nennt als erstes die Frequenz der Konstruktionen in Propagandatekten. Danach ist dann von stilistischen Phraseologismen die Rede, wenn in einer Konstruktion ein Wort ein anderes nach sich zieht, dasselbe aber ausgelassen oder durch ein anderes Wort ersetzt werden kann, ohne dass die Informativität des Textes darunter leidet (ebd., S. 55). Die vorliegende Konstruktion ist dabei deshalb als feststehend und typisch zu charakterisieren, da sie in anderen Texten desselben Typs, sprich in weiteren Propagandatekten genauso vorkommt (ebd.) Des Weiteren liegen stilistische Phraseologismen dann vor, wenn der Rezipient selbstständig im Prozess des Textempfangens das in einer feststehenden Konstruktion vorkommende nachgezogene Wort bereits erwartet. Also dann, wenn der Empfänger beispielsweise weiß, dass nach *dynamiczny* das Substantiv *rozwój* erscheint oder das Wort *pokojowe* die Begriffe *współistnienie* oder *inicjatywy* nach sich zieht (ebd.). Zu solch einer beschriebenen Reaktion des Rezipienten kann es natürlich nur kommen, wenn dieser Art Konstruktionen oft genug in Propagandatekten erscheinen. Dies wiederum führt zu einer Standardisierung und Schablonisierung der Propagandasprache (ebd.). Ihre Phraseologismen erscheinen am häufigsten in Überschriften von Zeitungsartikeln, ihren Zwischentiteln und als Slogans (ebd., S. 56) und haben die Aufgabe die Aufmerksamkeit des Lesers oder Zuhörers auf sich

zu lenken. „W rzeczywistości FP [Phraseologismen der Propaganda] mogą być traktowane jako specyficzne związki wyrazowe, mające dużą zdolność zwracania uwagi i łatwo rozpoznawalne jako znane i względnie stałe elementy tekstu” (Bralczyk 1987, S. 56)

Zu einer ausführlicheren Behandlung von Phraseologismen der Propaganda dient Bralczyks Einteilung in zwei grundlegende Typen: *dawne (klasyczne)* und *współczesne (zmienne)* (ebd.). Anhand folgender Abbildung sollen Bralczyks Erläuterungen zu beiden Typen von Phraseologismen dargestellt werden:

Typ	Eigenschaften	Beispiele
FP dawne (klasyczne)	verbunden mit der kommunistischen Ideologie	klasa robotnicza, ruch komunistyczny, podziały klasowe, kapitał międzynarodowy, bratnie partie
	nicht verbunden mit der kommunistischen Ideologie	wola ludu, sumienie narodu, sól ziemi, miłość Ojczyzny, dzieło ojców
FP współczesne (zmienne)	national ideologisch	
	- mit positiver Konnotation	dalszy postęp, nierozzerwalny sojusz, siła przewodnia
	- mit negativer Konnotation	podżegacze wojenni, siewcy nienawiści
	fremd ideologisch	
	- ursprünglich positiv konnotiert	wolny świat, prawa człowieka, swobody demokratyczne
	- ursprünglich negativ konnotiert	czerwone niebezpieczeństwo,

Abbildung 4: Politische Phraseologismen nach Jerzy Bralczyk (Bralczyk 1987, S. 56).

Die erste Gruppe von Phraseologismen, die Bralczyk als „dawne bzw. klasyczne“ Phraseologismen der Propaganda bezeichnet, setzt sich aus alten, stabilisierten bzw. klassischen Konstruktionen zusammen. Dabei teilt Bralczyk dieselben in Phraseologismen auf, die in stark ideologischen Texten auftauchen und in diejenigen, die einen Bezug auf die „romantisch- volksbefreiende“ (ebd., S. 57) Phase des Landes nehmen. Dazu gehören vor allem Begriffe, wie *ojczyzna* und

naród, die auch als Schlüsselwörter jeder Propaganda gelten (Bralczyk 1987, S. 57).

Zu der zweiten Gruppe („FP współczesne“) gehören Konstruktionen, die in der Nachkriegszeit entstanden sind und vor allem in der Propagandasprache der 70er ihre Verwendung finden (ebd., S. 57). Bralczyk teilt sie wiederum in nationale/ideologische und fremde/ideologische Phraseologismen ein, wobei beide Formen mit negativen oder positiven Konnotationen verbunden werden können.

Zuletzt gilt es das siebte sprachliche Mittel der Nowo-mowa nach Bednarczuk aufzuzeigen:

7. Die sprachliche Struktur des Textes (*struktura językowa tekstu*) ist dadurch gekennzeichnet, dass die Semantik von Syntax und Textaufbau dominiert wird (Bednarczuk 1989, S. 35).

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Nowo-mowa typische Merkmale aufweist, mittels denen sie als standardisierende und somit leicht zu charakterisierende Propagandasprache eingestuft werden kann. Die eigentlichen Bedeutungen der Wörter sind als zweitrangig anzusehen, wichtig ist die Konnotation mit denen sie verbunden sind. Dies ist auch daran zu erkennen, dass viele alte Begriffe zwar verwendet, ihnen jedoch neue Bedeutungen zugeschrieben werden. Das Wichtigste in diesem Zusammenhang ist, das Eigene als positiv und das Fremde als negativ darzustellen. Zudem müssen negative Sachverhalten bezüglich des eigenen Regimes in einer Art und Weise bezeichnet werden, die einer Schädigung des politischen Systems entgegenwirkt. Dies geschieht mit Hilfe von ungenauen Beschreibungen bzw. Umschreibungen der Sachverhalte, mittels Wörtern wie *pewien*, *jakiś* oder *określony*, mittels Euphemismen, Metaphern oder einer kompletten Auslöschung bestimmter Begriffe. Die Nowo-mowa unterliegt einer strengen Kontrolle, vieles ist tabu, darf nicht ausgesprochen werden. Somit wird nicht die Wirklichkeit dargestellt, sondern eine neue Wirklichkeit geschaffen und den Rezipienten vorgelegt. Während positive Ereignisse konkret beschrieben oder aber in mündlichen Texten mittels erhöhter Lautstärke und starker Betonung propagiert werden, gilt es gegenteilige Situationen so gut wie es geht abzuschwächen und nur verallgemeinert darzustellen. Besonders wichtig ist die Erzeugung bestimmter Gefühle beim Empfänger, über die derselbe leichter manipuliert wird. Das

Vermitteln von Emotionen, wie Zusammengehörigkeit, Einheit, die Darstellung gemeinsamer Interessen und Ziele dienen dabei einer kontrollierten Beeinflussung der Bürger. Diese Feststellung begründet eine relativ hohe Frequenz des Personalpronomens „wir“ (*my*) und des Possessivpronomens „unser“ (*nasz*) in Propagandatekten. Die Verwendung beider Pronomen dient zur Persuasion und Manipulation der Rezipienten, indem ein Gefühl der Gleichheit und Zugehörigkeit zu einer Gruppe geschaffen wird. Aufgrund der äußerst wichtigen Funktion des Pronomens, soll dieses in einem eigenen Kapitel näher erläutert und damit Jerzy Bralczyks Überlegungen zu diesem wichtigen Thema vorgestellt werden.

4.4.1 Das inklusive „wir“

In einigen Sprachen existieren zwei unterschiedliche Arten der ersten Person Plural: das inklusive und das exklusive „wir“. Dabei nimmt das inklusive „wir“ sowohl den Sender als auch den Empfänger mit ein, während das exklusive „wir“ den Empfänger ausschließt (Daniel 2005, S. 3). Nach einer Studie von Balthasar Bickel und Johanna Nichols, ist die inklusiv-exklusiv-Unterscheidung am häufigsten in der Gegend des pazifischen Rings zu finden (Bickel/ Nichols 2005, S. 49). Die Autoren unterscheiden drei Typen der inklusiv-exklusiv Gegenstellung, die allerdings nicht Gegenstand des vorliegenden Kapitels sein sollen. Wichtig ist, dass in der polnischen Sprache diese Unterscheidung nicht getätigt wird. In Propagandatekten erscheint daher nur das inklusive „wir“, welches folglich sowohl den Sender als auch den Empfänger bezeichnet. Dabei dominiert das Aufkommen des inklusiven „wir“ in Propagandatekten, gegenüber einer Verwendung anderer Pronomen, wie *wy* oder *oni*. Das Pronomen der zweiten Person Plural wird daher nur selten gebraucht, während das Pronomen in der dritten Person Plural häufiger auftritt. Laut Bralczyk kann ein Benutzer der *Nowo-mowa* die Pronomen *oni* und *wy* in Bezug auf den Bürger nicht öffentlich verwenden, da dies zu einer Entfremdung des Rezipienten führen würde, dennoch funktioniert der Gebrauch des erst genannten Pronomens dann, wenn das Fremde und somit Verfeindete bezeichnet wird (Bralczyk 1987, S. 148 f.). Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass es keine Textbeispiele gibt, in denen das zweit genannte Pronomen *wy* nicht in Erscheinung tritt, bzw. die Rezipienten nicht in der zweiten Person Plural direkt angesprochen werden. Die äußerst

bekannte Rede des Ersten Sekretärs der PZPR Edward Gierek am 25. Januar 1971 ist an dieser Stelle ein gutes Beispiel. In seiner Rede hat Gierek seinen Zuhörern die Frage gestellt: „Pomożecie?“ und erntete dabei die Antwort des Volkes: „Pomożemy!“ (Bralczyk 1987, S. 149). Laut Bralczyk funktioniert hier die Verwendung der zweiten Person Plural aus dem einen Grund, dass Edward Gierek nicht nur ein Vertreter einer Partei war, jedoch zur Machtelite Polens gehörte (ebd.). Folglich ist anzunehmen, dass Bralczyk hier den hohen Status des Sprechers in Bezug auf seine freie Wortwahl als äußerst wichtig einstuft. Während in der Nowo-mowa die zweite Person Plural nur selten erscheint, da dies zu der bereits erwähnten Entfremdung führt und somit das Gegenteil von Zusammenhörigkeit und Einheit erreicht wird, ist es einem elitären Politiker wie Gierek „erlaubt“ auf diese Weise seine Zuhörer anzusprechen. Dabei appellierte Gierek an das polnische Volk, was sich aufgrund der Reaktion der Bürger als effektiv erwies.

Durch das inklusive „wir“ wird dem Rezipienten folglich das Gefühl der Integration vermittelt. Dabei stehen laut Bralczyk Ausdrücke wie *my wszyscy*, *każdy z nas*, *my razem*, *my wspólnie* usw. meistens in Verbindung mit Verben, wie *budujemy*, *tworzymy*, *odpowiadamy za* usw. (ebd., S. 152). Mittels solcher Formulierungen zeigt der Sender seinen Empfängern, dass auch sie an Wandlungen und Erfolgen mitentscheiden und mitbeteiligt sind (ebd.). Genau daran ist zum erneuten Mal zu erkennen, dass die Propaganda keine reale Wirklichkeit darstellt, sondern mittels Sprache eine für sie passende Wirklichkeit schafft, denn es ist in Frage zu stellen, ob Bürger in einem totalitären Staat Mitentscheidungs- und Mitbestimmungsrecht haben.

Eine Konstruktion wie *my budujemy...* wird laut dem Autor zudem oftmals emphatisch unterstrichen, was in Formulierungen, wie *my sami budujemy*, *my sami stworzyliśmy* zum Ausdruck kommt (ebd., S. 153). Damit signalisiert der Sender, dass nur „wir“ etwas geschaffen haben und dass kein anderer dabei mitgewirkt hat, was an dem Beispiel *Polskę naszych pragnień i ambicji budujemy my i nikt nas w tym nie zastąpi* (ebd.) deutlich wird. An dieser Äußerung ist folgendes zu erkennen: Zum einen bezeichnet der Sender das Land Polen als „Polen unserer Bedürfnisse und Ambitionen“, womit er neben dem Effekt der Einheit des Volkes, dem Empfänger unterstellt, dass das Land, welches aufgebaut wird (*Polskę (...) budujemy...*) das Polen ist, nach welchem das Volk sehnsüchtig

strebt. „(...) *i nikt nas w tym nie zastąpi*“ signalisiert wiederum dass es nur dem polnischen Volk als Einheit, welches mit dem aktuellen politischen System mitgeht, möglich ist das „Polen unserer Bedürfnisse und Ambitionen“ aufzubauen.

Eine weitere zu erwähnende Konstruktion ist das Personalpronomen *my* in Kombination mit einem Wort, welches eine Gruppe bezeichnet, wie *my Polacy* (Bralczyk 1987, S. 153). Dabei ist es unbestritten anzunehmen, dass ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Gruppen wie Volk, Bewohner eines bestimmten Terrains oder Familie jedem Menschen bekannt ist. Der Unterschied besteht nur darin, wie stark diese Zugehörigkeit empfunden wird. Folglich haben Formulierungen dieser Art unterschiedlichen Einfluss auf den Bürger (ebd., S. 155).

In Kapitel 4.4 war bereits von einem gemeinsamen Wissen des Senders und Empfängers die Rede, welches dem Empfänger unterstellt wird. Danach schmeichelt der Textproduzent dem Rezipienten, indem er ihm dasselbe Wissen zuspricht. Dieser Effekt entsteht vor allem bei Formulierungen des Typs *my wiemy, my znamy* (ebd., S. 153), mittels denselben die Beziehung zwischen Sender und Empfänger verstärkt wird. Nicht zu vergessen ist dabei, dass in solchen Konstruktionen, die im Endeffekt auf Formulierungen des Typs *naszym zdaniem* herauslaufen, im eigentlichen Sinne die Meinung des Senders die „richtige“ ist, die dem Bürger bewusst oder unbewusst aufgezwungen wird.

Das Possessivpronomen *nasz* bezeichnet allgemein gesprochen gleiche Interessen, gleiche Empfindungen und unterstreicht Solidarität. Nach Bralczyk können Substantive, die mit dem Possessivpronomen *nasz* in Verbindung stehen in drei Gruppen eingeteilt werden (ebd., S. 154). Dabei gehören zur ersten Gruppe Substantive mit eigentlich neutraler Bedeutung, die aber in einer feststehenden Formulierung mit dem Possessivpronomen *nasz* persuasive Konnotation haben. So signalisieren beispielsweise Konstruktionen, wie *nasza epoka, nasze dni, nasze losy, nasza historia* usw. (ebd.) gemeinsam durchlebte Zeitspannen und Bestimmungen, die sowohl den Sender als auch den Empfänger betreffen.

Als zweites sind diejenigen Substantive zu erwähnen, die eine Gruppe bezeichnen und folglich Integration signalisieren. In Kombination mit dem Pronomen *nasz* sind dies: *nasz kraj, nasze społeczeństwo, nasza ojczyzna, nasza partia* usw. (ebd.).

Letztendlich gehören abstrakte Substantive, die in Verbindung mit *nasz* gleiche Interessen und ein gleiches Streben von Sender und Rezipient bezeichnen, zur dritten Gruppe. Dies sind Formulierungen, wie *nasze ideały, nasza sprawa, nasze dążenia, nasze cele, nasze zadania, nasze aspiracje, nasza strategia rozwojowa, nasz program, nasze hasło* usw. (Bralczyk 1987, S. 155) .

Zusammenfassend vermittelt der Verwender solcher Formulierungen, spricht Konstruktionen mit Personalpronomen *my* und Possessivpronomen *nasz* ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft einer Gruppe, zu der auch der Sender des Propagandatextes gehört. Sender und Empfänger scheinen eine Einheit zu bilden, die durch gemeinsame Interessen, Ansichten, Ziele und durch ein gemeinsames Schicksal charakterisiert wird. Zudem sind Formulierungen dieser Art stark emotional konnotiert und lösen beim Rezipienten eine emotionale Beziehung zum Inhalt des Textes aus (ebd.).

Nachdem nun durch das vierte Kapitel der vorliegenden Arbeit eine intensive Auseinandersetzung mit der *Nowo-mowa* ermöglicht wurde, wird deutlich, dass eine Beschreibung der Propagandasprache der Volksrepublik Polen um einiges einfacher ist, als der Definierungsversuch der Sprache der Politik in Kapitel 3. Die *Nowo-mowa* wurde als künstliche erschaffene, starre, homogene und verfälschte Sprache charakterisiert, mittels der Politiker ihre Zuhörer manipulieren. Einige der wichtigsten Politiker aus der Zeit der Volksrepublik Polen wurden in Kapitel 4.1 bereits vorgestellt. Die Rede war unter anderem von General Wojciech Jaruzelski, der im Dezember 1981 den Kriegszustand in Polen ausgerufen hat. Genau diejenige Rede, mit der Jaruzelski die polnischen Bürger über den Ausnahmezustand informiert und mit der er seine Schritte begründet hat, soll in Kapitel 6 analysiert werden. Als Analysemethode dient dabei das Modell von Markus Hubenschmid (1998), welches in den folgenden Kapiteln vorgestellt werden soll.

5 Markus Hubenschmid – ein Analysemodell politischer Reden

Markus Hubenschmid untersucht in seinem Buch „Text und Handlungsrepräsentation. Ein Analysemodell politischer Reden am Beispiel V.I. Lenins“ (1998) ausgewählte Reden Lenins aus der Zeit der Russischen Revolution bzw. aus der Präphase der Sowjetunion. In Kapitel 2 wurde Hubenschmids Arbeit bereits vorgestellt. Diese fällt in den Bereich der Textsortenforschung, welche als Teilgebiet der Textlinguistik zu verstehen ist. Dabei stellt die Arbeit des Autors einen wichtigen Beitrag in der Textlinguistik dar, da ihr Teilgebiet Textsortenforschung in der slawistischen Sprachwissenschaft nahezu unbehandelt ist (Hubenschmid 1998, S. 1). Bleibt man konkret bei Untersuchungen der politischen Sprache der Sowjetunion ist zu sagen, dass sich linguistische Arbeiten fast nur auf die phraseologisch-lexikologische Ebene von Texten konzentrieren oder kaum über die Satzgrenze hinausgehen. Folglich steht in diesen Arbeiten die Merkmalsanalyse von bestimmten Begriffen, Metaphern und syntaktischen Eigenschaften im Fokus, während wichtige Punkte, wie der Aufbau, Strukturen, Intentionen und Funktionen politischen Sprechens bezüglich ganzer Texte nur unbefriedigend erforscht wurden (ebd., S. 2). Auffällig ist dabei, dass auch in der polnischen Fachliteratur zur Propagandasprache hauptsächlich Texte auf stilistischer Ebene untersucht wurden. Eines der neusten Beiträge zur Nowomowa stammt von Marek Jeziński (2009), der in seinem Buch „Język przemówień politycznych generała Wojciecha Jaruzelskiego w okresie stanu wojennego“, die politische Sprache von Jaruzelski hauptsächlich in Bezug auf den Gebrauch von Metaphern, Vulgarismen, Archaismen, Makkaronismen, die Darstellung von typischen Phraseologismen, rhetorischen Fragen usw. untersucht (siehe Kapitel 2, S. 15). Abgesehen davon, lassen sich in der Fachliteratur keine Beiträge über die Sprache Jaruzelskis finden, die annähernd an die Behandlung der politischen Sprache Lenins bei Hubenschmid herankommen.

Für eine handlungstheoretische Analyse politischer Reden, geht Hubenschmid davon aus, dass der Sprecher sprachliches Wissen anwendet und somit Handlungswissen umsetzt (ebd., S. 14). Wie bereits festgestellt werden konnte, ist Kommunikation, vor allen Dingen Kommunikation durch Sprache das A und O menschlichen Handelns (siehe Kapitel 3.1, S. 18). Menschen handeln somit mit Sprache und kann diese Aussage problemlos angenommen werden, so müssen

nach Hubenschmid auch Texte als sprachliche Handlungen bzw. Resultate von Handlungen definiert werden können (Hubenschmid 1998, S. 14.). Indem davon ausgegangen wird, dass der Sprecher einer politischen Rede eine bestimmte Intention verfolgt, muss der Handlungsaspekt einer Sprache im Fokus einer Auseinandersetzung mit politischen Texten stehen. Generell konzentriert sich Hubenschmid bei seiner Analyse der politischen Rede auf den Standpunkt des Senders, den er zu rekonstruieren versucht. Danach steht die Untersuchung von Textproduktionsprozessen, die mit der Übertragung von Wissens- und Informationsstrukturen in eine Textstruktur verbunden sind und somit, wie bereits erwähnt wurde, der Handlungsaspekt von Sprache im Mittelpunkt (ebd., S. 11). Da folglich Hubenschmid die Textstruktur als Handlungsstruktur und als Resultat von Sprechhandlungen beschreibt, soll zunächst der Handlungsbegriff näher erläutert werden.

5.1 Der Handlungsbegriff

Generell kann bei der Beschreibung einer Handlung zum einen *prospektiv* und zum anderen *retrospektiv* vorgegangen werden. Bei einer prospektiven Vorgehensweise wird eine Handlung aus der Sicht des Handelnden untersucht. Dabei ist der „Prozess, als schrittweiser Vollzug des Handelns Gegenstand der Untersuchung“ (ebd., S. 14). Bei der Beschreibung einer Handlung aus retrospektiver Perspektive, spricht man von Handlungen als Ereignisse.

Während für den ersten Fall bereits unterschiedliche Bezeichnungen eingeführt wurden, beispielsweise Handeln als „menschliches Verhalten“, als „Tätigkeit“ oder als „Aktivität“, werden im zweiten Fall in der Fachliteratur übereinstimmend Handlungen als Ereignisse verstanden (ebd.), die von einem Akteur durch Zustandsveränderungen bewirkt werden (ebd., S. 15). Dabei merkt Hubenschmid an dieser Stelle an, inwieweit ein Ereignis, das als Handlung beschrieben wird, von dem Kriterium der Bewegung abhängig ist.

„Normalerweise wird nur dann von einem Ereignis als Handlung gesprochen, wenn es auf beobachtbare (Körper-) Bewegungen eines oder mehrere Akteure zurückgeführt werden kann. Dies gilt im Übrigen ebenso für sprachliche Handlungen, das Sprechen und/oder Schreiben auf das Äußern von Lauten bzw. auch auf körperliche Bewegungen zurückzuführen ist. Ob das Kriterium der Bewegung für den Handlungsbegriff definitorisch notwendig ist, darüber lässt sich streiten, da eine Unterlassung, d.h. das

Nichtausführung einer Körperbewegung ebenfalls als Handlung aufgefasst werden kann“ (ebd.).

Die Frage ob eine Handlung erst als dieselbe bezeichnet werden kann, solange eine bestimmte Bewegung sichtbar vorliegt, wird sich im Laufe der Arbeit noch klären. Zunächst jedoch soll Max Webers Handlungsdefinition vorgestellt werden, auf die sich auch Hubenschmid in seinem Buch stützt (vgl. Kapitel 2, S. 16), um so einer Definition von Handlungen näher zu kommen.

In Max Webers Definierung von Handlungen, spielt der *Sinn* eine wesentliche Rolle. Weber unterscheidet damit „bloßes Verhalten“ vom „sinnvollen Verhalten“, das nichts anderes als das „Handeln“ bezeichnet (Hubenschmid 1998, S. 15). Das heißt, dass das Handeln ein spezieller Typ des Verhaltens ist, eine sinnvolle und somit verstehbare Form desselben. Weber gebraucht den Begriff *Sinn* in drei unterschiedlichen Zusammenhängen:

1. Sinn als Zweck des Handelns,
2. Sinn als Mittel des Handelns und
3. Sinn als objektiver Bedeutungszusammenhang (ebd., S. 16- 17).

Zu einer genaueren Beschreibung, stützt sich Hubenschmid auf Girndt (1967) (vgl. Kapitel 2, S. 16) um alle drei Sinnbegriffe konkret zu definieren. Danach wird im ersten Fall *Zweck* als Motiv für ein Ziel bzw. eine Zielsetzung charakterisiert. Synonym für Zweck kann somit der Begriff *Motiv* verwendet werden (ebd., S. 16). Unter Sinn als Mittel des Handelns sind „Maßnahmen und Realisierung eines Ziels“ bzw. solche Effekte von Handlungen, die nach außen hin wahrgenommen werden zu verstehen (ebd.). Dabei sind die Ziele, die als Gründe menschlichen Verhaltens bezeichnet werden, verdeckt und können nur durch die Mittel des Handelns ermittelt werden. Unter dem Sinn als objektiven Bedeutungszusammenhang ist zu verstehen, dass der Handelnde sich an überindividuellen Vorstellungsinhalten, die unabhängig von ihm existieren, wie Werten, Normen, Traditionen usw. orientiert (ebd., S. 17). Wichtig ist bei einer Bezeichnung des Sinns als Zweck oder Mittel, dass der Sinn einer Handlung beispielsweise nicht der Zweck selbst ist, sondern der Zusammenhang, den der Handelnde oder Beobachter zwischen dem Handeln und dem Zweck bildet. Der Sinn kann somit als Prozess beschrieben werden (ebd., S. 17).

Zusammenfassend lässt sich somit nach Weber eine Handlung als „ein auf ein Ziel gerichtetes, in konkreten Mitteln bzw. Zwecksetzungen sich manifestierendes Verhalten und ein an objektiven Bedeutungszusammenhängen orientiertes Verhalten“ (Hubenschmid 1998, S. 17) definieren.

Darüber hinaus verfeinert Weber den Begriff *Sinn*, indem er den *subjektiven* vom *objektiven Sinn* unterscheidet. Die erst genannte Bezeichnung umfasst denjenigen Sinn, den der Handelnde auch selbst mit seinem Handeln meint. Der objektive Sinn wird aber von einem Beobachter dem Handeln zugeschrieben (ebd., S. 17). Bei Weber ist allerdings nur im Zusammenhang mit dem subjektiven Sinn überhaupt vom Handeln die Rede. Er assoziiert somit Handeln ausschließlich mit der handelnden Person und den Zwecken die sich die Person setzt und schließt folglich den Beobachter aus.

Der Grund dafür, dass Hubenschmid jedoch Alfred Schützs (siehe Kapitel 2, S. 16) Konkretisierung des Weberschen Sinnbegriffs hinzuzieht, liegt darin, dass unter Webers *sinnhaftem Verhalten* nur das zweckrationale Handeln gemeint ist und zudem Weber den Sinn mit dem Motiv gleichsetzt (ebd., S. 20). Nach Schütz ist der Sinn etwas, was sich erst „im reflexiven, nachträglichen Zugriff des Bewusstseins konstituiert“, den man jedoch jedem Verhalten zuschreiben kann (ebd., S. 20 f.). Denn erst durch eine Deutung kann ein Erlebnis als sinnhaft beschrieben werden. Somit ist der Sinn als Relation zwischen dem Handeln und einem Ziel zu beschreiben (ebd., S. 25).

An dieser Stelle soll zur Vereinfachung das Beispiel Schützs einer Handlung, welches von Hubenschmid zitiert wird, hinzugezogen werden. Danach verbindet ein Handelnder A mit seinem Handeln H einen Sinn S. Hinzu kommen zwei Beobachter der Handlung, B und C, die die Körperbewegung von A, welche als Manifestierung der Handlung H zu bezeichnen ist, deuten müssen. Den äußeren Ablauf H deuten die Beobachter B und C als Anzeichen für Erlebnisse von A. Dabei verbinden beide H mit einem Sinn S' bzw. S''. Denjenigen Sinn, der von A gemeint ist, also S, können B und C nicht unmittelbar erschließen, folglich unterscheiden sich ihre Sinnzuschreibungen von der des Handelnden A. S stellt somit den subjektiven Sinn dar, während S' und S'' für die objektiven Sinne stehen (ebd., S. 21). Zusammenfassend muss der objektive Sinn aus den äußeren Merkmalen einer Handlung rekonstruiert werden.

Zurück zur oben erwähnten Schütz'schen Kritik an Webers Theorie, ist nun zu sagen, dass während Weber das *Motiv* einer Handlung als Sinnzusammenhang, der für den Handelnden oder für den Beobachter der sinnhafte Grund eines Verhaltens ist definiert, sagt nun Schütz, dass der Beobachter ein Motiv nur mittels des objektiven Sinns des Handelns rekonstruieren kann (Hubenschmid 1998, S. 22). Schütz grenzt folglich definitorisch das Motiv und den objektiven Sinn voneinander ab. Das bedeutet, dass der Beobachter nur Rückschlüsse auf den subjektiven Sinn eines Verhaltens ziehen kann, indem er den objektiven Sinn analysiert. Somit wäre die Kritik an einer Gleichsetzung von Motiv und zunächst objektivem Sinn geklärt. Kann dennoch eine Identifikation des subjektiven Sinns mit dem Motiv akzeptiert werden? Laut Hubenschmid, der sich weiterhin auf Schütz stützt, ist auch dies zu bemängeln,

„(...) da die gemeinte Bedeutung einer Handlung nicht gleichzeitig ihr Motiv sein kann“ (ebd.) Dies ergibt sich bereits daraus, dass der Handelnde selbst erst dann nach den Motiven seines Handelns fragen kann, wenn er über den gemeinten Sinn, also den subjektiven Sinn seines Handelns Rechenschaft abgelegt hat. Sinn konstituiert sich also erst in der Zuschreibung oder Deutung und erweist sich somit offensichtlich als ein Metaproblem“ (ebd., S. 22- 23).

Zusammenfassend ist der Rezipient einer sprachlichen Äußerung in der Lage über den objektiven den subjektiven Sinn zu erschließen. Dabei handelt es sich weder beim erst genannten, noch beim zweit genannten Sinnbegriff um das Motiv einer Handlung. Schütz unterscheidet in diesem Zusammenhang *Um-zu-Motive*, also das Ziel des Sprechers welches er mit seiner Äußerung verfolgt von *Weil-Motiven*, den Beweggründen des Sprechers für seine Äußerung (ebd., S. 26- 27). Um-zu-Motive liegen sogenannten *Ausdruckshandlungen* zugrunde. Damit ist hier echtes Handeln nach Entwurf gemeint, während unter den nichtkommunikativen *Ausdrucksbewegungen* nicht echtes Handeln, sondern bloßes Sich-Verhalten zu verstehen ist. Mit Ausdrucksbewegungen wird nicht das Ziel, eigene Gedanken, Ansichten und Meinungen darzustellen, verfolgt. Es gibt keinen Entwurf und somit auch keine Um-zu-Motive. Wie kann aber ein Beobachter letztendlich echtes Handeln von nicht-echtem Handeln unterscheiden? Mit anderen Worten: wann hat es der Rezipient einer sprachlichen Äußerung mit der Ausdrucksbewegung und wann mit der Ausdruckshandlung zu tun? Um diese Unterscheidung durchführen zu können muss der Deutende im Fall einer nicht

sprachlichen Handlung untersuchen, ob die Körperbewegung des Handelnden sich aus einem Handlungsentwurf ergibt. Folglich ist das Motiv ausschlaggebend. Übertragen auf die sprachliche Ebene muss die *Intention* des Sprechers deutlich sein, um von einer sprachlichen Äußerung mit kommunikativer Absicht zu sprechen (Hubenschmid 1998, S. 29). Nach Schütz interessiert den Zuhörer einer sprachlichen Äußerung der Plan oder das Ziel des Sprechers. Dieses kann er nur über das Um-zu-Motiv erfahren und erst wenn dasselbe bekannt ist, kann das Weil-Motiv erschlossen werden (ebd., S. 35).

Hubenschmid fasst die vorgestellten Gedanken von Weber und Schütz zusammen und definiert Handlungen letztendlich wie folgt:

„Menschliches Handeln ist zu bestimmen als ein sinnvolles und deshalb bewusstes (reflexives), intentionales (weil durch „Um-zu-Motive“ gerichtetes), verstehbares und interpretationsabhängiges Verhalten, das sich an sozial geregelten Mustern orientiert. Diese Form von Verhalten, die wir Handeln nennen, ist allerdings nicht nur an Zielen und Zwecken, also an dem Hervorrufen von Wirkungen und Veränderungen orientiert, sondern weist darüber hinaus eine auf den Handelnden und dessen Erfahrungen zurückweisende Komponente, die sogenannten Weil-Motive auf“ (ebd., S. 35).

Dabei ist jedem Handeln eine objektive bzw. konventionelle Bedeutung zuzuschreiben, die im Normalfall mit dem subjektiven Meinen des Sprechers verknüpft wird. An dieser Stelle ist eines der Merkmale des handlungssemiotischen Modells bereits geklärt. Im folgenden Kapitel soll nun das Modell einer Handlungssemiotik zur näheren Veranschaulichung von Handlungen vorgestellt werden.

5.2 Das Modell einer Handlungssemiotik

Gestützt auf einer Definition von Handeln als entworfenen Verhalten, besteht das Modell einer Handlungssemiotik aus zwei Ebenen. Auf der horizontalen Ebene finden sich die bereits genannten Handlungsmerkmale wieder. Dabei besteht das Weil-Motiv aus den Komponenten Ursache und Motiv, während das Um-zu-Motiv in Zweck und Wirkung zerlegt werden kann. Bindeglied zwischen beiden Motiven stellt die Zeichenhandlung dar, wie auch auf der vertikalen Ebene, die im Endeffekt dem semiotischen Zeichendreieck von De Saussure entspricht. Im handlungssemiotischen Modell werden allerdings die Komponenten Bedeutung,

Referenz und Zeichenträger durch Handlungsmuster, Handlung und sprachliches Zeichen ersetzt (Hubenschmid 1998, S. 37). Auf der vertikalen Ebene des Modells verknüpft die Zeichenhandlung die Äußerungsbedeutung mit der Satzbedeutung. Bei der Satzbedeutung bzw. konventionellen Bedeutung handelt es sich um den objektiven Sinn, der mit jeder Handlung, mit jedem Zeichen verbunden wird. Die Äußerungsbedeutung stellt den subjektiven Sinn dar, der bei einer sprachlichen Äußerung um einiges schwieriger als der objektive Sinn zu analysieren ist (ebd., S. 38). Zur Veranschaulichung beider Komponenten dient das Beispiel „hier ziehts“. Über die grammatische Struktur des Satzes erkennt der Rezipient dass es sich um eine Feststellung handelt. Damit ist bereits die Satzbedeutung geklärt. Von ihr aus erschließt der Rezipient zunächst das Um-zu-Motiv, beispielsweise dass dem Sprecher kalt ist. Wie bereits erwähnt wurde, ist der Zuhörer nur in der Lage das Weil-Motiv zu rekonstruieren, indem ihm das Um-zu-Motiv vorliegt. Mit anderen Worten kann über die Satzbedeutung, die Äußerungsbedeutung erschlossen werden, dies ist allerdings nur notwendig, wenn die konventionelle Bedeutung der Handlung nicht ausreicht um dieselbe zu erklären. Sind die Um-zu-Motive einer Handlung nicht klar zu erkennen, besteht die Möglichkeit, dass der Zuhörer dem Sprecher seine Weil-Motive unterstellt (ebd.). Folglich schließt er dann über die Rekonstruktion der Weil-Motive auf die Um-zu-Motive. Anhand des vorliegenden Beispiels kann der Rezipient der Äußerung dieselbe uminterpretieren und ihr die Äußerungsbedeutung einer indirekten Bitte oder Aufforderung, das Fenster zu schließen zuschreiben (ebd., S. 39). In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Fall in Bezug auf politische Reden von großer Bedeutung, nämlich dann, wenn der Sprecher bewusst versucht tatsächliche Ziele seiner Handlung zu verschleiern. Dies geschieht über die Angabe unechter Weil-Motive, was dazu dienen kann eigentliche Absichten des Politikers nicht offen darzustellen um den Zuhörer geschickt zu beeinflussen (ebd.). Meiner Ansicht nach ist dies vor allem bei Propagandatexten zu beobachten, in denen über das eigentliche Weil-Motiv der sprachlichen Handlung hinweggetäuscht wird.

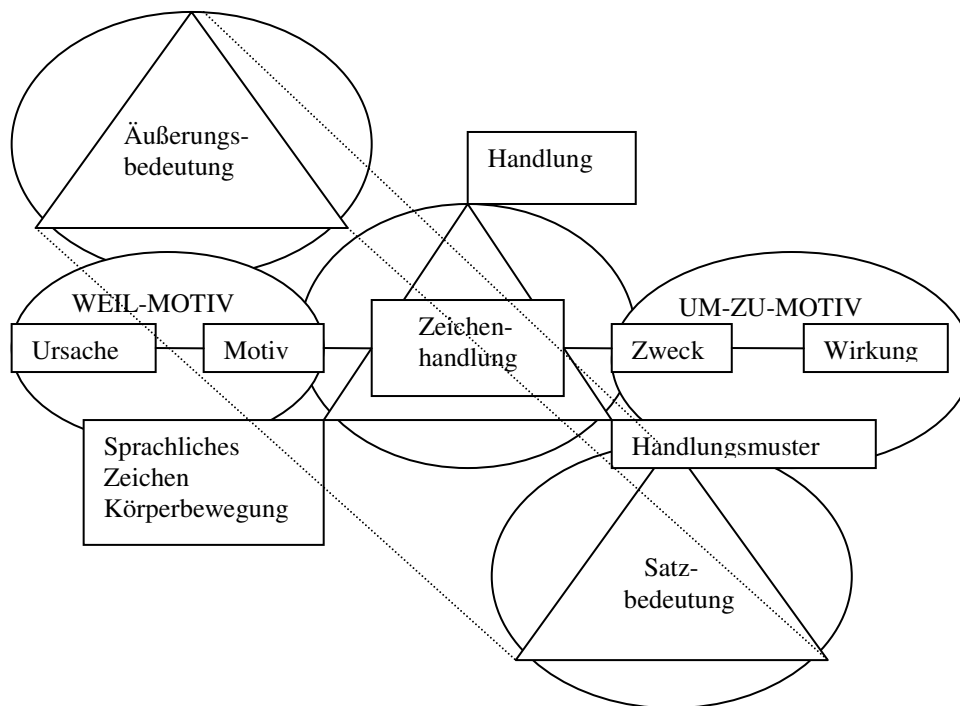


Abbildung 5: Modell einer Handlungssemiotik (Hubenschmid 1998, S. 39).

Dieses Modell der Handlungssemiotik beschreibt allerdings zunächst personenzentrierte Aspekte, während eine weitere wichtige Seite von Handlungen nicht beschrieben wird: die Veränderungen von Zuständen durch Handlungen.

Hubenschmid definiert menschliches Handeln unter anderem als intentionales Verhalten (siehe Kapitel 5.1, S. 71). Was unter der Intentionalität zu verstehen ist und inwieweit sie ein wichtiges Merkmal von Handlungen darstellt, soll anhand des folgenden Kapitels dargestellt werden.

5.3 Die Intentionalität

Greift man den Begriff der *Intentionalität* auf, so wird ersichtlich, dass Handlungen zweck- und zielgerichtet sind, ganz nach Schütz Darstellung der Um-zu-Komponente von Handlungen (Hubenschmid 1998, S. 40). Um den Terminus Intentionalität näher beschreiben zu können, sollen zunächst Robert-Alain de Beaugrande und Wolfgang U. Dressler (1981) hinzugezogen werden, die sieben grundlegende Textualitätskriterien unterscheiden. Danach bezieht sich eines der Textualitätskriterien, die Intentionalität, als verwenderzentriertes Merkmal „auf

die Einstellung des Textproduzenten, der einen kohäsiven und kohärenten Text bilden will, um die Absicht seines Produzenten, d.h. Wissen zu verbreiten oder in einem Plan angegebenes Ziel zu erreichen“ (de Beaugrande/ Dressler 1981, S. 8-9). Laut den Autoren wird somit ein Text immer mit der Absicht verfasst eine bestimmte Wirkung beim Leser zu erreichen. Hubenschmid erkennt dabei die Intentionalität als übergeordnetes Kriterium gegenüber anderen Textualitätsmerkmalen an (Hubenschmid 1998, S. 40). Folglich steht die Intentionalität über der Kohäsion, Kohärenz, Akzeptabilität, Informativität, Situationalität und Intertextualität (vgl. de Beaugrande/ Dressler 1981) eines Textes.

In der Fachliteratur finden sich relativ viele Definitionen des Begriffs *Intentionalität*, aus denen die Beschreibung von Searle nun herausgegriffen werden soll. „Intentionalität ist diejenige Eigenschaft vieler geistiger Zustände und Ereignisse, durch die sie auf Gegenstände oder Sachverhalte in der Welt gerichtet sind oder von ihnen handeln (Searle 1987, S. 15). Folglich führt er den Begriff der *Gerichtetheit* ein, betont aber, dass nicht allen geistigen Zuständen oder Ereignissen das Merkmal der Intentionalität zugeschrieben werden kann. Searle unterscheidet demnach Zustände, wie Überzeugungen, Befürchtungen, Hoffnungen und Wünsche von Formen der Nervosität, der Hochstimmung und der Unruhe, die als richtungslos zu bezeichnen sind (ebd., S. 15 f.). Zudem macht er das Vorhandensein der Intentionalität abhängig von drei bestimmten Fragen, auf die es dann eine Antwort gibt, wenn die Intentionalität eines Zustands Z tatsächlich vorhanden ist:

„1. Worum geht es in Z?

2. Wovon handelt Z?

3. Durch welchen dass-Satz ist Z näher bestimmt?“ (ebd., S. 16).

Searle unterscheidet auch zwischen Intentionalität und Bewusstsein, indem er erklärt, dass viele bewusste Zustände nicht intentional sind, wie beispielsweise ein plötzliches Gefühl der Hochstimmung, sowie aber auch viele intentionale Zustände nicht als bewusst bezeichnet werden können (ebd.). Die Beziehung beider Begriffe besteht nun darin, dass die Bewusstheit keineswegs eine Voraussetzung für die Intentionalität darstellt (Hubenschmid 1998, S. 43). Das

bedeutet, dass auch den Zuständen, die man sich noch nicht ins Bewusstsein gerufen hat, das Merkmal der Intentionalität zugeschrieben werden kann.

Wichtig ist an dieser Stelle ein richtiger Umgang mit den Begriffen *Beabsichtigen* und *Absicht* bzw. *Intendieren* und *Intention*. Searle betont, dass die genannten Bezeichnungen nicht synonym zu Intentionalität verwendet werden dürfen, sondern lediglich eine Form derselben darstellen (Searle 1987, S. 17). „Intentionalität ist Gerichtetheit; die Absicht, etwas zu tun, ist nur eine Art der Intentionalität unter vielen anderen“ (ebd., S. 18). Dennoch kennzeichnet sie als Intentionalitätsform sprachliche Handlung als solche (Hubenschmid 1998, S. 43).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Begriff Intentionalität „als übergeordnete Kategorie die produzentenseitige Gerichtetheit von Zuständen, die verschiedene Ausprägungen annehmen kann, wie z.B. in Form von Überzeugungen, Hoffnungen, Wünsche usw.“ (ebd.) umfasst.

Searle stellt nun eine Verbindung zwischen intentionalen Zuständen und Sprechakten her, um die Beziehung zwischen einem intentionalen Zustand und dem Gegenstand oder Sachverhalt, auf den er gerichtet ist, zu klären (Searle 1987, S. 19). Indem man einen Sprechakt vollzieht, drückt man gleichzeitig bestimmte intentionale Zustände aus, die der Sprecher jedoch nicht immer inne haben muss, was an folgendem Satz deutlich wird: „Ich entschuldige mich dafür, dass ich Sie beleidigt habe, aber es tut mir nicht leid, dass ich Sie beleidigt habe“ (Hubenschmid 1998, S. 45).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass intentionale Zustände, wie beispielsweise *Wünsche* dann erfüllt sind, wenn dieselben auch erfüllt werden, ganz im Sinne von Sprechakten, die dann erfüllt sind, wie zum Beispiel ein *Befehl*, wenn er auch befolgt wurde. Intentionale Zustände sind somit *Erfüllungsbedingungen* unterworfen und indem der Sprecher mit Absicht bestimmte Erfüllungsbedingungen auf die Äußerung überträgt, schreibt er der Äußerung so Intentionalität zu (Searle 1987, S. 26- 27). Absichten sind dann erfüllt, wenn die absichtliche Handlung mit Erfolg vollbracht ist. Laut Hubenschmid sind Handlungen folglich die Erfüllungsbedingungen von Absichten (Hubenschmid 1998, S. 48). Searle betont dabei, dass es keine Handlungen ohne Absichten gibt (Searle 1987, S. 111). Dennoch stellt sich die

Frage wie es trotz dessen zu unabsichtlichen Handlungen kommen kann, was an einem Beispiel aus der griechischen Mythologie veranschaulicht werden soll. Indem Ödipus seine Mutter heiratet vollzieht er eine unabsichtliche Handlung. „Jokaste heiraten“ stellt dabei eine absichtliche Handlung dar, ganz nach der in der vorliegenden Arbeiten dargestellten Definition von Handlungen. Mit der Beschreibung „seine Mutter heiraten“ fehlt die Intention des Handelnden, da dieser sich nicht über die Identität von Jokaste im Klaren war. Wichtig ist, dass solch eine unabsichtliche Handlung nur möglich ist, da hier auch ein „identisches Ereignis“ vorliegt, das eine absichtlich vollzogene Handlung ist, im Sinne von Ödipus heiratet Jokaste (Searle 1987, S. 111). „Unabsichtliche Handlungen sind also, genaugenommen, absichtliche Handlungen, die nicht mit ihnen beabsichtigte Aspekte aufweisen, d.h. Aspekte, die nicht als Erfüllungsbedingungen der Handlungsabsicht präsent waren“ (Hubenschmid 1998, S. 49).

Eine weitere Frage bezüglich Handlungen muss an dieser Stelle gestellt werden: Wie können Handlungen zustande kommen? Angenommen eine Person hat die Absicht ihren Onkel zu töten und macht sich während der Autofahrt darüber Gedanken, was zu Nervosität der Person führt. Als Folge ihrer Nervosität überfährt die Person einen Fußgänger, der sich als Onkel dieser Person herausstellt. In diesem Beispiel ist die Absicht den Onkel zu töten ein Teil des Ergebnisses, trotzdem wird der Onkel nicht absichtlich überfahren. Dieser stirbt nicht aufgrund der Tötungsabsicht der Person, sondern als Folge der Absicht des Autofahrens (Searle 1987, S. 112). Anhand dieses Beispiels kann die Aufteilung des *Handlungsentwurfs* in die *vorausgehende Absicht* (Ich werde H tun/ Ich habe vor H zu tun) und die tatsächliche *Handlungsabsicht* (Ich tue H) vorgenommen werden. (ebd., S. 114). Danach kann die vorausgehende Absicht auch als spontanes und die Handlungsabsicht als entworfenes bzw. geplantes Handeln bezeichnet werden. Doch auch bei einer spontanen Handlung muss der Handelnde die der Handlung zugrunde liegenden Handlungsmuster kennen. So macht Ödipus Jokaste einen Heiratsantrag ohne aktuellen Handlungsentwurf, falls er von Jokaste bei einem ersten Treffen so begeistert ist, dass er sie spontan bittet seine Frau zu werden. Dennoch ist ihm das Handlungsmuster „einer Frau einen Heiratsantrag machen“ bereits bekannt und nur so kann er die folgende spontane Handlung auch vollziehen (Hubenschmid 1998, S. 52) Zusammenfassend

„(...) gibt es, strenggenommen, keine unabsichtlichen, sondern nur absichtliche Handlungen, die aber nicht mit ihnen beabsichtigte Aspekte aufweisen können, die wir dann als *unabsichtliche Handlungen* klassifizieren. Handlungen liegen also immer Handlungsabsichten zugrunde, aber nicht alle Handlungsabsichten sind vorausgehende Absichten“ (Hubenschmid 1998, S. 52).

Die Termini *Absicht* bzw. *Intention* stehen somit für eine bewusste Form der Intentionalität. Sprachlichen Handlungen liegt laut Hubenschmid immer eine Kommunikationsintention zugrunde, denn wie geklärt werden konnte, gibt es keine unabsichtlichen Handlungen. Das Halten einer Rede ist folglich immer mit einer absichtlichen Aussage verbunden, denn, wie der Autor auf den Punkt bringt: „wer etwas sagt, der meint mit seiner Äußerung auch etwas“ (ebd., S. 54). Zudem sollen nun Ergebnis und Folgen einer Handlung näher erläutert und deren Einbettung in eine Definierung von Handlungen vollbracht werden. Searle führt hierzu ein Beispiel von Gavrilo Princip und seinem Mord an Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo an. Danach wird eine bestimmte Handlung Principis wie folgt beschrieben:

Gavrilo Princip hat

1. eine Handbewegung gemacht,
2. einen Schuss abgegeben,
3. den Erzherzog angeschossen,
4. den Erzherzog getötet,
5. Österreich einen Schlag versetzt,
6. Serbien gerächt (Searle 1987, S. 130).

Die Punkte 1- 6 stehen in einer „dadurch-dass“ Beziehung, im Sinne von „Princip hat eine Handbewegung gemacht und dadurch einen Schuss abgegeben, dadurch den Erzherzog angeschossen, ihn auf diese Weise getötet, dadurch Österreich einen Schlag versetzt und dadurch erreicht, dass Serbien gerächt wurde.“ Das aufgeführte Beispiel stellt eine Handlung dar, die durch bestimmte Handlungsmuster, wie beispielsweise „schießen“ beschreibbar ist. Laut Hubenschmid ist dabei das Muster „Serbien gerächt“ als spezifischstes Handlungsmuster zu bezeichnen, da die Voraussetzung für dasselbe die Erfüllung der Punkte 1- 5 darstellt (Hubenschmid 1998, S. 55). Widmet man sich nun dem

Ergebnis dieser Handlung, ist zu erwähnen, dass der Handelnde mit seinem Tun ein Ergebnis auslöst, hier den Tod des Erzherzogs. Wird nun das Ergebnis erreicht, werden eine oder mehrere *Folgen* hervorgerufen. Und genau hier kann eine Unterscheidung zwischen dem *Tun* und *Herbeiführen* unternommen werden. Danach liegt dem Tun der Mord am Erzherzog (das Ergebnis) und dem Herbeiführen der Schlag gegen Österreich (die Folge) zugrunde. Nach Hubenschmid sind Ergebnis und Folgen als „Abbilder potentieller komplexer intentionaler Zustände“ zu definieren (Hubenschmid 1998, S. 57). Die Intentionalität stellt dabei den inneren Aspekt der Handlung dar, während der äußere Aspekt das Ergebnis und die Folgen der Handlung umfasst.

Anhand des Beispiels kann folgende Schlussfolgerung gezogen werden: Handlungen werden immer durch eine Körperbewegung und das Erreichen eines Ergebnisses bewirkt. Dabei ist eine Handlung dann als erfolgreich einzustufen, „wenn ihre (intendierten) Folgen eingetreten sind“ (Hubenschmid 1998, S. 58).

Im folgenden Kapitel sollen nun die bereits erwähnten Sprechakte näher aufgeführt werden.

5.4 Die Sprechakttheorie

Hubenschmid überträgt in seinem Buch die bereits vorgestellte Handlungsdefinition auf sprachliche Handlungen. Hierzu dient vor allem die Sprechakttheorie, die das Sprechen als Handeln untersucht. Danach setzt sich eine Sprechhandlung aus mehreren Komponenten zusammen:

- 1) lokutionärer Akt
- 2) propositionaler Akt
- 3) illokutionärer Akt
- 4) perlokutionärer Akt (Searle 1971, S. 40 f./ Austin 1972, S. 112 f.)

Mit dem lokutionären Akt bzw. Äußerungsakt werden der nach Austin aufgezeigte phonetische und phatische Akt subsumiert (Searle 1971, S. 40/ Hubenschmid 1998, S. 61). Die Rede ist somit zunächst von geäußerten Lauten und deren regelgeleiteten Verwendung durch den Sprecher, der Lauten Wörter zuordnet und dabei eine bestimmte grammatische Konstruktion beachtet. Der

propositionale Akt setzt sich zusammen aus dem Referenz- und Prädikationsakt. Mit einer Äußerung referiert der Sprecher auf einen Gegenstand und sagt etwas über ihn aus. Mit dem lokutionären und propositionalen Akt sind somit Phonetik, Phonologie, Morphologie, Syntax und Semantik abgedeckt. Dabei ist die Lokution als Minimaleinheit sprachlichen Handelns zu verstehen, sie sagt nichts über die Intention des Sprechers aus (Hubenschmid 1998, S. 61). Über den illokutionären Akt hingegen wird bereits eine Aussage über die Bedeutung der Äußerung gemacht. In anderen Worten beschreibt die Illokution, mittels Verben, wie *behaupten*, *mitteilen*, *fragen*, *warnen*, etc. wie die Aussage des Sprechers gemeint ist. Mit einer Äußerung wie *Ich warne dich* ist klar, dass es sich um eine Warnung handelt. Generell gilt, dass ein illokutionärer Akt dann erfolgreich vollzogen wird, wenn der Adressat den Sprecher einer Äußerung versteht und akzeptiert. Dennoch gibt es hier Ausnahmen. Mit einer Äußerung wie *Die Sitzung ist hiermit eröffnet*, kann der Sprecher das Ergebnis der Sprechhandlung nicht verfehlen. Dies liegt daran, dass ihm eine bestimmte institutionelle Stellung zugesprochen wird und somit der Sprecher „(...) durch den Vollzug des illokutionären Aktes eine Zustandsveränderung als wahr setzt (...)“ (ebd., S. 68). In solch einem Fall sind folglich das Verständnis und die Akzeptanz von Seiten des Adressaten nicht notwendig. Unter dem perlokutionären Akt sind mögliche Folgen eines illokutionären Aktes zu verstehen. Dies bedeutet, dass ein Sprecher Wirkungen auf die Einstellung, das Denken und Handeln seines Zuhörers erzielen kann. Beispielsweise kann ein Sprecher durch Argumentieren *überreden* oder *überzeugen* und durch Warnen *erschrecken* oder *alarmieren*. Dabei bezeichnen die kursiv gedruckten Ausdrücke perlokutionäre Akte (Searle 1971, S. 42).

Die Sprechakte sollen nun an einem konkreten Beispiel aufgezeigt werden:

1. Sam raucht gewohnheitsmäßig.
2. Raucht Sam gewohnheitsmäßig?
3. Sam, Rauch gewohnheitsmäßig!
4. Würde Sam doch gewohnheitsmäßig rauchen! (ebd., S. 39)

Im ersten Satz handelt es sich um eine BEHAUPTUNG, im zweiten um eine FRAGE, im dritten um einen BEFEHL und im vierten Satz um einen WUNSCH, den der Sprecher ausdrückt.

Durch das Äußern von Wörtern, ist der lokutionäre Akt bereits vollzogen. Bei allen vier Sätzen ist die Referenz und Prädikation gleich. In Satz 3 handelt es sich um einen Befehl und damit ist auch die Illokution geklärt. Bleibt man bei Satz 3, könnte der perlokutionäre Akt vollzogen sein, falls der Sprecher Sam dazu bringt gewohnheitsmäßig zu rauchen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass eine Äußerung nicht nur ein Ergebnis nach sich ziehen kann. Hubenschmid zitiert zur näheren Erklärung ein Beispiel Häfeles (1979): „Dieser Wein ist gut“. Aus den lexikalisch-semanticen und kontextuellen Merkmalen heraus, kann die Äußerung als Ratschlag interpretiert werden. Das bedeutet, dass über den lokutionären und propositionalen Akt der Sprechakttyp erkannt wird. Dennoch kann der Adressat die ihm vorliegenden Merkmale anders deuten und die Äußerung beispielsweise als Behauptung interpretieren. Folglich würde das intendierte Ergebnis nicht eintreten. Laut Hubenschmid kann es somit passieren, dass eine sprachliche Handlung nicht unbedingt das vorhersehbare Ergebnis nach sich zieht (Hubenschmid S. 65- 66).

Der Autor kritisiert die Annahme der traditionellen Sprechakttheorie, dass eine sprachliche Äußerung eine Illokution ist. Sowohl der Handelnde, als auch der Beobachter können über die Merkmale der Basisaktivität und deren Einbettung in einen Kontext Handlungen interpretieren. Dabei weisen erst Sprecher und Hörer einer sprachlichen Äußerung eine Illokution zu (Hubenschmid 1998, S. 69). „Wie jede andere Handlung, so sind auch Sprechakte bzw. deren Illokutionen Interpretationen pragmatischer Realisierungen von Handlungsmustern, deren Zuordnung auf der Basis der semantischen Merkmale der Äußerung vorgenommen wird“ (ebd.)

Zuletzt ist noch anzumerken, dass die Teilaspekte einer Handlung in einer *teleologischen Relation* zueinander stehen.

Als Vervollständigung des handlungssemiotischen Modells, können die oben aufgeführten Überlegungen nun in ein weiteres Modell der Zeichenhandlung übertragen werden. Im Zentrum steht auch hier das abgewandelte Zeichendreieck mit den Komponenten Handlung, Handlungsmuster und Äußerung. Die Eigenschaften der Sprechhandlung sind dabei Reflexivität, Intentionalität und Konventionalität. Auf der Ebene der *parole* kann jedem Zeichenträger bzw. jeder sprachlichen Äußerung nun eine *illocutionary force* zugeschrieben werden. Sie

verfolgt Intentionen und Wirkungen, die als dreigliedrig zu bezeichnen sind: *Perillokution* als die sprecherseitige bzw. hörerseitige pragmatische und semantische Interpretation einer Äußerung, *Obillokution* als immanenter Zweck oder Sinn der betreffenden Illokution und die *spontan intendierte Illokution*. Zudem kann auch das *perlokutionäre Nachspiel* dazu gerechnet werden (Hubenschmid 1998, S. 81). Auf der Ebene der *langue* wird die *semantic force* platziert. Handelt es sich um eine explizit performative Realisierung, bedeutet dies, dass eine weitere Interpretation nicht notwendig ist und folglich fällt die *illocutionary force* mit der *semantic force* zusammen. Im Fall von indirekten Sprechakten, spricht dann wenn eine Interpretation der Sprecherintention notwendig ist, „konstituiert sich die *illocutionary force* durch einen zusätzlich Schlussprozess des Hörers auf der Basis der kontextuellen und situativen Bedingungen“ (ebd., S. 81- 82).

Zeichenhandlung

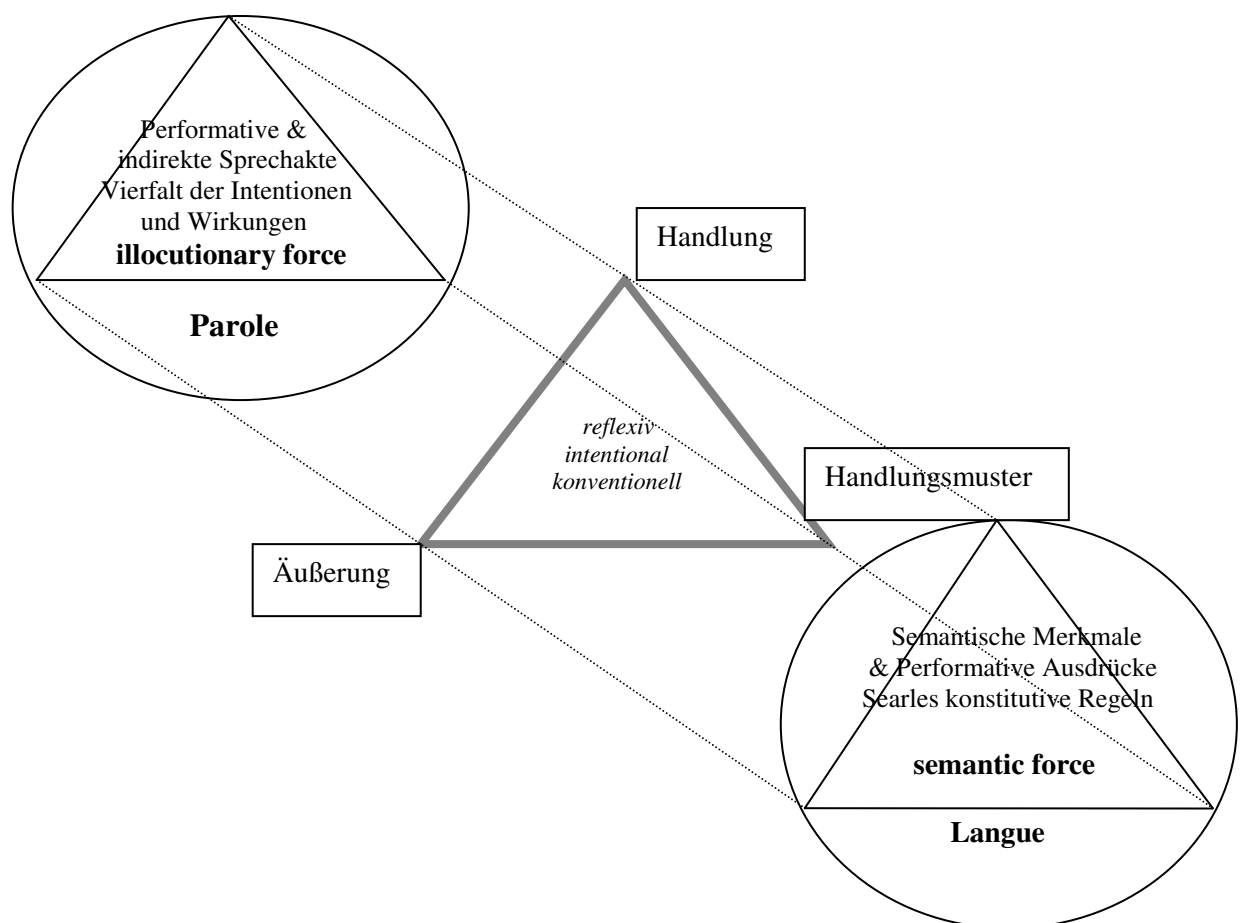


Abbildung 6: Die Zeichenhandlung (Hubenschmid 1998, S. 81).

Texte sollen somit als Resultate von Formulierungs- und Textherstellungshandlungen verstanden werden. Zudem können Texte als Mittel für weitere Handlungen bezeichnet werden, da mit ihnen auch textexterne Handlungen (perlokutionäre Akte) erzeugt werden sollen. Außerdem sind sie auch als Handlungen zu verstehen.

5.5 Der Prozesscharakter des Handelns (Text-Script)

Bis zu dieser Stelle konnte geklärt werden, dass die Intentionalität als Merkmal einer Handlung eine wichtige Eigenschaft derselben darstellt. Hiermit ist von der internen Seite von Handlungen die Rede. Unter der externen Seite von Handlungen sind beobachtbare bzw. im Fall von sprachlichen Handlungen hörbare Tätigkeiten zu verstehen. Durch das Äußern von bestimmten Lauten werden, wie aus den letzten Kapiteln herausgeht, Ereignisse bewirkt (Hubenschmid 1998, S. 83). Zudem konnte festgestellt werden, dass zwei Handlungstypen voneinander unterschieden werden können. Dabei haben beide gemein, dass ihr Vollzug absichtlich stattfindet. Das heißt, dass auch *aktives Nicht-Handeln* bzw. *passives Handeln* als absichtliches Verhindern einer Veränderung der Welt definiert wird. Mit dem aktiven Handeln wird hingegen absichtlich die Welt verändert (ebd.). Bis dahin wurden allerdings ausschließlich Handlungen aus der Sicht des Handelnden bzw. Sprechers, des Adressaten und dritten Kommunikationsteilnehmern untersucht und die Ziele des handelnden Subjekts besprochen. Dabei galt eine isolierte Betrachtung von Handlungen, die eine Auseinandersetzung mit der Vor- und Nachgeschichte derselben unmöglich machte. Dies ist jedoch ein äußerst wichtiges Thema, das im folgenden Kapitel ausgeführt werden soll. Denn jede sprachliche Äußerung steht in einem situativen bzw. kontextuellen Zusammenhang (ebd., S. 84). Das was wir äußerlich wahrnehmen, ist lediglich ein Teil der Handlung. Zuvor findet allerdings ein Bewertungs- und Planungsprozess statt, der nicht übersehen werden darf. An dem vorgestellten Modell einer Handlungssemiotik befindet man sich damit in der horizontalen Ebene, die als Teil einer Handlung dargestellt wurde.

Zu der Vororganisation einer Handlung zählt der Handlungsentwurf bzw. die Handlungsabsicht (ebd., S. 85). Dabei ist nicht zu vergessen, dass die Intention des Handelnden darauf gerichtet ist, das Ziel der Handlung zu erreichen oder

zumindest eines der Ziele. Laut Hubenschmid muss dieses Ziel das handelnde Subjekt jedoch als erreichbar einschätzen (ebd., S. 84). Mit anderen Worten muss sich der Handelnde bei der Durchführung einer Handlung im Klaren sein, dass er im Dienste des Erreichens eines Ziels bestimmte Handlungsmittel auch einsetzen kann. Das bedeutet, dass bezüglich des Handlungsentwurfs bestimmte Teilschritte durchführbar sein müssen, die in einer Mittel-Ziel-Relation zueinander stehen (ebd., S. 85).

Wie wird aber die Realisierbarkeit einer Handlung eingeschätzt? Hubenschmid stützt sich bei seinen Erklärungen auf Rehbein (1977), der zunächst eine Analyse der Situation als äußerst wichtig beschreibt. Danach müssen folgende Schritte vollzogen werden:

- „1) die *Aufnahme* von Information aus dem Handlungskontext,
- 2) die *Identifikation* des Handlungskontextes in Übereinstimmung mit Kategorien, die im Situationswissen des Handelnden verankert sind,
- 3) die *Bewertung* der identifizierten Information, indem der Handelnde überprüft, ob der vorliegende Handlungskontext seinen Bedürfnissen, Wünschen, Zielen und akzeptierten Normen entspricht oder nicht“ (Rehbein 1977, S. 143).

Folglich wird der Handelnde den Handlungskontext entweder positiv oder negativ bewerten, denselben kategorisieren und sich danach entsprechend verhalten. Mit anderen Worten *schätzt* der Handelnde eine Situation ein, bzw. *orientiert sich* nach ihr (Hubenschmid 1998, S. 85). Anhand des Beispiels von Rehbein „Vorsagen in der Schule“, soll aufgezeigt werden, wie sich ein Handlungsentwurf weiter gestalten kann:

„Vorsagen in der Schule:

L: >Wie heißt die Hauptstadt der Türkei? Günter?<

Günter: ((schweigt))

Klaus: ((zischelnd)) >Ankara<

Günter: ((versteht nicht))

Klaus: ((jede Silbe betonend)) >Ankara<

Günter: ((laut)) >Ankara!<

L: >Ja, richtig.<“ (Rehbein 1977, S. 140)

An diesem Beispiel kann der Prozess vom Entwurf der Handlung bis zu ihrer Durchführung nun dargestellt werden. Danach durchläuft der vorliegende Prozess folgende Stadien:

(engere Vorgeschichte)	(0)	Handlungskontext	
	(I)	Einschätzung der Situation	
	(II)	Motivation	
	(III)	Zielsetzung	
(Geschichte)	(IV)	Planbildung	
	(V)	Ausführungsstadium	(=Text)
	(VI)	Resultat der Ausführung	
(Nachgeschichte)	(VII)	Folgen	

Indem der Lehrer eine bestimmte Frage stellt und einen Schüler dran nimmt, der die Frage zu beantworten hat aber dies nicht kann, zudem der Mitschüler Klaus sie jedoch weiß, liegt der *Handlungskontext* (0) vor. Die *Einschätzung der Situation* (I) ist dadurch zu begründen, dass Mitschüler Klaus über paralinguistische Phänomene (Schweigen, Herumdrucksen, Zögern des Aktanten Günter) den Handlungskontext als „Hilflosigkeit eines Klassenkameraden“ identifiziert. Dies ist allerdings nur möglich, solange Aktant Klaus über das Wissen über solche Situationen verfügt und sie auch wahrnimmt. Im vorliegenden Beispiel ist die *Motivation* (II) des Aktanten seinem Mitschüler „mit eigenen Kenntnissen zu Hilfe zu kommen“. Die *Zielsetzung* (III) ist dem Mitschüler die Information „Ankara“ zukommen zu lassen. Das Problem ergibt sich nun dadurch, dass beim Zuflüstern der Information zum einen der Lehrer beobachtet werden und zum anderen Aktant Günter diese auch akustisch verstehen muss. Dies bedeutet dass Klaus gezwungen ist, den Handlungskontext ununterbrochen im Auge zu behalten. Die *Planbildung* (IV) besteht nun darin seinem Mitschüler die Information scharf zuzuflüstern, dann wenn der Lehrer wegsieht und Günter gut zuhören kann. Zu der *Ausführung* (V) kommt es, indem Klaus Günter die Antwort zuflüstert. Dennoch bedarf es einer Verfeinerung des Plans, die sich darin äußert, dass Klaus jede Silbe deutlicher betont, um verstanden zu werden. Das *Resultat*

(VI) ist, dass Günter die Frage des Lehrers richtig beantwortet. Die *Folgen* (VII) können sein, dass der Lehrer mit Günter zufrieden ist und Günter seinem Mitschüler dankbar ist (Hubenschmid 1998, S. 86).

Das Beispiel zeigt, welche Teilschritte eine Handlung durchläuft, auch wenn es im Alltag Handlungsprozesse gibt, deren einzelne Stadien nicht immer exakt vollzogen werden, wie zum Beispiel bei automatisierten Handlungen. Hubenschmid betont jedoch, dass auch im Fall von automatisierten Handlungen, also dann wenn der Handelnde nicht mehr über die Durchführung der Handlung nachdenken muss, dieselbe bereits einmal in die oben aufgezeigten Stadien zerlegt wurde (Hubenschmid 1998, S. 86). Der Punkt ist, dass nun davon ausgegangen werden kann, dass sprachlichen Äußerungen eine Vorgeschichte und eine Nachgeschichte vorliegen. Dabei repräsentiert eine sprachliche Äußerung die Geschichte der Handlung bzw. ihr Ausführungsstadium (ebd., S. 87).

In der vorliegenden Arbeit wurde bereits an mehreren Stellen erwähnt, dass ein Politiker mit seiner Rede immer ein bestimmtes Ziel verfolgt. Ist ein politischer Redner gleichzeitig politisch Handelnder, will er mit einem Eingriff in die Welt einen Zustand verändern, beispielsweise eine politische Situation. Dabei dient eine Zustandsveränderung von Seiten des politisch Handelnden dazu, um sich selbst in ein positives Licht zu rücken. Selbstverständlich sind die Zuhörer von sehr großer Bedeutung, da der Politiker, beispielsweise bei Wahlen auf seine Hörer angewiesen ist. Übertragen auf die Vorgeschichte einer Handlung, zieht Hubenschmid folgende Schlüsse: Um die Hörer für sich zu gewinnen, sollte ein Politiker zu Beginn seiner Rede zwischen dem Hörer, der politischen Situation und dem Redeanlass eine Beziehung schaffen. So kann er den Hörer davon überzeugen, dass politische Handlungen in einer bestimmten Situation notwendig sind. Und genau auf diese Weise geht er auf die politisch-gesellschaftliche Vorgeschichte ein (ebd., S. 89). Indem der Politiker beispielsweise auf Lücken im aktuellen politischen System verweist, negative aktuelle Zustände aufzeigt oder sogar Defizite künstlich schafft, entgeht er der Gefahr seine Ausführungen beziehungslos „im Raum stehen“ zu lassen (ebd.). Der politische Redner stellt seine Motivation vor, auf die dann die Zielsetzung folgt, thematisiert inwiefern seine Ziele durchführbar sind und welche Folgen erwartet werden können.

Folglich liegen einer Produktion von Texten wie den politischen Reden handlungstheoretische Prinzipien zugrunde.

Mit Hilfe der in diesem Kapitel aufgeführten Überlegungen, kann nun das Modell einer Handlungsverkettung vorgestellt werden:

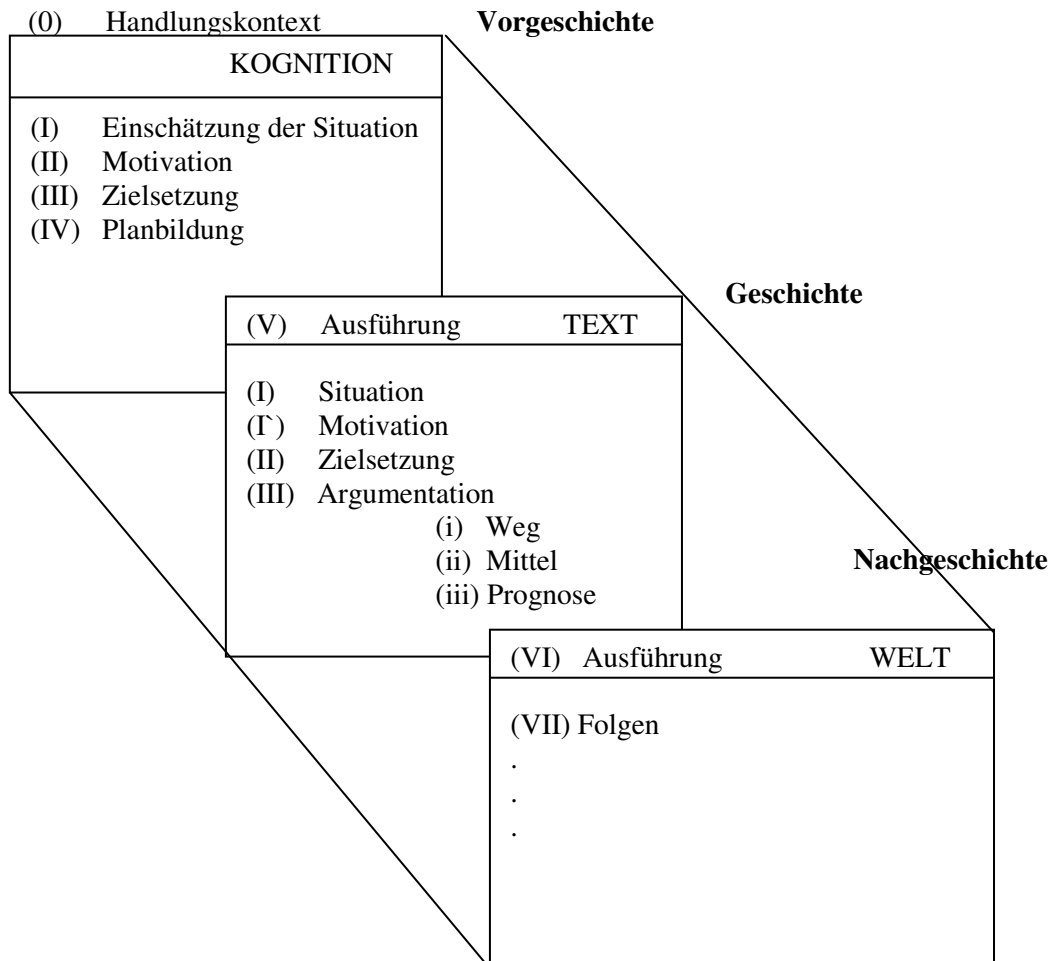


Abbildung 7: Modell einer Handlungsverkettung (Hubenschmid 1998, S. 100).

In dem Modell einer Handlungsverkettung wurden die Stadien *Handlungskontext* und *Einschätzung der Situation* unter dem Begriff *Situation* zusammengefasst, da sie im Text eine Einheit bilden. Die *Planbildung* hingegen ersetzt Hubenschmid mit der *Argumentation* und ihren Sub-Scripts *Weg*, *Mittel* und *Prognose*. An derjenigen Stelle, an der die *Argumentation* endet, kommen die Hörer als Handlungsbeteiligte ins Spiel, das bedeutet, dass *Ausführung* und *Folgen* als textextern gelten (Hubenschmid 1998, S. 99).

Nach Hubenschmid soll die Handlungsverkettung folgendermaßen in einen allgemeinen Text-Script einer politischen Rede umgewandelt werden:

TEXT-SCRIPT POLITISCHE REDE:

„(I) SITUATION:

S geht mit Grund davon aus, dass Z;

S bewertet Z als mangelhaft;

(II) ZIELSETZUNG:

positiv

S zieht Z` mit guten Gründen Z vor bzw.

S will Z`;

S geht davon aus bzw. tut so, dass Z` realisiert werden kann;

negativ

S lehnt Z` mit guten Gründen ab;

S geht davon aus bzw. tut so, dass Z` nicht realisiert werden kann;

(III) ARGUMENTATION

(I) WEG: S geht mit Grund davon aus, dass es eine oder mehrere notwendige und hinreichende Handlungen zur Realisierung von Z` gibt;

S hält eine Handlung des Typs H zur Realisierung von Z` für besonders geeignet;

S geht mit Grund davon aus, dass H zu realisieren ist;

(II) MITTEL: S geht mit Grund davon aus, dass das Mittel M eines von mehreren oder das geeignetste Mittel zur Realisierung von H ist;

S geht mit Grund davon aus, dass M das effizienteste und ökonomischste Mittel zur Ausführung von H ist;

(III) PROGNOSE: S geht mit Grund davon aus bzw. prognostiziert, dass H bestimmte Wirkungen erzielt bzw. Folgen nach sich zieht.“ (Hubenschmid 1998, S. 101- 102).

Das aufgezeigte Text- Script soll nicht bedeuten, dass eine Rede nur ein einziges Mal diese Handlungsstadien durchläuft. Hubenschmid bezeichnet das Text-Script als komplexe Handlungseinheit, welche innerhalb einer Rede öfters als nur ein Mal auftreten kann (Hubenschmid 1998, S 105). Dies wird in Kapitel 6, anhand der Analyse einer politischen Rede von Wojciech Jaruzelski besonders deutlich. Um wie viele Realisierungen des Text- Scripts es sich handelt, ist vom Erreichen des Gesamtziels abhängig. Das heißt, wichtig ist wie viele Teilhandlungen durchlaufen werden müssen um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen. Reden sind folglich Verkettungen mehrerer Handlungsstadien, was den einfachen Fall darstellt, oder aber Verkettungen mehrerer Text-Scripts. Dabei ist die Intention des Sprechers ausschlaggebend, der ein Hauptziel verfolgt, welches er mit Hilfe von Nebenzielen zu erreichen versucht (ebd., S. 106). Das Hauptziel ist als indirektes Ziel zu verstehen, während die Zwischenziele direkte Ziele darstellen. Zusammenfassend führt der Sprecher mehrere Handlungen aus, um die übergeordnete Handlung erfolgreich vollziehen zu können.

Zur Veranschaulichung soll nun ein von Hubenschmid angeführtes Textbeispiel, konkret eine Rede Lenins dienen. Der Originaltext und seine deutsche Übersetzung können im Anhang (Kapitel 8.1) nachgelesen werden.

5.5.1 Beispiel einer Script-Analyse

Mit den ersten beiden Sprechakten (1) und (2) leitet der Sprecher den Handlungskontext ein. Dabei wird die Feststellung (2) sowohl vom Sprecher als auch von einem großen Teil der Zuhörer als negativ eingestuft. Diese negative Konnotation macht einen Teil des Weltwissens des Redners und der Zuhörer aus. Die negative Bewertung ist folglich nicht sprachlich markiert. Lenin umschreibt somit mit (1) und (2) eine *Situation*, einen Zustand, den er als mangelhaft darlegt (S bewertet Z als mangelhaft). Mit der Darstellung der Situation, ist bereits die Basis (= das *Weil-Motiv*) für eine weitere Texthandlung gegeben. Daraus ergibt sich die Motivation für die alternative *Zielsetzung* (= das *Um-zu-Motiv*): „der Wunsch nach der Verwirklichung einer demokratischen Republik“ in (3) (Hubenschmid 1998, S. 104). Mit den Sprechakten (4) und (5) führt Lenin eine neue Situation ein. Dabei greift der Redner einen Nebenaspekt der Eingangssituation wieder auf. Akt (6) eröffnet die Phase der Planbildung bzw.

Argumentation. Dabei stellt der Sprecher den *Weg* zur Umsetzung des Ziels dar: die Fortsetzung und Festigung der Revolution. Bei den Propositionen (7- 10) handelt es sich um die *Mittel* M₁-M₃, mittels denen die Handlung zur Erreichung des Hauptziels Schritt für Schritt vollzogen werden soll. Ab der Hälfte der Proposition (10), hauptsächlich aber ab Sprechakt (11) liegt eine *Prognose* zu möglichen Wirkungen und Folgen der Handlung vor (Hubenschmid 1998, S. 104).

Text-Script:

- „(1-2) Gesamt-Situation
- (3) Zielsetzung
- (4-5) Teil-Situation
- (6-11) Argumentation
 - (6) Weg
 - (7-10) Mittel 1-3
 - (11) Prognose“ (ebd.).

Neben einer Script-Analyse politischer Reden, ist das Thema eines Textes von großer Bedeutung. Doch wie lässt sich das Thema eines Textes herausfinden? Das nächste Kapitel soll Aufschluss darüber geben, wie das Thema überhaupt definiert werden kann und auf welche Art und Weise eine thematische Analyse durchgeführt wird.

5.6 Die thematische Analyse

Der Begriff *Thema* wird in der Textlinguistik nicht genau definiert, es gibt in der Fachliteratur keine allgemein akzeptierte Definition. Umso schwieriger ist es zu erklären, wie man zu einer genauen Themenbestimmung gelangt. Eine Möglichkeit ist, auf bestimmte Merkmale der Textoberfläche zu achten, das bedeutet, dass in einigen Fällen der Autor selbst auf das Thema des Textes hinweist. Dies ist aber nicht immer der Fall und zudem stellt sich die Frage, ob mit Hilfe solcher Hinweise das Gesamtthema des Textes überhaupt geklärt werden kann. Folglich muss es einen anderen Weg geben, das Thema zu

definieren und zu bestimmen. Hubenschmid schlägt folgende Definition vor: „Ein Thema in einer Rede ist ein (vom Sprecher behaupteter) Zustand bzw. Sachverhalt, dessen Mangel behoben werden soll“ (Hubenschmid 1998, S. 112). Danach zeigt der Sprecher zu Beginn seiner Rede einen Mangel auf, in anderen Worten bewertet er eine bestimmte Situation als mangelhaft (siehe Text-Script Politische Rede in Kapitel 5.5: Situation: S geht mit Grund davon aus, dass Z; S bewertet Z als mangelhaft). Der Hörer muss dabei solch einen Mangel nachvollziehen, damit der Kommunikationsakt überhaupt gelingen kann (ebd.). Folglich sind zwei Teilscrippte in diesem Zusammenhang von Bedeutung: die *Situation* und die *Zielsetzung*, mittels der der Mangel behoben wird. Ist aber eines der Teilscrippte nicht erkennbar, so müssen Informationen aus den Mitteln, die zum Handlungsziel führen ermittelt werden, um den mangelhaften Sachverhalt zu erschließen (ebd., S. 113).

Wichtig ist noch an dieser Stelle, dass ein Text nur im einfachsten Fall ein Thema behandelt. In der Regel stehen mehrere Themen nebeneinander oder es existieren zu einem Hauptthema weitere Nebenthemen (ebd., S. 115).

5.6.1 Beispiel einer thematischen Analyse

Zur Veranschaulichung soll nun das Thema desselben Textes, der bereits in 5.5.1 vorgestellt und analysiert wurde, identifiziert werden. Hubenschmid wählt bei seiner Analyse bewusst auf die Formulierung *Proposition*, da

„(...) die betreffenden sprachlichen Einheiten gleichzeitig Träger einer einheitlichen sie zusammenfassenden illokutiven Funktion sind. D.h. die Segmentierung im Redetext entspricht der Unterscheidung in Sprechakte. In Bezug auf die traditionelle Zuordnung von Illokution und Proposition spreche ich daher immer von „einer“ Proposition“ (ebd., S. 116).

Die Bezeichnung *Proposition* soll für die in Kapitel 6 analysierte Rede übernommen werden.

Da in Kapitel 5.6 das Thema als „vom Sprecher behaupteter Zustand bzw. Sachverhalt, dessen Mangel behoben werden soll“ definiert wurde, muss man sich zunächst auf die Beschreibung eines konkreten Zustands oder Sachverhalts und dessen Mangel konzentrieren. Dies lässt sich bereits in Proposition (2) herausfinden. Wie in Kapitel 5.5.1 festgestellt werden konnte, beschreibt Lenin

mit Proposition (2) einen Zustand, an dem er bemängelt, dass die Staatsmacht in den Händen der Kapitalisten bleibt:

[Zustand]

- (2) ... республика такого государственного порядка, когда царя нет,
... eine Republik mit einer Staatsordnung, in der es keinen Zaren gibt,

[Mangel]

- (2) ... но господство остается у капиталистов, управляющих страной посредством старых учреждений,
... wo aber die Herrschaft in den Händen der Kapitalisten bleibt, die das Land mit Hilfe der alten Institutionen regieren... (Hubenschmid 1998, S. 116).

Mit Proposition (3) wird die Behebung des Mangels dargestellt:

[Behebung]

- (3) Мы хотим более демократической республику...
Wir wollen eine demokratische Republik... (ebd.).

Laut Hubenschmid kann Proposition (3) zudem als Argument für Satz (1) bezeichnet werden und folglich lässt sich der zu behebende Mangel wie folgt paraphrasieren: „Der gegenwärtige Stand des Staatsumbaus geht uns nicht weit genug“ (ebd., S. 117). Die thematische Implikatur lautet somit: „*Die Frage des Staatsumbaus muss gelöst werden*“ (ebd.).

Das Teil-Script der politischen Rede zeigt in Kapitel 5.5.1 deutlich, dass Lenin mit den Propositionen (4-5) einen Teil der Eingangssituation wieder aufnimmt. Somit beschreibt er erneut einen Zustand, dem die Darstellung eines Mangels folgt, der behoben werden muss. Mangel und Behebung werden in Proposition (6) benannt.

[Zustand]

- (4-5) свергли царизм (...) очистили столицу от полиции...
haben den Zarismus gestürzt; die Stadt von der Polizei gesäubert...

[Mangel]

- (6) начав революцию...
... nachdem man die Revolution begonnen hat,

[Behebung]

- (6) надо укреплять и продолжать ее
muss man sie festigen und fortsetzen.

[Thematische Implikatur]

Die Revolution muss fortgesetzt werden.

Laut Hubenschmid müssen die Propositionen (7-9), (10) und (11) im Rahmen der Themenanalyse nicht behandelt werden (Hubenschmid 1998, S. 117).

Wie an dem Textbeispiel veranschaulicht werden konnte, ergibt sich das Thema aus den drei Komponenten *Zustand*, *Mangel* und *Behebung* und kann relativ unproblematisch herausgearbeitet werden.

5.7 Die Illokutionsstruktur

Texte dienen nicht ausschließlich einer Weitergabe von Informationen an den Rezipienten, sondern zudem der Interaktion mit dem Adressaten. Der Sprecher überträgt demnach nicht nur Handlungspläne in die Textstruktur, sondern auch illokutionäre Zielsetzungen, um seine externen Ziele zu erreichen. Die illokutionären Ziele sind dabei nicht nur durch die primäre Sprecherintention zu erlangen, es ist wichtig, dass die Intention des Senders erkennbar ist. Dies bedeutet nicht anderes, als dass der Sprecher interaktiv handeln muss (ebd., S. 127 f.). Nur auf diese Weise kann der Hörer eine Äußerung so verstehen, wie sie auch im Sinne des Sprechers gemeint ist. Liegt dieser Fall vor, sind die illokutionären bzw. kommunikativen Ziele erfolgreich. Dabei ist es wichtig, unabhängig von der Art der kommunikativen Wirkung des Senders politischer Reden bei seinen Hörern, den Rezipienten als kommunikativ handelnde Person anzusehen, da mit einer politischen Rede auch instrumentelle, d.h. perlokutionäre Ziele erreicht werden sollen. Der Sprecher muss somit das Handeln am möglichen Handeln des Hörers orientieren und bewusst miteinplanen. Aus diesen Überlegungen ergeben sich folglich zwei Orientierungen von Texten: 1. auf rein instrumentelle Ziele sowie 2. auf die illokutionäre Hörerwirkung bzw. Hörerreaktion (ebd., S. 128).

Infolge dessen besteht die *Tiefenstruktur* einer Rede aus der propositionalen und illokutionären Textebene. Weiter können in ihr folgende drei Ebenen unterschieden werden: „(i) die *Expansion des Text- Scripts* durch Anwendung von Schemawissen (ii) die *thematische Expansion* durch Einbettung von Information

in den Ablauf des Handlungsschemas und (iii) die *illokutionäre* Expansion, die sich in einer Korrelation zum Text- Script befindet, indem der Sprecher mit dem Hörer in Interaktion tritt, um den Erfolg seiner externen Ziele abzusichern“ (Hubenschmid 1998, S. 127 f.).

Der Erfolg der gesamten Texthandlung ist folglich vom Aufbau der illokutionären bzw. kommunikativen Struktur durch den Sprecher abhängig. Soll der Adressat erkennen, welche Ziele der Sprecher zu erreichen versucht, muss auch sichtbar sein, wie er in die Texthandlung eingebunden ist und auf welche Art und Weise er zu einer vom Sprecher verfolgten Zustandsveränderung beisteuern kann. Hubenschmid stützt sich bei der Beschreibung der illokutionären Struktur auf das Forschungsprojekt *Sprache & Pragmatik*, das sowohl die traditionelle Sprechakttheorie als auch die soziologische und psychologische Handlungstheorie vereinigt thematisiert. Ein Text wird dabei als komplexe Sprachhandlung verstanden und den einzelnen Äußerungen der Status elementarer Teilhandlungen zugeschrieben (ebd., S. 129).

Einen wichtigen Begriff im Rahmen der Illokutionsstrukturanalyse stellt zunächst die *pragmatische Verknüpfung* dar. Danach ist im Sinne von *Sprache & Pragmatik* die Kohärenz eines Textes nicht ausschließlich an die grammatische Ebene gebunden. An folgendem Beispiel kann dies näher erklärt werden:

„*Siehst Du den Hammer dort?*

Er liegt auf dem runden Tisch.

Gib ihn doch bitte mal her!“ (ebd.).

In diesem Beispiel wird die Kohärenz nicht allein durch die pronominale Ersetzung von *Hammer* durch *Er* bzw. *ihn* erreicht. Vielmehr spielt hier die Information, welche aus der illokutionären Interpretation der Äußerung erschließbar ist, eine wesentliche Rolle. Da dieses Kohärenzprinzip über die grammatische Ebene hinausreicht, wird es als pragmatische Verknüpfung bezeichnet (ebd.). Das dominierende illokutionäre Ziel des Sprechers ist, dass derselbe den Hammer nicht selbst holen muss. Handelt es sich um eine Situation, in der eine Person beispielsweise ein Bild aufhängen möchte und hierfür aber eine zweite Person braucht, kann diese Situation folgendermaßen beschrieben werden: Der Sprecher versucht zunächst den Hörer auf den Hammer aufmerksam zu machen (*Siehst Du den Hammer dort?*). Mit dem Satz *Er liegt auf dem runden*

Tisch, verhilft der Sprecher dem Hörer bei der Suche, die somit zugleich verkürzt wird. Die pragmatische Voraussetzung für das dominierende illokutionäre Ziel des Sprechers ist dann gegeben, wenn der Hörer den Hammer findet. Dabei dominiert die MITTEILUNG die FRAGE und die AUFFORDERUNG die MITTEILUNG. Die Kenntnis über den Inhalt der Mitteilung stellt die Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufforderungshandlung dar. Bei dem Textbeispiel handelt es sich somit nicht um eine Mitteilungs- oder Fragehandlung, was davon abhängt, wie die Äußerungen aufeinander bezogen sind und wie die situativen Umstände aussehen (Hubenschmid 1998, S. 129 f.). Folglich kann die pragmatische Verknüpfung wie folgt beschrieben werden:

„Der Begriff der pragmatischen Verknüpfung basiert also auf der Analyse von Äußerungsfolgen als Reflex einer Handlungstypen- bzw. Illokutionshierarchie, in der eine Äußerung existiert, die die kommunikative Funktion des ganzen Textes kennzeichnet“ (ebd., S. 130).

Die *dominierende* Illokution ist bei Hubenschmid, der die Autoren Motsch & Viehweger (1981) zitiert (siehe Kapitel 2, S. 16), „diejenige Sprechhandlung, in vorliegendem Beispiel ist es die Aufforderung, die auf die so identifizierte Textfunktion verweist und das Hauptanliegen des Senders ausdrückt“. Diejenigen Äußerungen, die der dominierenden Illokution untergeordnet sind, werden als *subsidiäre* Illokutionen bezeichnet (Hubenschmid 1998, S. 130).

Somit ist festzuhalten, dass die *Interaktionsebene* einer Rede als eine Abfolge von Illokutionen zu verstehen ist, die sich auf eine bestimmte Weise aufeinander beziehen. Die propositionale Ebene ist, wie bereits ersichtlich wurde, als Verkettung von Handlungsstadien zu beschreiben. Einem Sprecher ist es also unmöglich sprachlich zu handeln, ohne dabei Illokutionen zu vollziehen. Hubenschmid sieht dabei die illokutionäre Struktur innerhalb des Textmodells politischer Reden als die elementare Handlungsstruktur und lehnt eine Bezeichnung derselben als primäre Handlungsstruktur ab. Zudem betont er die Einbettung der elementaren Handlungsstruktur in die komplexen Handlungseinheiten des Textscripts (ebd., S. 131).

Ein weiterer zu behandelnder Begriff ist die *Illokutionshierarchie* (ebd., S. 132), mit der der Aufbau von Illokutionsstrukturen beschrieben werden kann. Illokutionsstrukturen setzen sich nämlich aus einem oder mehreren Komplexen zusammen, die in Beziehung zueinander stehen. Jeder der Komplexe umfasst

wiederum eine bestimmte Anzahl an Illokutionen, die in einer hierarchischen Beziehung zueinander stehen. Dieser Komplex wird als Illokutionshierarchie betitelt.

Schema einer Illokutionshierarchie

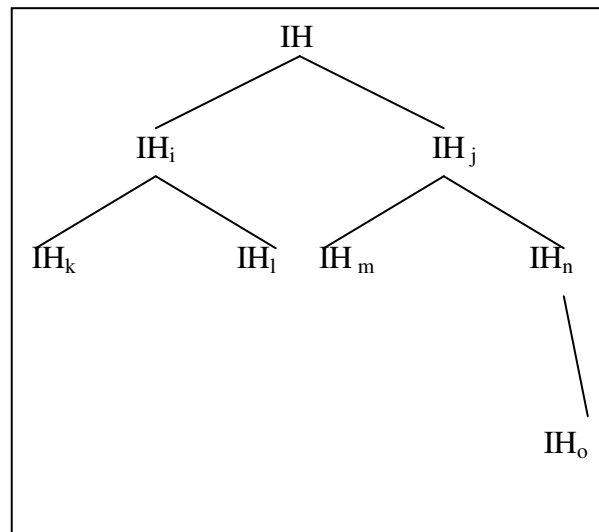


Abbildung 8: Schema einer Illokutionshierarchie (Hubenschmid 1998, S. 133).

An dieser Abbildung ist zu erkennen, dass man es mit einer dominierenden illokutionären Handlung (IH) zu tun hat, der mindestens eine subordinierte illokutionäre Handlung untergeordnet ist, der wiederum weitere illokutionäre Handlungen untergeordnet sind. Illokutionen können folglich in dominierende und stützende illokutionäre Handlungen eingeteilt werden (ebd.). Eine dominierende Sprachhandlung beschreibt die Hauptintention des Sprechers und diese müsste, wie bereits an einer früheren Stelle erwähnt wurde, erkennbar sein. Dabei muss der Sprecher sein illokutionäres Hauptziel durch subsidiäre Handlungen abstützen. In diesem Zusammenhang spricht man von dem sogenannten *Erfolgsprinzip* (ebd., S. 134). Weiter können das externe Handlungsziel und die dominierende Illokution zusammenfallen und zwar genau dann, wenn der Sender keine fremde Hilfe benötigt, um die benannten politischen Ziele umzusetzen. Folglich fallen in so einer Situation die Zielhierarchie und die Illokutionshierarchie zusammen. Das Gegenteil wäre somit der Fall, in dem der Sprecher nicht alleine das externe Hauptziel erreichen kann oder aber will. Genau dann muss die Senderhandlung durch die Adressatenhandlung ersetzt werden.

Voraussetzung dafür ist, dass der Sender eine bestimmte Anzahl an illokutionären Handlungen vollziehen muss, die den Hörer dazu bringen im Sinne des Senders zu handeln. An dem zuvor aufgezeigten Beispiel wäre dies die Erfüllung des Sprecherwunsches des „Hammer-Holens“ (Hubenschmid 1998, S. 135).

Darüber hinaus muss man sich der Frage widmen, wie Illokutionshierarchien bestimmt und abgegrenzt werden können? Dazu schreibt Hubenschmid wie folgt:

„Wenn der referentielle Bezug auf einen „neuen“ Kontext, oder in der Terminologie des Text- Scripts, die Einführung einer neuen „Situation“ die Funktion eines *Grenzsignals* einer „komplexen Handlungseinheit“ (...) einnimmt und damit Beginn und Ende thematischer Teiltexthe markiert, so spricht vieles dafür, dass der Verlauf, d.h. Anfang und Ende des Text- Scripts auch den Umfang und die Strukturierung von Illokutionshierarchien bestimmen“ (ebd., S. 137).

Der Sender vollzieht folglich bestimmte illokutionäre Akte, um sein externes Hauptziel erreichen zu können. Dabei wird die dominierende illokutionäre Handlung von weiteren illokutionären Handlungen gestützt. Je nachdem, ob der Sender fremde Hilfe benötigt oder nicht, kann eine Substitution der Senderhandlung durch die Adressatenhandlung erfolgen. Dennoch ist der Vollzug illokutionärer Akte auch hier erforderlich, um den Adressaten zu einer bestimmten Handlung zu bewegen.

5.8 Satzmodus und Satztyp

Laut Hubenschmid ist der Satz „die häufigste Realisationseinheit von Illokutionen“ (ebd., S. 138). Folglich gilt es zu klären, wie sich Satz und Illokution zueinander verhalten. Dazu dient die Thematisierung des *Satzmodus*, genauer die Beschreibung von *Deklarativsatzmodus*, *Interrogativsatzmodus* und *Imperativsatzmodus*. Hubenschmid stützt sich dabei zunächst auf die Arbeiten von Bierwisch (1979, 1980), Motsch & Pasch (1987), Motsch (1987) (siehe Kapitel 2, S. 16) und Pasch²¹ (ebd., S. 143). Über die verschiedenen Satzmodi können

²¹ Pasch, R.: 1990a, Satzmodus- Versuch einer Begriffsbestimmung. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung (ZPSK) 43/6. S. 810-822.

Pasch, R.: 1991, Satzmodus und explizite Performativität von Satzäußerungen. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung (ZPSK). 44/5. S. 568-584.

Pasch, R.: 1990b, Satzmodus als Grundlage illokutiver Funktionen. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung (ZSPK) 43/6. S. 810-822.

bestimmte Einstellungen vom Sprecher zum propositionalen Gehalt einer Äußerung aufgezeigt werden. Dies wird wie folgt dargestellt:

Mit dem Deklarativsatzmodus *Glauben* (sp, p), glaubt der Sprecher sp an die Existenz eines Sachverhalts, die er durch die Proposition p beschreibt. Mit dem Interrogativsatzmodus „möchte der Sprecher im Sinne einer Ergänzungs- oder einer Entscheidungsfrage etwas wissen, was er durch p' sprachlich formuliert hat“ (ebd., S. 144): $Wollen (sp, Wissen (sp, p')) \wedge Glauben (sp, Wissen (hr, p')) \wedge Wollen (sp, Sagen (hr, p'))$. Mit dem Imperativsatzmodus will der Sprecher den Hörer dazu bringen, den Sachverhalt, der durch p beschrieben wird, auszuführen oder zu unterlassen: $Wollen (sp, Tun (hr, p))$. Mit der Beschreibung der drei Satzmodi können nun unterschiedliche Arten illokutionärer Ziele hinzugefügt werden: Mit dem Deklarativsatzmodus soll der Hörer glauben, dass p . Das illokutionäre Ziel beim Interrogativsatzmodus ist $sagen (hr, p')$. p' ist dabei das „durch die Fragehandlung spezifiziertes Nicht-Wissen“. Im letzten Fall, sprich mit dem Imperativsatzmodus, will der Sprecher den Hörer zur Ausführung der durch p spezifizierten Handlung bewegen (Hubenschmid 1998, S. 143).

Diese Theorie wird allerdings von Hubenschmid kritisiert, indem er es als problematisch ansieht, dass die illokutionären Grundtypen in einem 1:1 Verhältnis von den Einstellungen abgeleitet sind. Da er Grammatik und Pragmatik als eigenständige Systeme auffasst, „(...) lassen sich nicht Prinzipien und Merkmale des einen Systems auf diejenigen des anderen reduzieren oder aus ihm ableiten“ (ebd., S. 144). So muss der Ausdruck von Sprechereinstellungen nicht auf der Ebene der Satzmodi, sondern mit der Realisierung von Illokutionen zur Sprache kommen. Damit stellt Hubenschmid einen weiteren Ansatz vor und stützt sich dabei auf Brandt & Rosengren & Zimmermann 1990²², Brandt & Al. 1992 Rehbock 1992a/1992b (siehe Kapitel 2, S. 16), und Rosengren 1992a/1992b²³, mit dem der Satzmodus als Satztypbedeutung mit der Funktion der Referenztypspezifizierung identifiziert wird. Der Sprecher bezieht mit dieser Art der Referenz propositional repräsentierte Sachverhalte auf die Diskurswelt (Hubenschmid 1998, S. 144). Danach drückt der Deklarativsatz aus, „dass ein

²² Brandt, M. & Rosengren, I. & Zimmermann, I.: 1990, Satzmodus, Modalität und Performativität. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung (ZPSK) 43/1. S. 120-149.

²³ Rosengren, I.: 1992a, Zur Grammatik und Pragmatik des Imperativsatzes. Mit einem Anhang: Zum sogenannten Wunschatz. In: Sprache und Pragmatik 28. S. 1-57

Rosengren, I.: 1992b, Imperativsatz und Wunschsatz – zu ihrer Grammatik und Pragmatik. In: Rosengren, I. (hg.): Satz und Illokution. Band 2 (Linguistische Arbeiten 279). Tübingen. S. 1-48.

Sachverhalt besteht, der Entscheidungs-Interrogativsatz (= E-Interrogativsatz), dass es offen ist, ob er besteht, der Ergänzungsinterrogativsatz (= w-Interrogativsatz), dass es offen ist, von welchem x aus einer Klasse von x die Rede ist, der Imperativsatz, dass ein Sachverhalt möglich oder notwendig ist“ (Hubenschmid 1998, S.144 ff.). Die Bedeutung eines Satzes, die an den Satztyp gebunden ist, wird nun als Satzmodus verstanden. An dieser Stelle ist jedoch noch nicht vom Vollzug bestimmter Illokutionen die Rede, sondern lediglich von der Breite des Illokutionspotentials eines Satztyps. Somit zeigen die Merkmale des Satztyps dem Rezipienten einer Äußerung, auf welche Art und Weise er sich den Sachverhalt im Bezug auf die „Welt“ vorzustellen hat (ebd., S. 145).

Neben dem Satzmodus, als Unterscheidungskriterium der Satztypen, steht zudem die syntaktische Markiertheit. Der Interrogativsatz ist durch das einleitende Fragewort, durch Fragepartikeln und der Imperativsatz durch den Verbmodus positiv markiert. Der Deklarativsatz ist hingegen nur schwer zu identifizieren, da spezifische Merkmale fehlen, die dies zulassen könnten. Auch auf semantischer Ebene erscheint dies problematisch zu sein, weil die Bedeutung eines Deklarativsatzes „(...) Teilbedeutung jeden anderen Satztyps ist“ (ebd., S. 146). Folglich gilt dieser Satztyp als unmarkiert.

Laut Hubenschmid reicht es, sich für eine Unterscheidung der Satztypen, mit den oberflächlichenstrukturellen Eigenschaften wie Fragewörtern, Partikeln und dem Verbmodus auseinanderzusetzen (ebd., S. 148).

Nun gilt es noch zu klären, wie illokutionäre Grundtypen beschrieben werden können.

5.9 Illokutionäre Grundtypen

In der Fachliteratur gibt es bislang keine einheitliche Definition illokutionärer Grundtypen, dafür aber mehrere Ansätze, die sich der Analyse von Illokutionstypen widmen (ebd., S. 149). Hubenschmid stützt sich auf eine Beschreibung von Brandt & Al (1992), die er jedoch für die Zwecke seiner Analyse einer politischen Rede modifiziert, so dass der Autor folgende Tabelle vorstellt:

Grundtypen	Sprechereinstellung
Deklaration	–
Ausdruckshandlung	emotiv/evaluativ
Darstellungshandlung	epistemisch/doxastisch
Regulierungshandlung	voluntativ/intentional

Abbildung 9: Illokutionäre Grundtypen (Hubenschmid 1998, S. 151).

Wie an der Abbildung deutlich wird, ist die Rede von vier Grundtypen: (1) *Deklaration*, (2) *Ausdruckshandlung*, (3) *Darstellungshandlung* und (4) *Regulierungshandlung*. Die Sprechereinstellungen sind mit einem Illokutionstyp explizit oder implikativ verbunden (Hubenschmid 1998, S. 151). Brandt & Al führen den Oberbegriff *Handlungserklärungen* für alle vier Illokutionstypen ein, die das Merkmal der Einklagbarkeit teilen. Das Gegenstück zu Handlungserklärungen bilden *Bekundungen* in dem Sinne, dass sie nicht einklagbar sind. Mit anderen Worten kann der Adressat einer Äußerung die Handlung nicht zurückweisen oder akzeptieren (ebd., S. 150 f.). Außerdem werden Sprechereinstellungen im Fall von Einstellungsbekundungen lexikalisch ausgedrückt, mit Handlungserklärungen nicht. Hubenschmid kritisiert Brandt & Al und erklärt, dass sich der Sprecher bei einer Bekundung nicht damit rechtfertigen kann er habe seine eigene Überzeugung geäußert und nichts behauptet. Aus diesem Grund sieht er Einstellungsbekundungen nicht als die zu Handlungserklärungen komplementär stehende Oberklasse, sondern „nur“ als Vollzugsform von Illokutionen an (ebd., S. 151).

Jedem Satztyp (vgl. Kapitel 5.8) und deren illokutionären Grundtypen können bestimmte Illokutionspotentiale zugeschrieben werden. Dabei stehen die Satztypen und die denen entsprechenden illokutionären Grundtypen nicht in einem 1:1 Verhältnis, sondern in Standardbeziehungen. Zudem gilt eine unmittelbare Realisierung von Illokutionen über den Satztyp und nicht die Beschreibung der Illokutionen als Uminterpretationen des jeweiligen illokutionären Grundtyps (ebd., S. 152).

Folgende Abbildung zeigt die illokutionären Grundtypen, deren Subtypen und die drei Satztypen auf:

Illokutionstypen			D E K L A R A T I V S A T Z
<i>Grundtyp</i>	<i>Typ</i>	<i>Subtyp</i>	
Deklaration	Deklarativa	Erklärung	
Ausdrucks- handlung	Expressiva	Danken Gratulieren Loben Bedauern Spotten Tadeln Klagen Schimpfen	
Darstellungs- handlung	Assertiva	These Vermutung Behauptung Feststellung Mitteilung Voraussage	
	Quaestiva	w-Frage E-Frage Echo-Frage rhetor. Frage	
Regulierungs- handlung	Direktiva	Drohung Warnung Erlaubnis Bitte Vorschlag Rat Wunsch Forderung Aufforderung Befehl	I N T E R R O G A T I V S A T Z
	Kommissiva	Ankündigung Versprechen	
			I M P E R A T I V S A T Z

Abbildung 10: Illokutionstypen (Hubenschmid 1998, S. 156).

Deklarationen (Erklärungen) sind einstellungsfreie, konstitutive Äußerungen. *Expressiva* sind Deklarativsätze, die explizit eine affektiv-emotionale Einstellung des Sprechers ausdrücken. *Assertiva* drücken Sprechereinstellungen, wie Behaupten, Vermuten etc. aus. Zur näheren Definierung dient Seite 102 dieses Kapitels. *Quaestiva* sind erotetische Äußerungen, die Sprechereinstellungen, wie Infragestellungen ausdrücken. *Direktive Äußerungen* drücken beispielsweise Warnungen, Wünsche oder Befehle aus und *Kommissiva* dienen dem Ausdruck von Ankündigungen und Versprechen. Im Falle von Direktiva will der Sprecher den Hörer auf die zukünftige Ausführung einer Handlung verpflichten, während bei Kommissiva der Sprecher selbst eine zukünftige Handlung ausführen soll.

Widmet man sich nun den in der Abbildung dargestellten Satztypen wird folgendes deutlich:

Der Deklarativsatz, der in Texten generell am häufigsten erscheint, hat das größte Illokutionspotential. Ihm können alle Illokutionstypen zugeschrieben werden. Dem Interrogativsatz werden hingegen „nur“ verschiedene Fragetypen und bestimmte Subtypen von Regulierungshandlungen zugeordnet. Der Imperativsatz hat sogar das kleinste Illokutionspotential: ausschließlich die Direktiva, ein Subtyp der Regulierungshandlungen. Eine solch relativ einfache Zuordnung von Illokutionstypen, ist daher im Fall des Deklarativsatzes nicht gegeben.

Über die Abbildung hinaus, müssen zudem weitere Charaktereigenschaften der drei Satztypen und der illokutionären Typen vorgestellt werden, um eine erfolgreiche Illokutionsanalyse durchführen zu können. Hubenschmid stützt sich auf Rehbock (1992) und macht deutlich, dass im Bezug auf die Sachverhaltsreferenz, der Interrogativsatzmodus mit der *Wort-Welt-Ausrichtung* zu verbinden ist. Damit ist der „(...) Bezug auf eine vergangene, gegenwärtige oder zukünftig existierende Weltgegebenheit, um diese deskriptiv zu repräsentieren“ gemeint (Hubenschmid 1998, S. 153). Beim Imperativsatzmodus handelt es sich um die *Welt-Wort-Ausrichtung*, sprich um den „(...) Bezug auf einen Sachverhalt, dem sich die Welt anzupassen hat (...)“ (ebd.). Dem Deklarativsatzmodus entsprechen jedoch beide Sachverhaltsreferenzen (Rehbock 1992, S. 103), die als *konstativer* bzw. *konstitutiver Referenzmodus* verstanden werden. Zu einer Unterscheidung beider Begriffe dient das Kriterium der *Illokutionsabhängigkeit* bzw. *Illokutionsunabhängigkeit* (Hubenschmid 1998, S. 153). Wenn der Sprecher auf einen Sachverhalt als illokutionsunabhängig

gegeben referiert, liegt eine *Assertion* vor, d.h. eine wahrheitsfähige Äußerung. Das Unterscheidungskriterium der Subklassen der Assertion, ist die Glaubenseinstellung. Danach können fünf Subtypen definiert werden:

1. *Thesen*: Ihr Merkmal ist die negierte Sprechereinstellung [-GLAUBT], während die meisten Assertiva, wie *Vermuten, Annehmen, Hoffen, Glauben, Überzeugt sein* usw. doxastische Einstellungen [+GLAUBT] ausdrücken (Rehbock 1992, S. 123).
2. *Vermutungen*: Sachverhalte werden „(...) als faktisch unter Vorbehalt gesetzt und mit reduziertem Wahrheitsanspruch vertreten“ (Hubenschmid 1998, S. 154).
3. *Behauptungen*: Mit Behauptungen drückt der Sprecher Sachverhalte aus, die im Hinblick auf ihre Existenz bezweifelt werden können oder aber für die der Adressat zu einer anderen Beschreibung tendiert (Rehbock 1992, S. 124). Der Sprecher zeigt mit einer Behauptung, dass er selbst den Wahrheitsanspruch seiner Aussage als strittig einstuft.
4. *Feststellungen*: Mit ihnen fixiert der Sprecher „(...) latent vorhandenes gemeinsames Wissen in der Diskurswelt (...)“ oder gibt Informationen einfach weiter, er teilt somit etwas mit (Hubenschmid 1998, S. 154/ Rehbock 1992, S. 124).
5. *Mitteilungen*: Sie sind als Assertiva ohne Vorbehalt zu verstehen. Mit Mitteilungen soll eine kognitive Lücke beim Adressaten geschlossen werden (Rehbock 1992, S. 124).

Des Weiteren ist es für die Identifizierung von Deklarativsätzen wichtig zu verdeutlichen, wann konstative Äußerungen illokutiv als Bekundungen zu lesen sind. Demnach sind laut Rehbock die Voraussetzungen für eine Erkennung von Bekundungen:

- „1. Die (Matrix-) Proposition muss präsentisch eine Emotion/Einstellung über ein Sprecher-Ich präzisieren;
2. in der Äußerungsbedeutung muss der referentielle Bezug auf den momentanen (aktsimultanen) psychischen Zustand (MPZ) des Sprechers gesichert sein;

3. der aus 1. und 2. via Implikatur zu erschließenden Sprecherintention, mittels der Äußerung den MPZ zu indizieren, dürfen keine Merkmale der Äußerung oder der Situation widersprechen“ (Rehbock 1992, S. 117/ Hubenschmid 1998., S. 154 f.).

War bis zu dieser Stelle vom konstativen Referenzmodus die Rede, ist bezüglich des konstitutiven Referenzmodus eine Unterscheidung zwischen *resultativem* und *explizit performativem* Deklarativsatzgebrauch zu tätigen. Danach spricht man vom erst genannten Gebrauch, wenn der Sachverhalt, der vom Sprecher als Fakt festgesetzt wird, „(...) eine (kausal) nachzeitige Wirkung der mit der Äußerung vollzogenen Illokution ist“ (Hubenschmid 1998, S. 155). Damit sind die drei Typen *Deklarativa*, *Kommissiva* und *Direktiva* gemeint. „Bei explizit performativem Gebrauch liegt hingegen streng gleichzeitige Referenz auf die zum gegebenen Zeitpunkt geäußerte Illokution vor, so dass die Äußerung als genau diejenige Illokution interpretiert wird, auf die der performative Ausdruck referiert“ (ebd.). Darunter sind alle Illokutionen zu verstehen. Anhand einer Tabelle können das soeben Beschriebene und weitere Zuordnungen veranschaulicht werden:

Rhetischer Modus				
	<i>konstativ</i>		<i>konstitutiv</i>	
	-bekund	+bekund	resultativ	performativ
<i>Illokutionstypen</i>				
Assertiva	•	•	-	•
Quaestiva	(•)	•	-	•
Expressiva	-	•	-	•
Kommissiva	-	•	•	•
Direktiva	-	•	•	•
Deklarativa	-	-	•	•
<i>Zeitstufen</i>	alle	gleichzeitig	nachzeitig	streng gleichzeitig

Abbildung 11: „Rhetischer Modus“ (Hubenschmid 1998, S. 157).

Folglich können konstative Äußerung als Assertionen oder Bekundungen gelesen werden. Dabei sind Assertiva an keine Zeitstufe gebunden. Bekundungen können in die Illokutionsklassen der Assertiva, Quaestiva, Expressiva, Kommissiva und Direktiva eingeordnet werden und sind an die Zeitstufe „gleichzeitig“ gebunden. Konstitutive Äußerungen können als performative Äußerungen allen Illokutionstypen, als resultative Äußerungen den Kommissiva, Direktiva und Deklarativa zugeschrieben werden.

Im folgenden Kapitel soll nun ein Beispiel einer Illokutionsanalyse vorgestellt werden. Dazu dient erneut die Rede Lenins, die bereits in Kapitel 5.5.1 einer Scriptanalyse und in Kapitel 5.6.1 der Themenanalyse unterzogen wurde.

5.10 Beispiel einer Illokutionsanalyse

Bei der Illokutionsanalyse muss nun Schritt für Schritt vorgegangen werden:

1. So gilt es zunächst herauszufinden, ob der Sachverhalt, auf den sich die Äußerung bezieht *illokutionsunabhängig* oder *illokutionsabhängig* gegeben ist. Demnach sind zwei unterschiedliche Fälle möglich:

- 1.1 Ist Illokutionsunabhängigkeit gegeben und handelt es sich um einen Deklarativsatz, so liegt eine *konstative* Äußerung vor. Folglich muss im nächsten Schritt untersucht werden, ob es sich um eine Assertion oder eine Bekundung handelt. Eine Bekundung ist es dann, wenn die Äußerung Modalwörter beinhaltet mit denen der Sprecher seine Einstellung (MPZ) explizit ausdrückt und bei strenger gleichzeitiger Referenz auf den Sachverhalt (Hubenschmid 1998, S. 158).

- 1.2 Bei Illokutionsabhängigkeit liegt *konstitutiver* Referenzmodus vor. Im nächsten Schritt gilt es zu klären, ob die vorliegende Illokution eine *resultative* („sie sind fristlos entlassen“) oder *performative* Wirkung hat („ich entlasse sie hiermit fristlos“) (ebd.). Im ersten Fall werden somit Assertiva, Quaestiva und Expressiva ausgeschlossen, im zweiten Fall „richtet sich die illokutionäre Interpretation nach dem performativen Verb“ (ebd., S. 159).

Übertragen auf das Textbeispiel, kann folgendes veranschaulicht werden: Mit Sprechakt (1) liegt ein Deklarativsatz vor. Zunächst muss also deutlich werden, ob sich Lenin mit (1) auf die „Frage der Staatsordnung“ als illokutionsunabhängig gegebenen Sachverhalt bezieht oder nicht. Falls dies der Fall ist, handelt es sich um eine Assertion (FESTSTELLUNG/MITTEILUNG) einer bereits bekannten Tatsache. Das Gegenteil, sprich Illokutionsabhängigkeit ist dann gegeben, wenn der vorliegende Sachverhalt erst „jetzt“, zum Redezeitpunkt, vom Sprecher als zu behandelndes Thema eingeführt wird. Somit würde es sich um eine Deklaration (ERKLÄRUNG) handeln, mit der Lenin neue Tatsachen schafft. (Hubenschmid 1998, S. 159 f.). Da auch der performative Charakter der Äußerung keine der beiden Interpretationsmöglichkeiten ausschließt, da sowohl Deklarativa, als auch Assertiva performativ vollzogen werden können und der pragmatischer Rahmen der Rede Lenins nicht vollständig festgestellt werden kann, muss Sprechakt (1) als Feststellung/Mitteilung oder als Erklärung verstanden werden. Der Inhalt von Sprechakt (2) ist als illokutionsunabhängig einzustufen. Der Sprecher geht davon aus, dass der Inhalt der Äußerung den Hörern bekannt ist. Folglich handelt es sich um eine Assertion, genauer um eine FESTSTELLUNG oder BEHAUPTUNG (ebd., S. 160). Im Fall von Sprechakt (3) geht Hubenschmid davon aus, dass es eher unwahrscheinlich ist, dass Lenin „die Standpunkte und Ziele seiner Partei generell als schon bekannt antizipiert“ (ebd.). Folglich liegt hier eine konstitutive und zudem performative Interpretation nahe und somit ein WUNSCH oder sogar eine politische FORDERUNG vor. An dieser Stelle kann folgendes beobachtet werden: Zieht man die Script-Ebene und die thematische Ebene hinzu, wird deutlich, dass die illokutionäre Interpretation mit der *Gesamt-Situation*, der *Zielsetzung*, sowie auch mit dem Gesamtthema der Rede „Die Frage des Staatsumbaus muss gelöst werden“ zusammenfallen. Somit liegen, wie in Kapitel 5.7 verdeutlicht wurde, die Grenzschnale einer Illokutionshierarchie vor: „Beginn und Ende eines Text-Scripts bzw. Beginn und Ende eines Themas“ (ebd.). Zudem ist genau erkennbar, dass Lenin in Proposition (3) (= Zielsetzung) seine Zuhörer nicht mit einbindet, was dazu führt, dass die externe und illokutionäre Zielhierarchie zusammenfallen. So ist die dominierende Zielsetzung die FORDERUNG nach einer demokratischen Republik, auf die sich die FESTSTELLUNG (Proposition 2) und die FESTSTELLUNG/ERKLÄRUNG

(Proposition 1) *subsidiär* beziehen. Erst die Feststellung und die Feststellung/Erklärung motivieren den Vollzug der Forderung (Hubenschmid 1998, S. 160). Da mit Proposition (4) eine neue Teil-Situation beginnt, wird auch eine neue Illokutionshierarchie eingeführt. Bei Sprechakt (4) handelt es sich um eine FESTSTELLUNG, da Lenin auf den Sachverhalt als illokutionsunabhängig referiert, spricht den Sachverhalt als bekannt voraussetzt. Proposition (5) kann als BEHAUPTUNG identifiziert werden, während Sprechakt (6) eine FESTSTELLUNG darstellt. Hubenschmid geht an dieser Stelle einen Schritt weiter und interpretiert Proposition (6) als FORDERUNG/MAHNUNG um. Bei Sprechakt (7) handelt es sich um eine performative AUFFORDERUNG, die illokutionsabhängig auf die Diskurswelt bezogen ist. Die Sprechakte (8-10) stehen in einem subsidiären Bezug zu der Aufforderung (7) und liegen als FORDERUNGEN vor. (ebd., S. 161). Bei Sprechakt (11) handelt es sich um den Vollzug einer Assertion über ein zukünftiges Ereignis und somit um eine VORAUSSAGE. Dabei tritt das Ereignis offensichtlich als unabhängig von der Sprecherillokution ein. Proposition (11) kann nicht als KOMMISSIVA (Versprechen/Ankündigung) gelesen werden, da der Äußerung die „Selbstbezüglichkeit fehlt bzw. nicht kausal an die aktuelle Sprachhandlung geknüpft“ ist (ebd.).

Nun muss noch die Illokutionshierarchie veranschaulicht werden. Im Gegensatz zu den Sprechakten (1-3), findet sich hier bzgl. des externen Ziels (Fortsetzung und Festigung der Revolution) und des übergeordneten kommunikativen Ziels (Aufforderung: „Lasst die Polizei nicht wiedererstehen“) keine Übereinstimmung. Dies liegt daran, dass der Hörer in Sprechakt (7) explizit in die externe Handlung eingebunden werden sollen. Die AUFFORDERUNG (7) stellt dabei die dominierende Illokution dar, da ihr Erfolg als Voraussetzung für die Realisierung des externen Ziels verstanden werden muss (ebd., S. 162).

Hubenschmid fasst all diese Überlegungen in einer Tabelle zusammen:

Illokutionshierarchie

1	Fest > Erkl	↓
2	Fest	↓
3	Ford	•
4	Fest	↓
5	Beh	↓
6	Fest > Ford	↙
7	Auf	•
8	Ford	↑
9	Ford	↑
10	Ford	↑
11	Beh > Vor	↗

- dominierende Illokution
- ↙ subdominierende Illokution
- ↑↓ subsidiäre Illokution
- ↗↘ Komplementäre Illokution
- > direkte Interpretation > indirekte Deutung

Abbildung 12: Illokutionshierarchie (Hubenschmid 1998, S. 162).

Da die Forderung (3) nach einer demokratischen Republik die Voraussetzung für die Aufforderung (7) darstellt, befindet sich Sprechakt (3) in einer subsidiären Relation zu Sprechakt (7) bzw. zur zweiten Illokutionshierarchie. Folglich kann die illokutionäre Makrostruktur wie folgt veranschaulicht werden:

Illokutionäre Makrostruktur

3	Ford	↓
7	Auf	•

Abbildung 13: Illokutionäre Makrostruktur (Hubenschmid 1998, S. 163).

6 Die Analyse einer politischen Rede

Anhand einer politischen Rede von Wojciech Jaruzelski soll in diesem Kapitel, gestützt auf den Analysemethoden von Markus Hubenschmid, der Versuch unternommen werden einen politischen Text aus der Phase der Volksrepublik Polen zu analysieren. Dabei handelt es sich um ein Beispiel aus der Zeit der Nowo-mowa, die als Propagandasprache der Volksrepublik Polen bezeichnet werden kann. Dennoch soll nicht die vollständige Rede für die Analyse zur Verfügung stehen, sondern ausschließlich ein erster großer Teil, da dies ausreicht, um die in den letzten Kapiteln dargestellten theoretischen Überlegungen in die Praxis umzusetzen. Mit dieser Analyse soll gezeigt werden, ob sich das Analysemodell nach Hubenschmid auch auf polnischsprachige politische Texte anwenden lässt und inwieweit es möglich ist damit einen komplexeren Text, im Vergleich zu dem in den Kapiteln 5.5.1, 5.6.1 und 5.10 untersuchten Lenin-Text, zu analysieren. Außerdem wird sich herausstellen, ob und auf welche Schwierigkeiten der Forscher bei einer solchen Analyse stoßen kann.

Die Wahl auf diese Rundfunk- und Fernsehansprache vom 13. Dezember 1981 fällt aus einem bestimmten Grund. Sie gilt als eine der wichtigsten politischen Reden aus der Phase der Volksrepublik Polen, mit der gleichzeitig der Kriegszustand im Land ausgerufen wurde. Aufgrund von zahlreichen Streiks und Proteste gegen die Regierung herrschten im Land gewaltige Unruhen. Der damalige General und Staatschef Wojciech Jaruzelski rief daraufhin den Kriegszustand aus, um mit dem Militär Macht und Kontrolle über Land und Leute wiederzuerlangen. Jaruzelskis Sprache stellt dabei ein für die Propagandasprache der Volksrepublik Polen typisches Beispiel dar.

Im Laufe des vorliegenden Kapitels wird deutlich, dass die gesamte Rede in sieben Teiltexte eingeteilt werden kann. So soll zunächst zu jedem einzelnen Teiltext eine Script- und thematische Analyse erfolgen, bis letztendlich anhand von ausgewählten Propositionen eine Illokutionsanalyse unternommen wird. Die Rede sowie auch eine deutsche Übersetzung können im Anhang (8.2) nachgelesen werden.

Script-Analyse:

Eingeleitet wird die Rede durch eine ausführliche Beschreibung der aktuellen politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage in Polen und deren negative Bewertung durch den Sprecher. Die Propositionen (1-36) stellen somit die Gesamt-Situation dar. Jaruzelski bringt damit Gegner des Staates, die schlechte wirtschaftliche Lage, Betrüger aus dem wirtschaftlichen Sektor, die schlechten Lebensbedingungen der Polen und zum Schluss die Versuche der Regierung, die er zum einen Teil als überdurchschnittlich gut und zum anderen auch als negativ bewertet zur Sprache. Zum Beispiel:

(3) Ojczyzna nasza znalazła się nad przepaścią. (5) Struktury państwa przestają działać. (6) Gasnącej gospodarce zadawane są codziennie nowe ciosy. (7) Warunki życia przytłaczają ludzi coraz większym ciężarem. (10) Strajki, gotowość strajkowa, akcje protestacyjne stały się normą. (16) Rosną milionowe fortuny rekinów podziemia gospodarczego. (25) Nie obeszło się bez potknięć. (30) Nie można odmówić nam dobrej woli, umiaru, cierpliwości. (31) Czasem było jej może aż zbyt wiele, usw.

Auf die Gesamt-Situation der Rede bezieht sich der Sprecher mehrere Male wie im Laufe der Analyse deutlich wird.

Im nächsten Abschnitt (37-41), der als Teil-Situation I bezeichnet werden soll, kommt die Konterrevolution *Solidarność* zur Sprache, die der Redner einer mangelhaften Bewertung unterzieht. Dabei greift Jaruzelski einen Punkt aus der Gesamt-Situation: „die Gegner des Staates“ wieder auf. Zum Beispiel:

(38) Słowa wypowiedziane w Radomiu, obrady w Gdańsku odsłoniły bez reszty prawdziwe zamiary jej przywódczych kręgów. (39) Zamiary te potwierdza w skali masowej codzienna praktyka, narastająca agresywność ekstremistów, jawne dążenie do całkowitego rozbioru socjalistycznej polskiej państwowości, usw.

Teil-Situation I ist außerdem zwischen der Gesamt-Situation und dem Gesamt-Ziel der Rede eingebettet. Die nächsten Zeilen beziehen sich folglich auf die Gesamt-Situation:

Proposition (44) kann als indirekte Zielsetzung der Gesamtsituation interpretiert werden, wobei die Propositionen (42-43) als Spezifikation von (44) zu verstehen sind bzw. als Einleitung für die Zielsetzung in (44). Mit Proposition (45) bezieht

sich Jaruzelski auf die Gesamt-Situation, indem er vor den möglichen Folgen der aktuellen Situation im Land warnt: (45) *Dalsze trwanie obecnego stanu prowadziłoby nieuchronnie do katastrofy, do zupełnego chaosu, do nędzy i głodu*. Darüber hinaus stellt Jaruzelski mit Proposition (45) eine Prognose dar, im Sinne von: Der Sprecher geht davon aus, dass der aktuelle Zustand bzw. das Unterlassen einer bestimmten Handlung negative Folgen nach sich ziehen. Dies gilt auch für die Propositionen (46-48), so dass (45-48) als Sub-Script *Prognose* identifiziert werden können. Dabei beziehen sich die Propositionen (45-48) aufeinander und haben zusammengefasst ein und dieselbe Aussage: „Das Unterlassen einer Zustandsveränderung führt zur Katastrophe“.

Die folgende Proposition (49) *Trzeba powiedzieć: dość!* bezieht sich auf die Gesamt-Situation des Textes und stellt eine Konkretisierung der Gesamt-Zielsetzung dar. Die Propositionen (50-55) fasse ich unter einem Mittel zusammen, da sie dieselbe Aussage beinhalten:

(50) *Trzeba zapobiec, zagrozić drogę konfrontacji, którą zapowiedzieli otwarcie przywódcy „Solidarności”, sowie (53) Nie wolno, nie mamy prawa dopuścić, aby zapowiedziane demonstracje stały się iskrą, od której zapłonąć może cały kraj, (54) Instynkt samozachowawczy narodu musi dojść do głosu und (55) Awanturnikom trzeba skrepować ręce, zanim wtrącą ojczyznę w otchłań bratobójczej walki.*

Zum anderen stellen die Propositionen (51-55) eine Spezifikation bzw. Begründung für die Wahl des Mittels „Stoppen der Handlungen der Solidarność“ dar.

Zusammengefasst beziehen sich die Propositionen (50-55) auf die Gesamt-Zielsetzung, die besagt, dass „es genug ist“. Zum anderen stellen sie einen Bezug auf die Teil-Situation I dar. Da Teil-Situation I eine Wiederaufnahme eines Punktes der Gesamt-Situation darstellt, interpretiere ich die Propositionen (50-55) als ein Mittel zur Durchsetzung des dominierenden Ziels.

Text-Script:

GESAMTTHEMA: DIE SCHLECHTE POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE LAGE IN POLEN MUSS BEENDET WERDEN.

(1-36) Gesamt-Situation

TEILTHEMA I: DIE GEGENÜBER DER REGIERUNG AGGRESSIV
HANDELNDE SOLIDARNOŚĆ WILL KEINE ÜBEREINKUNFT.

(37-41) Teil-Situation I (Wiederaufnahme eines Teils der Gesamt-Situation)

(42-44) Gesamt-Zielsetzung (implizit) + Spezifikation

(45-48) Argumentation = Prognose

(49) Gesamt-Zielsetzung (Konkretisierung)

(50-55) Argumentation = Mittel + Spezifikation

Thematische Analyse:

Das Thema dieses Textabschnitts ergibt sich, wie in Kapitel 5.6 verdeutlicht wurde, aus den drei Komponenten *Zustand*, *Mangel* und *Behebung* des Mangels. Jaruzelski bemängelt mit der Darstellung der Gesamt-Situation die politisch-gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in Polen. Die Behebung des Mangels fällt mit der Gesamt-Zielsetzung in (49): *Trzeba powiedzieć: dość!* zusammen, so dass das Gesamt-Thema wie folgt formuliert werden kann: *Die schlechte politisch-gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in Polen muss beendet werden.* Jetzt gilt es nur noch das Thema des Teiltexes I zu analysieren. Da sich keine Zielsetzung finden lässt, muss das Thema aus den Komponenten Zustand und Mangel formuliert werden. Da Jaruzelski die Bewegung der Solidarność als aggressiv bewertet: (39) *Zamiary te potwierdza w skali masowej codzienna praktyka, narastająca agresywność ekstremistów (...)*, und ihr die Abneigung gegenüber einer Übereinkunft unterstellt: (41) *Jak długo ręka wyciągnięta do zgody ma się spotykać z zaciśniętą pięścią?*, kann eine Formulierung des Themas lauten: *Die gegenüber der Regierung aggressiv handelnde Solidarność will keine Übereinkunft.*

Script-Analyse:

Mit der Proposition (56) leitet Jaruzelski eine weitere Teil-Situation ein. Er bewertet damit den „aktuellen Augenblick der polnischen Geschichte“ als dramatisch und erwähnt die große Last der Verantwortung, die er zu tragen hat. So bezieht er sich auf den 13. Dezember 1981, den Tag seiner Rede, den Tag der Verkündung des Kriegszustands. Dabei spricht Jaruzelski in der ersten Person Singular als „Soldat und Vorsitzender der Regierung“ (siehe Proposition (1): (...)

Zwracam się dziś do Was jako żołnierz i jako szef rządu polskiego.) Proposition (57) kann als indirekte Zielsetzung interpretiert werden: (57) *Obowiązkiem moim jest wziąć tę odpowiedzialność (...)*. Damit meint Jaruzelski die Pflicht, Polen aus der schlechten Lage zu befreien und sieht dabei die Verantwortung auf seiner Person. Die Propositionen (58) und (59) stellen die Mittel dar, mit denen das Ziel erreicht werden soll. Dies kann wie folgt interpretiert werden: Um die Verantwortung für das Land übernehmen zu können, um etwas ändern zu können, musste der Militärerrat der Nationalen Rettung konstituiert und der Ausnahmezustand verkündet werden. Dieser Argumentationsteil (58-59) soll als Rückblick auf das bereits Geleistete, das zum Ziel führt, verstanden werden.

Proposition (60) stellt ein Zwischenziel dar, indem Jaruzelski verkündet, dass er möchte, dass alle seine Motive und Ziele verstehen. Dieses Zwischenziel stützt die Zielsetzung in (57), die wiederum eine Stütze des Gesamt-Ziels der Rede darstellt. Proposition (61) kann als Weg, der sich auf die Zielsetzung in (57) bezieht interpretiert werden (S hält eine Handlung des Typs H zur Realisierung von Z für besonders geeignet). Jaruzelski verkündet, dass ein friedlicher Weg der geeignetste ist und lehnt einen Militärsstreich und eine Militärsdiktatur ab. Die folgende Präposition (62) ist als Spezifikation zu sehen. Mit Proposition (63) wird das Subscript Prognose eingeführt: (63) *W takim systemie siły zbrojne będą mogły pozostawać tam, gdzie jest ich miejsce — w koszarach*. Eine Zustandsveränderung im Land, die nicht mit Gewalt erreicht werden soll, führt zu einem System, in dem die bewaffneten Streitkräfte in den Kasernen bleiben.

Proposition (66) soll als weiteres Zwischenziel verstanden werden. Genauer erläutert, stellt Jaruzelski an dieser Stelle das Ziel des Militärrats der Nationalen Rettung vor: der Schutz der Rechtsordnung des Staates und die Schaffung von Garantien, die eine Wiederherstellung der Ordnung und Disziplin ermöglichen. Die Propositionen (68-70) stellen ein weiteres Mittel dar, wie das Ziel in Proposition (66) erreicht werden soll. Die Propositionen (71-73) dienen einer Prognose. Wenn wieder Ruhe im Land einkehrt, wird der Militärerrat aufgelöst. Die Propositionen (74-78) sind als Mittel zu verstehen, mit denen Ordnung und Disziplin herbeigeschafft werden soll: Die Internierung der Staatsgegner. Dabei können jedoch die Mittel (68-70) und (74-78) auch als Bezug auf die Zielsetzung in (57) verstanden werden. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass Zwischenziele zur Erreichung eines übergeordneten Ziels dienen. Aus

demselben Grund beziehen sich die Mittel (68-70) und (74-78) auch auf die Gesamt-Zielsetzung der Rede.

Text-Script:

- TEILTHEMA II: DIE SCHLECHTE POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN POLEN SOLL DURCH DIE MACHTÜBERNAHME DES MILITÄRS EIN ENDE FINDEN.
- (56) Teil-Situation II
 - (57) Zielsetzung (implizit)
 - (58-59) Argumentation
 - (58) Mittel
 - (59) Mittel

 - (60) Zwischenziel

 - (61-65) Argumentation
 - (61-62) Weg (Bezug auf (57)) + Spezifikation
 - (63-65) Prognose (Bezug auf (61-62)) + Spezifikation

 - (66-67) Zwischenziel + Spezifikation
 - (68-70) Argumentation = Mittel (Bezug auf (66-67)) + Spezifikation
 - (71-73) Prognose + Spezifikation
 - (74-78) Argumentation = Mittel (Bezug auf (66-67))

Thematische Analyse:

Dieser Teiltext soll nun unter einem Thema zusammengefasst werden. Es ist nicht zu übersehen, dass es sich dabei um einen äußerst komplexen Text handelt. Die Komponenten Zustand und Mangel lassen sich aus der Teil-Situation II erschließen. Die Zielsetzung in Proposition (57) ist mittels weiteren Zwischenzielen zu erreichen: Das Verständnis von Seiten der Menschen (60) und die Durchsetzung des Militärs der Nationalen Rettung (66-67). Mit Proposition (57) liegt somit auch die Behebung des Mangels vor. Die Verantwortung, die Jaruzelski in dieser dramatischen Phase des Landes zu tragen hat, muss er übernehmen und somit den schlechten Zustand in Polen verändern. Dies tut er, indem der Kriegszustand ausgerufen wird, den das Volk akzeptieren und verstehen soll und der vom Militärrat vollzogen wird, welcher für Ordnung und Disziplin im Land sorgt. Ich möchte jedoch diesen Teiltext als die Darstellung eines übergeordneten Mittels für die Durchsetzung des dominierenden Ziels der

Rede, welches besagt, dass die aktuelle schlechte Lage im Land verändert werden muss, behandeln. Dies scheint mir bei der Themenanalyse ein guter Weg zu sein. Zudem sehe ich es als sinnvoll, die Behebung des Mangels aus den Mitteln des Teiltexthes II zu erschließen. Somit kann das Thema wie folgt formuliert werden: *Die schlechte politisch-gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in Polen soll durch die Machtübernahme des Militärs ein Ende finden.*

Script-Analyse:

Den weiteren Verlauf der Rede leitete Jaruzelski mit Proposition (79) ein: (79) *Będziemy konsekwentnie oczyszczać polskie życie ze zła — bez względu na to, gdzie się ono rodzi.* Damit bezieht er sich auch auf die Internierung der Staatsgegner, die in Teiltexth II als Mittel aufgeführt wurde. Denn mit einer Internierung derjenigen Personen, die der Regierung im Wege stehen, ist ein Schritt zur „Reinigung des polnischen Lebens von allem Übel“ getan. Proposition (80) soll als Sub-Script Weg interpretiert werden. Bis zu Präposition (84) nennt Jaruzelski die Mittel, die zur Erreichung des Ziels in (79) durchgeführt werden müssen:

(81) Działalność przestępczych gangów rozpatrywana będzie przez sądy w trybie doraźnym. (82) Osoby trudniące się spekulacją na wielką skalę, czerpiące nielegalne zyski, naruszające normy współżycia społecznego będą ścigane i karane z całą surowością. (83) Majątki zgromadzone w bezprawnej drodze ulegną konfiskacie. (84) Osoby na stanowiskach kierowniczych, winne zaniedbań służbowych, marnotrawstwa i partykularyzmu, nadużywania władzy i bezdusznego stosunku do spraw obywateli, będą na wniosek pełnomocników-komisarzy wojskowych zwalniane ze stanowisk w trybie dyscyplinarnym.

Text-Script:

TEILTHEMA III: UM DAS POLNISCHE LEBEN VON ALLEM ÜBEL ZU REINIGEN; KÄMPFT DER MILITÄRRAT VERSCHÄRFT GEGEN KRIMINALITÄT

- (79) Zielsetzung
- (80) Weg
- (81-84) Mittel

Thematische Analyse:

Die Zielsetzung (79) und der Weg (80) reichen für eine Themenanalyse, so dass das Thema wie folgt lautet: *Um das polnische Leben von allem Übel zu reinigen, kämpft der Militärрат verschärft gegen Kriminalität.*

Script-Analyse:

Jaruzelski erwähnt in den Propositionen (85-86) die Achtung und Sicherheit der Menschen und ihrer Arbeit. Dies stellt seine Zielsetzung in Teilttext IV dar. Mittels der Erlassung einiger Strafen für Verbrechen und Vergehen, die vor dem Tag der Rede getätigt wurden, soll das Ziel erreicht werden. Die Propositionen (85-86) sind als Zielsetzung zu interpretieren, Proposition (87) kann als Mittel verstanden werden.

Text-Script:

TEILTHEMA IV: DIE SICHERHEIT VON MENSCH UND ARBEIT
SOLL MIT DEM ERLASS EINIGER STRAFEN WIEDERHER-
GESTELLT WERDEN

(85-86) Zielsetzung

(87-88) Argumentation = Mittel + Spezifikation

Thematische Analyse:

Zur Themenerschließung dienen an dieser Stelle die Zielsetzung sowie das Mittel. Folglich lautet das Thema dieses Textabschnitts: *Die Sicherheit von Mensch und Arbeit soll mit dem Erlass einiger Strafen wiederhergestellt werden.* Die Achtung des Gesetzes und der Ordnung in Proposition (86) ist meiner Ansicht nach eine erneute Wiederholung der Zielsetzung des Staates und des Militärs, die bereits aufgeführt wurde und sich darüber hinaus auf die „Achtung und Sicherheit der Menschen und ihrer Arbeit“ bezieht.

Script-Analyse:

Die Propositionen (89-93) sollen als eine weitere Teil-Situation interpretiert werden. Jaruzelski bewertet dabei die Absichten des Militärs als positiv. Aus den Propositionen (94-96) kann ein indirektes Ziel herausgelesen werden, das zusammenfassend wie folgt interpretiert werden soll: „Die Hilfe der Armee soll

das Land stärken, um die Entwicklung einer Demokratie möglich zu machen.“ Mit Proposition (97) bemängelt Jaruzelski den Zustand der Anarchie: (97) *Anarchia jest zaprzeczeniem, jest wrogiem demokracji*. Damit bezieht er sich auf die Zielsetzung, mit der er eine Entwicklung der Demokratie anstrebt, die nur durch eine starke Herrschaft, in dem Fall durch das Militär, ermöglicht wird. So soll Proposition (97) auch als Teil-Situation betitelt werden, in der Jaruzelski einen Sachverhalt bemängelt. Im Gegensatz dazu, bewertet er die Armee in den Propositionen (89-93) als positiv.

Text-Script:

TEILTHEMA V: DEMOKRATIE KANN SICH NUR IN EINEM
DURCH DIE ARMEE GESTÄRKTEN STAAT ENTWICKELN

- (89-93) Teil-Situation V
- (94-96) Zielsetzung + Spezifikation
- (97) Teil-Situation V

Thematische Analyse:

Das Thema kann folglich aus den Komponenten Zustand, Mangel und Behebung erschlossen werden: *Demokratie kann sich nur in einem durch die Armee gestärkten Staat entwickeln*.

Script-Analyse:

Mit Proposition (98) leitet der Redner eine neue Teil-Situation ein. Dabei bemängelt er die polnische Geschichte wie folgt: (99) *Składają się one nie tylko z chlubnych kart*. (100) *Są w nich również karty ciemne: liberum veto, prywatna, swary*. (101) *W rezultacie — upadek i klęska*. In den Propositionen (102-103) nennt er das Ziel: „Die Durchbrechung des tragischen Kreises“ bzw. „keine erneute Wiederholung der Geschichte“. Damit meint Jaruzelski das Ende der Niederlagen und Niedergänge Polens.

Text-Script:

TEILTHEMA VI: DIE SICH IN DER GESCHICHTE STÄNDIG
WIEDERHOLENDEN NIEDERGÄNGE UND NIEDERLAGEN
MÜSSEN EIN ENDE FINDEN.

- (98-101) Teil-Situation VI
- (102-103) Zielsetzung

Thematische Analyse:

Aus den Komponenten Zustand, Mangel und Behebung ergibt sich folgende Themenformulierung: *Die sich in der Geschichte ständig wiederholenden Niedergänge und Niederlagen müssen ein Ende finden.*

Script-Analyse:

Mit Proposition (104) benennt Jaruzelski ein weiteres Ziel: „(...) ein großes Polen, groß an Errungenschaften, an Kultur, an Formen des gesellschaftlichen Lebens und in seiner Stellung in Europa.“ Proposition (105) stellt den Weg zur Erreichung dieses Ziels dar: der Sozialismus und seine Akzeptierung, sowie Bereicherung. Die Propositionen (106-107) stellen eine Spezifikation der Zielsetzung bzw. des Weges dar.

Text-Script:

- | | |
|-----------|--|
| | TEILTHEMA VII: DER AUFBAU EINES GROßEN POLENS
KANN NUR DURCH DEN SOZIALISMUS ERREICHT WERDEN. |
| (104) | Zielsetzung |
| (105-107) | Argumentation = Weg + Spezifikation |

Thematische Analyse:

Das Thema lautet somit: *Der Aufbau eines großen Polens kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.*

Die bis zu dieser Stelle vorgestellten Script- und Themenanalysen der sieben Teiltextheile stellen einen Vorschlag dar, anhand dessen die Analysemethoden nach Markus Hubenschmid veranschaulicht werden können. Bei der Illokutionsanalyse sollen ausschließlich die jeweils ersten drei Sätze aus jedem Teiltextheil untersucht werden. Dies reicht aus um zu verdeutlichen, auf welche Art und Weise bei einer Illokutionsanalyse vorgegangen wird.

Illokutionsanalyse:

Teiltextheil I beginnt mit Proposition (37): *Przy wspólnym stole zabrakło kierownictwa „Solidarności”*. Dabei handelt es sich um einen Deklarativsatz, der als FESTSTELLUNG interpretiert werden kann. Zur genaueren Erklärung soll

Helmut Rehbocks Beitrag „Deklarativsatzmodus, rhetische Modi und Illokutionen“ (1992) hinzugezogen werden. Nach Rehbock gilt ein Ereignis als illokutionsunabhängig, wenn der Sachverhalt einer Äußerung als vergangen zu bezeichnen ist und somit das Ereignis vor dem Sprecherzeitpunkt liegt (Rehbock 1992, S. 110). Folglich liegt bei Proposition (37) eine *konstative Assertion* vor, die am offensichtlichsten als FESTSTELLUNG, zumindest aber als MITTEILUNG gelesen werden kann. Dasselbe gilt für Proposition (38) und zum Teil für die Proposition in (39), welche als Feststellung, aber auch als BEHAUPTUNG, interpretiert werden soll. Die soeben aufgezeigten Überlegungen können wie folgt dargestellt werden:

Teil-Text I			
	37	Fest > Mit	
	38	Fest > Mit	
	39	Fest > Beh	

Da in Teiltext I die Zielsetzung fehlt und somit kein dominierendes Ziel zu erkennen ist, soll die rechte Spalte leer bleiben. Ein Beispiel dafür, wie sich einzelne Illokutionen aufeinander beziehen können, wird anhand des nächsten Teiltexes veranschaulicht.

Proposition (56) kann als FESTSTELLUNG gelesen werden. Wie bereits in Kapitel 5.9 erläutert wurde, fixiert der Sprecher mit einer Feststellung „(...) latent vorhandenes gemeinsames Wissen in der Diskurswelt (...)“ oder gibt Informationen einfach weiter, teilt dem Zuhörer somit etwas mit (vgl. Kapitel 5.9, S. 102). Da es sich um einen Deklarativsatz handelt, der als illokutionsunabhängig beschrieben werden kann, liegt eine Interpretation als Feststellung nahe. Proposition (57) wurde bereits als indirekte Zielsetzung bezeichnet und kann auf der Ebene der Illokutionsstruktur als MITTEILUNG verstanden werden. Jaruzelskis Pflicht ist es, die Verantwortung auf sich zu nehmen und Polen folglich aus der schlechten Lage zu befreien. Damit teilt er seinen Zuhörern etwas Neues mit, schließt somit eine kognitive Lücke beim Adressaten. Dasselbe gilt für Proposition (58), indem der Redner seinen Zuhörern mitteilt, dass sich am Tag der Rede der Militärrat der Nationalen Rettung konstituiert hat.

Teil-Text II			
Teil-Situation	56	Fest	↓
Zielsetzung	57	Mit	•
Mittel	58	Mit	↑

In diesem Fall beziehen sich die Propositionen (56) und (58) auf die dominierende Zielsetzung (57). Sie stützen dieselbe als subsidiäre Illokutionen. Jaruzelski bereitet mit der Feststellung in (56) die Adressaten auf die Bekanntgabe seiner Zielsetzung vor, die dann in Proposition (57) indirekt als Mitteilung erfolgt. Mit dem Mittel in (58), das dazu dient dieses Ziel zu erreichen, wird die dominierende Illokution (57) ebenfalls gestützt.

Eine ähnliche Struktur ist in Teilttext III zu erkennen. Proposition (79) soll als FESTSTELLUNG bzw. als VORAUSSAGE interpretiert werden, die zudem die dominierende Illokution darstellt. Der Weg in (80) und das Mittel in (81) können beide als MITTEILUNGEN, um eine kognitive Lücke beim Adressaten zu schließen oder ebenfalls als VORAUSSAGEN, interpretiert werden. Abgesehen davon, stützen die Propositionen (80) und (81) die dominierende Illokution in (79).

Teil-Text III			
Zielsetzung	79	Fest > Vor	•
Weg	80	Mit > Vor	↑
Mittel	81	Mit > Vor	↑

Da weder in Teilttext II noch in Teilttext III die Zuhörer in beiden Zielsetzungen miteingebunden werden, fallen die externe und die illokutionäre Zielhierarchie zusammen.

Mit Proposition (85) liegt eine FORDERUNG vor. Dabei handelt es sich um die dominierende Illokution, die von Proposition (86) und (87) direkt gestützt wird. Proposition (86) kann ebenfalls als FORDERUNG gelesen werden und Proposition (87) als MITTEILUNG.

Teil-Text IV			
Zielsetzung	85	Ford	•
	86	Ford	↑
Mittel	87	Mit	↑

In diesem Fall werden die Zuhörer erneut nicht in die Zielsetzung miteingebunden. Jaruzelski stellt die Ziele des Militärs vor, begründet damit indirekt den Ausnahmezustand in Polen, fordert jedoch nicht die Bürger auf, mit ihm diese Ziele zu realisieren.

In den ersten drei Propositionen des fünften Teiltexes lässt sich keine Zielsetzung finden. Sie stellen ein ähnliches Beispiel, wie die ersten drei Propositionen aus Teiltex I dar. Allerdings können die Propositionen (89-91) nicht „nur“ als FESTSTELLUNGEN, sondern auch als BEHAUPTUNGEN verstanden werden.

Teil-Text V			
Teil-Situation	89	Fest > Beh	
	90	Fest > Beh	
	91	Fest > Beh	

Die Propositionen (89-91) sind als subsidiäre Illokutionen zu verstehen, die die dominierende Illokution dieses Teiltexes stützen. Diese ist jedoch erst im weiteren Verlauf des fünften Teiltexes erkennbar. Genauso verhält es sich mit den ersten drei Propositionen aus Teiltex VI. Die Propositionen (98-100) gehören der Teil-Situation VI an und sollen als FESTSTELLUNGEN verstanden werden, die sich auf eine dominierende Illokution, die an einer späteren Stelle erscheint beziehen und sie direkt stützen.

Teil-Text VI			
Teil-Situation	98	Fest	
	99	Fest	
	100	Fest	

Zum Schluss soll Teil-Text VII untersucht werden. Bei Proposition (104) handelt es sich um einen WUNSCH, der gleichzeitig die dominierende Illokution des

Teil-Textes VI darstellt. Proposition (105) kann als FESTSTELLUNG, zumindest aber als BEHAUPTUNG, gelesen werden. Proposition (106), für die übrigens dasselbe gilt, wie für die folgende Proposition (107), lässt mehrere Lesarten zu: Zum einen kann sie als MITTEILUNG oder BEHAUPTUNG interpretiert werden, zum anderen kann es sich auch um eine VORAUSSAGE handeln. Sicher ist dennoch, dass die Propositionen (105-107) die dominierende Illokution (104) stützen. Zudem wird der Adressat nicht in die externe Zielsetzung miteingebunden, so dass externe und illokutionäre Zielhierarchie zusammenfallen.

Teil-Text VII			
Zielsetzung	104	Wunsch	•
Weg	105	Fest > Beh	↑
	106	Mit/Beh/Vor	↑

Konzentriert man sich ausschließlich auf die dominierenden Zielsetzungen der sieben Teiltex-te bzw. auf diejenigen, die aus der Analyse der ersten drei Propositionen erschließbar sind und schließt die Gesamt-Zielsetzung der Gesamt-Rede in (44) in die Analyse mit ein, stützen die dominierenden Zielsetzungen aus den Teiltex-ten die indirekte Gesamt-Zielsetzung, die als Forderung interpretiert werden kann in (44): *Powinno być inaczej*:

44	Ford	•
57	Mit	↑
79	Fest > Vor	↑
85	Ford	↑
104	Wunsch	↑

An der vorliegenden Illokutionsanalyse wurden die Schritte einer solchen anhand eines konkreten polnischsprachigen Beispiels aufgezeigt. Selbstverständlich stößt man als Forscher dann auf Probleme, wenn der ganze Text einer Analyse unterzogen wird. Da, wie bereits bei der Script-Analyse der sieben Teiltex-te deutlich wurde, sich mehrere Propositionen nicht nur auf das im Teiltex-t gesetzte Ziel beziehen, sondern auch auf das Hauptziel der gesamten Rede, würde sich

eine Illokutionsanalyse der ganzen Rede als extrem kompliziert herausstellen. Folglich ist die Auseinandersetzung mit der Illokutionsstruktur im Fall von äußerst komplexen Texten, wie der vorliegenden politischen Rede, mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Schon allein die Übertragung der Analyseergebnisse in eine Tabelle, wie es bei Hubenschmid vorgemacht wird, ist meines Erachtens ein schwieriges Unterfangen. So ist bereits bei der Zuordnung der illokutionären Grundtypen und deren Subtypen meistens nicht nur eine Interpretation möglich ist. Darüber hinaus bereitet die Darstellung der Bezugsrichtung von stützenden zu dominierenden Illokutionen weitere Probleme, da teilweise ein und dieselbe Proposition x sich über den Teil-Text x hinaus auf eine andere Proposition y eines zweiten Teil-Textes y beziehen kann und zudem auf die dominierende Illokution des Teil-Textes x referiert. Dennoch soll die vorliegende Illokutionsanalyse als ein Beispiel für eine solche gelten, auch wenn sie in einer vereinfachten Form durchgeführt wurde.

7 Schluss

In der vorliegenden Arbeit wurde nach ein paar einleitenden Sätzen und einem Einblick in einen Teil der Sprache-und-Politik-Forschung der Versuch unternommen, *politischen Kommunikation* zu beschreiben. Dabei herrscht in der Fachliteratur zu Sprache und Politik die Übereinstimmung, dass politisches Handeln auf Kommunikation durch Sprache angewiesen ist. Der Vorschlag einer Einteilung politischer Kommunikation in drei Teilbereiche nach Strauß, Haß und Harras (1989) hat gezeigt, welche Aktanten an derselben beteiligt sein können und welche politischen Themen der jeweilige Bereich umfasst. Zudem wurde verdeutlicht, dass die politische Kommunikation einen informativen und persuasiven Charakter hat. Da eine Beziehung zwischen den kommunizierenden Subjekten herrscht, wird die politische Kommunikation nach Janina Fras (2005) als Interaktion verstanden. Das nach der Autorin vorgestellte Ziel politischer Kommunikation, das Erlangen einer Symmetrie zwischen den Hauptbeteiligten derselben, halte ich für unwahrscheinlich. Das Hauptziel der politischen Kommunikation ist das Überreden und Überzeugen der beteiligten Aktanten, unabhängig davon, ob sie aktiv oder passiv an ihr teilnehmen. Eine Beschreibung politischer Kommunikation zwischen „einfachen“ Bürgern, wie Armin Burkhardt (2003) sie charakterisiert, ist deshalb mit Vorsicht zu genießen, da mit solch einer

Definierung fast jeder Kommunikationsakt mit politischen Themen als politische Kommunikation bezeichnet werden kann. Politische Kommunikation kann ebenfalls als Prozess gegenseitiger Beeinflussung verstanden werden, wobei erneut die Interaktion in den Vordergrund rückt. Zuletzt wurden in Kapitel 3.1 vier Arten von Situationen vorgeschlagen, in denen politische Kommunikation auftreten kann.

In Kapitel 3.2 wurden Einwände gegen eine Definierung der politischen Sprache als Soziolekt und als Fachsprache aufgezeigt. Dabei sollte die Meinung von Iwona Bartoszewicz (2000), die Sprache der Politik sei eindeutig ein Soziolekt als Gegenüberstellung dienen.

In Kapitel 3.3 wurde der politische Wortschatz vorgestellt. Dabei stand zunächst der Gliederungsvorschlag des politischen Lexikons in *Institutionssprache*, *Fachsprache des verwalteten Sachgebiets* und *Ideologiesprache* nach Walther Dieckmann (1975) im Fokus, auf den Josef Kleins (1989) Überlegungen folgten. Klein schlägt eine Einteilung des politischen Lexikons in *Institutionsvokabular*, *Ressortvokabular*, *Allgemeines Interaktionsvokabular* und *Ideologievokabular* vor. Dabei konnte gezeigt werden, dass sich die Ideologiegebundenheit von Wörtern durch das ganze politische Lexikon zieht. Die *ideologische Polysemie* bzw. *semantische Varianz* oder *Bedeutungskonkurrenz* von Begriffen zeigt, dass ein und dasselbe Wort, abhängig von der jeweiligen Ideologie, unterschiedlich gebraucht werden kann. Zum Schluss wurden die sogenannten *Schlag-* und *Symbolwörter* definiert.

Kapitel 3 hat gezeigt, dass in der Fachliteratur keine allgemein akzeptierte Definierung von politischer Sprache existiert. Vor allem ihre Überschneidung mit anderen Fachsprachen und der Alltagssprache, ihr ausgeprägter Mischcharakter erschweren eine eindeutige Charakterisierung.

Im Gegensatz dazu, kann die Sprache der Propaganda in der Volksrepublik Polen einfacher beschrieben werden. Ihr schablonenhafter, eindeutiger Charakter wurde in Kapitel 4 verdeutlicht. Die Auseinandersetzung mit den grundlegenden Eigenschaften der Nowo-mowa hat gezeigt, dass sie als eine einfach zu charakterisierende Propagandasprache eingestuft werden kann.

Kapitel 5 diente der Vorstellung einer für die Textsortenforschung bedeutsamen Arbeit von Markus Hubenschmid und somit der Darstellung eines handlungstheoretischen Analysemodells politischer Reden. In Kapitel 6 konnte

bewiesen werden, dass Hubenschmids Modell politischer Reden auch auf polnischsprachige Propagandatekte anwendbar ist. Trotz der angemerkten Schwierigkeiten, stellt Hubenschmids Publikation eine wertvolle Arbeit dar und gilt aufgrund des geringen Vorhandenseins slawischer Redeanalysen als ein sinnvoller Beitrag für die slawische Textlinguistik und gegenwärtige Sprache- und Politik-Forschung.

8 Anhang

8.1 Речь к солдатам на митинге в измайловском полку 10 (23) Апреля 1917 г.²⁴

(1) Товарищи солдаты! Вопрос о государственном устройстве стоит теперь на очереди. (2) Капиталисты, в руках которых сейчас государственная власть, хотят парламентарной буржуазной республики, т. е. такого государственного порядка, когда царя нет, но господство остается у капиталистов, управляющих страной посредством старых учреждений, именно: полиции, чиновников, постоянной армии. (3) Мы хотим иной, более соответствующей интересам народа, более демократической республики. (4) Революционные рабочие и солдаты Питера свергли царизм и до конца очистили столицу от полиции. (5) Рабочие всего мира с восторгом и надеждой смотрят на революционных рабочих и солдат России, как на передовой отряд всемирной освободительной армии рабочего класса. (6) Начав революцию, надо укреплять и продолжать ее. (7) Не дадим же восстановить полиции! (8) Вся власть в государстве, снизу доверху, от самой захолустной деревушки до каждого квартала в Питере, должна принадлежать Советам рабочих, солдатских, батрацких, крестьянских и т. д. депутатов. (9) Центральной государственной властью должно быть объединяющее эти местные Советы Учредительное собрание или Народное собрание или Совет советов, — дело не в названии. (10) Не полиция, не чиновники, безответственные перед народом, стоящие над народом, не постоянная армия, отрезанная от народа, а сам вооруженный поголовно народ, объединенный Советами, вот кто должен управлять государством. (11) вот кто установит необходимый порядок, вот какую власть будут не только слушаться, но и уважать рабочие и крестьяне.

(1) Genossen Soldaten! Auf der Tagesordnung steht jetzt die Frage der Staatsordnung. (2) Die Kapitalisten, die zur Zeit die Staatsmacht in Händen halten, wollen eine parlamentarische bürgerliche Republik, d.h. eine Staatsordnung, in der es keinen Zaren gibt, wo aber die Herrschaft in den Händen

²⁴ Hubenschmid, Markus: Text und Handlungsrepräsentation. Ein Analysemodell politischer Reden am Beispiel V.I. Lenins. München: 1998, S. 102 f.

der Kapitalisten bleibt. Die das Land mit Hilfe der alten Institutionen – der Polizei, des Beamtentums, des stehenden Heeres – regieren. (3) Wir wollen eine andere, den Interessen des Volkes mehr entsprechende, demokratischere Republik. (4) Die revolutionären Arbeiter und Soldaten von Petrograd haben den Zarismus gestürzt und die Hauptstadt gründlich von der Polizei gesäubert. (5) Die Arbeiter der ganzen Welt blicken voller Begeisterung und Hoffnung auf die revolutionären Arbeiter und Soldaten Russlands als die Avantgarde der internationalen Befreiungsarmee der Arbeiterklasse. (6) Nachdem man die Revolution begonnen hat, muss man sie festigen und fortsetzen. (7) Lassen wir nicht zu, dass die Polizei wiederhergestellt wird. (8) Die ganze Macht im Staate, von unten bis oben, von dem entlegensten Dorfwinkel bis zur letzten Straße in Petrograd muss den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Landarbeiter, Bauern- usw. Deputierten gehören. (9) Die zentrale Staatsgewalt muss alle diese lokalen Sowjets zusammenfassende Konstituierende Versammlung oder die Nationalversammlung oder der Sowjet der Sowjets sein – auf den Namen kommt es nicht an. (10) Nicht die Polizei, nicht die dem Volk nicht verantwortlichen und über dem Volk stehenden Beamten, nicht ein vom Volk getrenntes stehendes Heer, sondern das von den Sowjets zusammengefasste bis zum letzten Mann bewaffnete Volk selber ist es, das den Staat regieren muss. (11) Diese Regierung wird die notwendige Ordnung herstellen, dieser Regierung werden die Arbeiter und Bauern nicht nur gehorchen, sie werden sie auch achten.

8.2 Przemówienie radiowe i telewizyjne, wygłoszone 13 grudnia 1981 r.²⁵

(1) Obywatelki i obywatele Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej! Zwracam się dziś do Was jako żołnierz i jako szef rządu polskiego. (2) Zwracam się do Was w sprawach wagi najwyższej. (3) Ojczyzna nasza znalazła się nad przepaścią. (4) Dorobek wielu pokoleń, wzniesiony z popiołów polski dom ulega ruinie. (5) Struktury państwa przestają działać. (6) Gasnącej gospodarce zadawane są codziennie nowe ciosy. (7) Warunki życia przytłaczają ludzi coraz większym ciężarem. (8) Przez każdy zakład pracy, przez wiele polskich domów, przebiegają linie bolesnych podziałów. (9) Atmosfera niekończących się konfliktów, nieporozumień, nienawiści – sieje spustoszenie psychiczne, kaleczy tradycje tolerancji. (10) Strajki, gotowość strajkowa, akcje protestacyjne stały się normą. (11) Wciąga się do nich nawet szkolną młodzież. (12) Wczoraj wieczorem wiele budynków publicznych było okupowanych. (13) Padają wezwania do fizycznej rozprawy z „czerwonymi”, z ludźmi o odmiennych poglądach. (14) Mnożą się wypadki terroru, pogroźek i samosądów moralnych, a także bezpośredniej przemocy. (15) Szeroko rozlewa się po kraju fala zuchwałych przestępstw, napadów i włamań. (16) Rosną milionowe fortuny rekinów podziemia gospodarczego. (17) Chaos i demoralizacja przybrały rozmiary klęski. (18) Naród osiągnął granice wytrzymałości psychicznej. (19) Wielu ludzi ogarnia rozpacz. (20) Już nie dni, lecz godziny przybliżają ogólnonarodową katastrofę. (21) Uczciwość wymaga, aby postawić pytanie: Czy musiało do tego dojść? (22) Obejmując urząd prezesa Rady Ministrów wierzyłem, że potrafimy się podźwignąć. (23) Czy zrobiliśmy więc wszystko, aby zatrzymać spiralę kryzysu? (24) Historia oceni nasze działania. (25) Nie obeszło się bez potknięć. (26) Wyciągamy z nich wnioski. (27) Przede wszystkim jednak minione miesiące były dla rządu czasem pracowitym, borykaniem się z ogromnymi trudnościami. (28) Niestety – gospodarkę narodową uczyniono areną walki politycznej. (29) Rozmyślne torpedowanie rządowych poczynań sprawiło, że efekty są niewspółmierne do włożonego wysiłku, do naszych zamierzeń. (30) Nie można odmówić nam dobrej woli, umiaru, cierpliwości. (31) Czasem było jej może aż zbyt wiele. (32) Nie można nie dostrzec okazywanego przez rząd poszanowania umów społecznych. (33) Szliśmy nawet dalej. (34) Inicjatywa wielkiego

²⁵ Jaruzelski, Wojciech: Przemówienia 1981-1982. Warszawa: Książka i Wiedza 1983. S. 213-218.

porozumienia narodowego zyskała poparcie milionów Polaków. (35) Stworzyła szansę pogłębienia systemu ludowładztwa, rozszerzenia zakresu reform. (36) Te nadzieje obecnie zawiodły.

(37) Przy wspólnym stole zabrakło kierownictwa „Solidarności”. (38) Słowa wypowiedziane w Radomiu, obrady w Gdańsku odsłoniły bez reszty prawdziwe zamiary jej przywódczych kręgów. (39) Zamiary te potwierdza w skali masowej codzienna praktyka, narastająca agresywność ekstremistów, jawne dążenie do całkowitego rozbioru socjalistycznej polskiej państwowości. (40) Jak długo można czekać na otrzeźwienie? (41) Jak długo ręka wyciągnięta do zgody ma się spotykać z zaciśniętą pięścią?

(42) Mówię to z ciężkim sercem, z ogromną goryczą. (43) W naszym kraju mogło być inaczej. (44) Powinno być inaczej. (45) Dalsze trwanie obecnego stanu prowadziłyby nieuchronnie do katastrofy, do zupełnego chaosu, do nędzy i głodu. (46) Surowa zima mogłaby pomnożyć straty, pochłonąć liczne ofiary. (47) Szczególnie wśród najsłabszych – tych, których chcemy chronić najbardziej. (48) W tej sytuacji bezczynność byłaby wobec narodu przestępstwem. (49) Trzeba powiedzieć: dość! (50) Trzeba zapobiec, zagrozić drogę konfrontacji, którą zapowiedzieli otwarcie przywódcy „Solidarności”. (51) Musimy to oznajmić właśnie dziś, kiedy znana jest bliska data masowych politycznych demonstracji, w tym również w centrum Warszawy, zwołanych w związku z rocznicą wydarzeń grudniowych. (52) Tamta tragedia powtórzyć się nie może. (53) Nie wolno, nie mamy prawa dopuścić, aby zapowiedziane demonstracje stały się iskrą, od której zapłonąć może cały kraj. (54) Instynkt samozachowawczy narodu musi dojść do głosu. (55) Awanturnikom trzeba skrępować ręce, zanim wtrącą ojczyznę w otchłań bratobójczej walki.

(56) Obywatelki i obywatele! Wielki jest ciężar odpowiedzialności, jaka spada na mnie w tym dramatycznym momencie polskiej historii. (57) Obowiązkiem moim jest wziąć tę odpowiedzialność – chodzi o przyszłość Polski, o którą moje pokolenie walczyło na wszystkich frontach wojny i której oddało najlepsze lata swego życia. (58) Ogłaszam, że w dniu dzisiejszym ukonstytuowała się Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego. (59) Rada Państwa, w zgodzie z postanowieniami Konstytucji, wprowadziła dziś o północy stan wojenny na

obszarze całego kraju. (60) Chcę, aby wszyscy zrozumieli motywy i cele naszego działania. (61) Nie zmierzamy do wojskowego zamachu, do wojskowej dyktatury. (62) Naród ma w sobie dość siły, dość mądrości, aby rozwinąć sprawny, demokratyczny system socjalistycznych rządów. (63) W takim systemie siły zbrojne będą mogły pozostawać tam, gdzie jest ich miejsce – w koszarach. (64) Żadnego z polskich problemów nie można na dłuższą metę rozwiązać przemocą. (65) Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego nie zastępuje konstytucyjnych organów władzy. (66) Jej jedynym zadaniem jest ochrona porządku prawnego w państwie, stworzenie gwarancji wykonawczych, które umożliwią przywrócenie ładu i dyscypliny. (67) To ostatnia droga, aby zapoczątkować wychodzenie kraju z kryzysu, uratować państwo przed rozpadem. (68) Komitet Obrony Kraju powołał pełnomocników-komisarzy wojskowych na wszystkich szczeblach administracji państwowej oraz w niektórych jednostkach gospodarczych. (69) Pełnomocnicy-komisarze otrzymali prawo nadzorowania działalności organów administracji państwowej – od ministerstw do gmin. (70) Proklamacja Wojskowej Rady Ocalenia Narodowego oraz publikowane dziś dekrety określają szczegółowo normy publicznego porządku na okres trwania stanu wojennego. (71) Wojskowa Rada zostanie rozwiązana wówczas, gdy w kraju zapanują rządy prawa, gdy powstaną warunki do normalnego funkcjonowania cywilnej administracji oraz ciał przedstawicielskich. (72) W miarę stabilizowania się sytuacji wewnętrznej ograniczenia swobód w życiu publicznym będą zmniejszane lub uchylane. (73) Niech nikt jednak nie liczy na słabość lub wanie. (74) W imię interesu narodowego, dokonano zapobiegawczo internowania grupy osób zagrażających bezpieczeństwu państwa. (75) W grupie tej znajdują się ekstremalni działacze „Solidarności” oraz nielegalnych organizacji antypaństwowych. (76) Na polecenie Wojskowej Rady internowano również kilkadziesiąt osób, na których ciąży osobista odpowiedzialność za doprowadzenie w latach siedemdziesiątych do głębokiego kryzysu państwa, czy za nadużywanie stanowisk dla osobistych korzyści. (77) Wśród osób tych znajdują się między innymi: Edward Gierek, Piotr Jaroszewicz, Zdzisław Grudzień, Jerzy Łukaszewicz, Jan Szydlak, Tadeusz Wrzaszczyk i inni. (78) Pełna lista zostanie opublikowana.

(79) Będziemy konsekwentnie oczyszczać polskie życie ze zła – bez względu na to, gdzie się ono rodzi. (80) Wojskowa Rada zapewni warunki do bezwzględego

zaostrzenia walki z przestępczością. (81) Działalność przestępczych gangów rozpatrywana będzie przez sądy w trybie doraźnym. (82) Osoby trudniące się spekulacją na wielką skalę, czerpiące nielegalne zyski, naruszające normy współżycia społecznego będą ścigane i karane z całą surowością. (83) Majątki zgromadzone w bezprawnej drodze ulegną konfiskacie. (84) Osoby na stanowiskach kierowniczych, winne zaniedbań służbowych, marnotrawstwa i partykularyzmu, nadużywania władzy i bezdusznego stosunku do spraw obywateli, będą na wniosek pełnomocników-komisarzy wojskowych zwalniane ze stanowisk w trybie dyscyplinarnym.

(85) Trzeba przywrócić szacunek do ludzkiej pracy. (86) Zapewnić poszanowanie prawa i porządku, trzeba zagwarantować bezpieczeństwo osobiste każdemu, kto chce spokojnie żyć i spokojnie pracować. (87) Przepisy specjalnego dekretu przewidują darowanie i puszczenie w niepamięć niektórych przestępstw oraz wykroczeń przeciwko interesom państwa popełnionych przed 13 grudnia bieżącego roku. (88) Nie szukamy odwetu; kto bez złej woli dał się ponieść emocjom, uległ fałszywej inspiracji, może skorzystać z tej szansy

(89) Obywatelki i obywatele! Żołnierz polski wiernie służył i służy ojczyźnie. (90) Zawsze na pierwszej linii, w każdej społecznej potrzebie. (91) Również dziś z honorem spełni swój obowiązek. (92) Nasz żołnierz ma czyste ręce, nie zna prywaty, lecz twardą służbę. (93) Nie ma innego celu niż dobro narodu. (94) Odwołanie się do pomocy wojska może mieć i ma tylko charakter przejściowy, nadzwyczajny. (95) Wojsko nie zastąpi normalnych mechanizmów socjalistycznej demokracji. (96) Demokrację można jednak wdrażać i rozwijać tylko w państwie silnym i praworządnym. (97) Anarchia jest zaprzeczeniem, jest wrogiem demokracji.

(98) Jesteśmy tylko kroplą w strumieniu polskich dziejów. (99) Składają się one nie tylko z chlubnych kart. (100) Są w nich również karty ciemne: liberum veto, prywata, swary. (101) W rezultacie – upadek i klęska. (102) Ten tragiczny krąg trzeba kiedyś przerwać. (103) Nie stać nas na kolejną powtórkę z historii.

(104) Pragniemy Polski wielkiej – wielkiej swym dorobkiem, kulturą, formami życia społecznego, pozycją w Europie. (105) Jediną drogą do tego celu jest socjalizm akceptowany przez społeczeństwo, stale wzbogacany doświadczeniem

życia. (106) Taką Polskę będziemy budować. (107) Takiej Polski będziemy bronić.

(1) Verehrte Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik Polen! Ich wende mich heute an euch als Soldat und als Vorsitzender der polnischen Regierung. (2) Ich wende mich in Fragen allerhöchsten Ranges an euch. (3) Unser Vaterland befindet sich im Abgrund. (4) Die Errungenschaften vieler Generationen, das aus Asche errichtete polnische Haus steht vor dem Ruin. (5) Die Strukturen des Staates hören auf zu funktionieren. (6) Der erlöschenden Wirtschaft werden täglich neue Stöße zugefügt. (7) Die Lebensbedingungen lasten immer schwerer auf den Menschen. (8) Durch jeden Betrieb, durch zahlreiche polnische Häuser verlaufen schmerzhaft Trennungslinien. (9) Die Atmosphäre endloser Konflikte, Missverständnisse, des Hasses schafft psychische Verheerung und verletzt die Traditionen der Toleranz. (10) Streiks, Streikbereitschaft und Protestaktionen sind zur Norm geworden. (11) Sogar die Schuljugend wird davon erfasst. (12) Gestern Abend waren viele öffentliche Gebäude besetzt. (13) Man ruft dazu auf, sich physisch mit den „Roten“, mit Menschen anderer Abschauungen auseinanderzusetzen. (14) Es häufen sich Fälle von Terror, Drohungen und moralischer Lynchjustiz, ja sogar der direkten Gewalt. (15) Eine breite Welle von frevelhaften Verbrechen, Überfällen und Einbrüchen überzieht das Land. (16) Das Vermögen der „Haie“ des wirtschaftlichen Untergrundes wächst in die Millionen. (17) Chaos und Demoralisierung haben das Ausmaß einer Niederlage angenommen. (18) Die Grenzen der psychischen Belastbarkeit des Volkes sind erreicht. (19) Viele Menschen überfällt die Verzweiflung. (20) Nicht mehr Tage, sondern Stunden trennen uns von der gesamt nationalen Katastrophe. (21) Die Ehrlichkeit verlangt es, sich die Frage zu stellen: Musste es dazu kommen? (22) Als ich das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates übernahm, glaubte ich, dass wir es schaffen werden. (23) Haben wir also alles getan, um die Krisenspirale aufzuhalten? (24) Die Geschichte wird unser Handeln bewerten. (25) Es ist nicht ohne Fehlritte abgegangen. (26) Wir werden daraus die Schlüsse ziehen. (27) Vor allem für die Regierung waren die letzten Monate eine arbeitsreiche Zeit, sie musste sich mit gewaltigen Schwierigkeiten herumschlagen. (28) Die Volkswirtschaft wurde in eine Arena des politischen Kampfes verwandelt. (29) Bewusstes Torpedieren aller Maßnahmen der Regierung hatte zur Folge, dass die Ergebnisse in keinem messbaren Verhältnis zu den erbrachten Anstrengungen, zu

unseren Absichten stehen. (30) Man kann uns guten Willen, Mäßigung und Geduld nicht in Abrede stellen. (31) Manchmal gab es davon sogar zu viel. (32) Die von der Regierung erwiesene Achtung gegenüber den Gesellschaftsverträgen lässt sich nicht übersehen. (33) Wir sind sogar weitergegangen. (34) Die Initiative der großen nationalen Verständigung fand die Unterstützung von Millionen Polen. (35) Sie bot die Chance, das System der Volksherrschaft zu vertiefen und den Umfang der Reformen zu erweitern. (36) Diese Hoffnungen sind jetzt in die Brüche gegangen.

(37) Am gemeinsamen Tisch fehlte die Führung der „Solidarność“. (38) Die in Radom geäußerten Worte, die Beratungen in Gdańsk haben die wahren Absichten der führenden Vertreter restlos entlarvt. (39) Diese Absichten werden von der täglichen Praxis, von der wachsenden Aggressivität der extremen Kräfte, vom offenen Streben nach völliger Zerschlagung des sozialistischen polnischen Staatswesens voll bestätigt. (40) Wie lange kann man auf die Ernüchterung warten? (41) Wie lange soll die ausgestreckte Hand nach Übereinkunft auf die geballte Faust treffen?

(42) Ich sage das schweren Herzens und voller Bitterkeit. (43) In unserem Lande hätte es anders sein können. (44) Es muss anders werden. (45) Ein Andauern des jetzigen Zustandes würde unvermeidlich zur Katastrophe, zum völligen Chaos, zu Not und Hunger führen. (46) Ein strenger Winter könnte die Verluste mehrern und zahlreiche Opfer fordern. (47) Besonders unter den Schwächsten, unter jenen, die wir am meisten schützen wollen. (48) In einer solchen Situation wäre Tatenlosigkeit gegenüber dem Volk ein Verbrechen. (49) Es muss gesagt werden: Genug! (50) Der Konterrevolution, die von den Führern der „Solidarność“ offen angekündigt wurde, muss vorgebeugt, muss der Weg versperrt werden. (51) Wir müssen das gerade heute verkünden, wo das Datum der politischen Massendemonstrationen bekannt ist, die in Verbindung mit dem Jahrestag der Dezemberereignisse auch für das Zentrum Warschaus angekündigt wurden. (52) Jene Tragödie darf sich nicht wiederholen. (53) Wir haben nicht das Recht zuzulassen, dass die angekündigten Demonstrationen zu einem Funken werden, durch welchen das ganze Land in Flammen aufgehen kann. (54) Der Selbsterhaltungstrieb des Volkes muss zu Worte kommen. (55) Den Abenteurern

müssen die Hände gebunden werden, bevor sie das Vaterland in den Abgrund eines Bruderkrieges stürzen.

(56) Büregrinnen und Bürger! Groß ist die Last der Verantwortung, die ich in diesem dramatischen Augenblick der polnischen Geschichte zu tragen habe. (57) Meine Pflicht ist es, diese Verantwortung zu übernehmen, denn es geht um die Zukunft Polens, worum meine Generation an allen Fronten des Krieges gekämpft und wofür sie die besten Jahre ihres Lebens geopfert hat. (58) Ich verkünde, dass sich mit dem heutigen Tage der Militärerrat der Nationalen Rettung konstituiert hat. (59) Der Staatsrat hat entsprechend den Festlegungen der Verfassung heute um Mitternacht den Ausnahmezustand für das ganze Land verkündet. (60) Ich möchte, dass alle die Motive und Ziele unseres Handelns verstehen. (61) Wir streben keinen Militärsstreich an, keine Militärdiktatur. (62) Das Volk hat selbst genug Kraft, genug Weisheit, um ein funktionstüchtiges, demokratisches System sozialistischer Herrschaft zu entwickeln. (63) In einem solchen System können die bewaffneten Streitkräfte dort bleiben, wo ihr Platz ist, nämlich in den Kasernen. (64) Keines der polnischen Probleme lässt sich auf längere Sicht mit Gewalt lösen. (65) Der Militärerrat der Nationalen Rettung ersetzt nicht die verfassungsmäßige Staatsmacht. (66) Seine einzige Aufgabe besteht im Schutz der Rechtsordnung des Staates, in der Schaffung von Garantien, die eine Wiederherstellung der Ordnung und Disziplin ermöglichen. (67) Das ist die letzte Möglichkeit, damit das Land beginnen kann, die Krise zu überwinden und der Staat vor dem Zerfall gerettet wird. (68) Das Komitee für Landesverteidigung hat bevollmächtigte Armeekommissare auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung und in einigen Wirtschaftseinheiten eingesetzt. (69) Die bevollmächtigten Kommissare haben das Recht, die Tätigkeit der Organe der staatlichen Verwaltung, von den Ministerien bis zu den Gemeinden, zu beaufsichtigen. (70) Die Proklamierung des Militärrates der Nationalen Rettung, sowie die heute veröffentlichten Dekrete legen im einzelnen die Normen der öffentlichen Ordnung für die Dauer des Ausnahmezustandes fest. (71) Der Militärerrat wird erst dann aufgelöst, wenn im Lande wieder Recht und Gesetz herrschen, wenn die Bedingungen für ein normales Funktionieren der zivilen Verwaltung und der Vertretungsorgane entstanden sind. (72) Die Einschränkungen der Freiheiten im öffentlichen Leben werden entsprechend dem Verlauf der Stabilisierung der

inneren Lage verringert oder aufgehoben. (73) Es möge jedoch niemand auf Schwäche oder Schwanken setzen. (74) Im nationalen Interesse wurde vorbeugend eine Gruppe von Personen interniert, die die Sicherheit des Staates bedrohen. (75) Darunter befinden sich extreme Funktionäre der „Solidarność“ und illegaler staatsfeindlicher Organisationen. (76) Auf Anordnung des Militärrates wurden auch einige Personen festgenommen, die persönlich dafür verantwortlich sind, dass es in den siebziger Jahren zu der tiefgehenden Krise des Staates kam, und die sich dafür zu verantworten haben, dass sie ihre Funktionen für persönliche Vorteile missbraucht haben. (77) Unter diesen Personen befinden sich: Edward Gierek, Piotr Jaroszewicz, Zdzisław Grudzień, Jerzy Łukaszewicz, Jan Szydłak, Tadeusz Wrzaszczyk und andere. (78) Die vollständige Liste wird veröffentlicht. (79) Wir werden das polnische Leben konsequent von allem Übel reinigen, ganz egal, wo es entsteht. (80) Der Militärrat sichert Voraussetzungen für eine rigorose Verschärfung des Kampfes gegen die Kriminalität. (81) Die Tätigkeit verbrecherischer Banden wird von Gerichten im Schnellverfahren untersucht werden. (82) Personen, die von Spekulationen großen Ausmaßes leben, die illegale Gewinne erzielen und die die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verletzen, werden verfolgt und mit aller Härte Bestraft. (83) Das auf ungesetzlichem Wege erworbene Vermögen wird eingezogen. (84) Leitende Kader, die dienstliche Vernachlässigungen, Vergeudung und Partikularismus, missbrauchte Macht und herzloses Verhalten zu Angelegenheiten der Bürger verschulden, werden auf Antrag der bevollmächtigten Militärkommissare auf disziplinarischem Wege aus ihren Funktionen entlassen.

(85) Die Achtung des werktätigen Menschen ist wieder herzustellen. (86) Gewährleistet werden müssen die Achtung des Gesetzes, der Ordnung und die persönliche Sicherheit für einen jenen, der in Ruhe leben und in Ruhe arbeiten will. (87) Ein besonderes Dekret sieht vor, dass einige Strafen für Verbrechen und Vergehen gegen die Interessen des Staates, die vor dem 13. Dezember dieses Jahres begonnen wurden, erlassen werden. (88) Wir suchen keine Vergeltung; wer sich ohne bösen Willen von Emotionen hinreißen ließ, wer einer falschen Eingebung erlag, kann diese Chance nutzen.

(89) Verehrte Bürgerinnen und Bürger! Der polnische Soldat diene und dient treu dem Vaterland. (90) Immer in der ersten Linie, immer dort, wo ihn die Gesellschaft braucht. (91) Er erfüllt auch heute in Ehren seine Pflicht. (92) Unser Soldat hat saubere Hände, er kennt keine Privatangelegenheiten, nur harten Dienst. (93) Er kennt kein anderes Ziel als das Wohl des Volkes. (94) Die Inanspruchnahme der Hilfe der Armee ist von außerordentlichem Charakter und nur für einen Übergangszeitraum bestimmt. (95) Die Armee ersetzt nicht die normalen Mechanismen der sozialistischen Demokratie. (96) Demokratie kann sich aber nur in einem starken und rechtssicheren Staat entwickeln. (97) Anarchie ist die Verneinung, ist der Feind der Demokratie.

(98) Wir sind nur ein Tropfen im Strom der polnischen Geschichte. (99) Diese besteht nicht nur aus Ruhmesblättern. (100) Es gibt in ihr auch dunkle Kapitel: das Liberum veto, Egoismus und Zwistigkeit. (101) Diese bewirkten im Endergebnis Niedergang und Niederlage. (102) Dieser tragische Kreis muss einmal durchbrochen werden. (103) Wir können uns keine weitere Wiederholung aus der Geschichte leisten.

(104) Wir wollen²⁶ ein großes Polen, groß an Errungenschaften, an Kultur, an Formen des gesellschaftlichen Lebens und in seiner Stellung in Europa. (105) Der einzige Weg zu diesem Ziel ist der Sozialismus, der von der Gesellschaft akzeptiert und durch die Erfahrung des Lebens ständig bereichert wird. (106) Ein solches Polen werden wir errichten. (107) Ein solches Polen werden wir verteidigen.²⁷

²⁶ Satz (104) sollte meiner Ansicht nach als „Wir wünschen uns ein großes Polen, (...)“ übersetzt werden.

²⁷ Jaruzelski, Wojciech: Ausgewählte Reden. Berlin: Dietz Verlag 1985. S. 47-51.

9 Literaturverzeichnis

Anusiewicz, Janusz/ Siciński Bogdan (hg.): Język a kultura. Język polityki a współczesna kultura polityczna. Band 11. Wrocław: Towarzystwo Przyjaciół Polonistyki Wrocławskiej 1994.

Austin, John Langshaw: Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with words). Stuttgart: Reclam Verlag 1972.

Bartoszewicz, Iwona: Formen der Persuasion im deutsch-polnischen politischen Dialog. Untersuchungen zu politischen Reden zwischen 1989 und 1995. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego 2000.

Bednarczyk, Leszek: Nowo-mowa. Zarys problematyki i perspektywy badawcze. In: Nowo-mowa. Materiały z sesji naukowej poświęconej problemom współczesnego języka polskiego odbytej na Uniwersytecie Jagiellońskim w dniach 16 i 17 stycznia 1981. London: Polonia Book Found LTD 1985. S. 27-41.

Bickel, Balthasar/ Nichols, Johanna: Inclusive-exclusive as person vs. number categories worldwide. In: Filimonova, Elena: Clusivity. Typology and case studies of the inclusive-exclusive distinction. Amsterdam/ Philadelphia: John Benjamins Publishing Company 2005. S. 49-72.

Bralczyk, Jerzy: O języku polskiej propagandy politycznej lat siedemdziesiątych. Stockholm: Almqvist & Wiksell 1987.

Bralczyk, Jerzy: O języku polskiej polityki lat osiemdziesiątych i dziewięćdziesiątych. Warszawa: Wydawnictwo TRIO 2003.

Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2003.

Burkhardt, Armin/ Pape, Kornelia: Politik, Sprache und Glaubwürdigkeit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003.

Daniel, Michael: Understanding inclusives. In: Filimonova, Elena: Clusivity. Typology and case studies of the inclusive-exclusive distinction. Amsterdam/ Philadelphia: John Benjamins Publishing Company 2005. S. 3-48.

De Beaugrande, Robert-Alain & Dressler Wolfgang U.: Einführung in die Textlinguistik. Tübingen: Niemeyer 1981.

Dieckmann, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag 1969.

Diekmannshenke, Hajo/ Klein, Josef: Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH 1996.

Dittmar, Norbert: Grundlagen der Soziolinguistik. Ein Arbeitsbuch mit Aufgaben. Tübingen: Niemeyer 1997.

Dobek-Ostrowska, Bogusława/ Fras, Janina/ Ociepka, Beata: Teoria i praktyka propagandy. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego 1997.

Dubisz, Stanisław: Język i polityka. Szkice z historii stylu retorycznego. Warszawa: Don Wydawniczy i Handlowy „ELIPSA” 1992.

Filimonova, Elena: Clusivity. Typology and case studies of the inclusive-exclusive distinction. Amsterdam/ Philadelphia: John Benjamins Publishing Company 2005.

Fras, Janina: Komunikacja polityczna. Wybrane zagadnienia gatunków i języka wypowiedzi. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego 2005.

Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2002.

Głowiński, Michał: Nowomowa po polsku. Warszawa: Wydawnictwo PEN 1990.

Grünert, Horst: Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der 'Paulskirche'. Berlin/ New York: de Gruyter 1974.

Grünert, Horst: Politische Geschichte und Sprachgeschichte. Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Sprachgebrauch in Geschichte und Gegenwart. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 52. S. 43-58.

Heinz, Adam: Kilka uwag o tzw. Nowo-mowie. In: Nowo-mowa. Materiały z sesji naukowej poświęconej problemom współczesnego języka polskiego odbytej na Uniwersytecie Jagiellońskim w dniach 16 i 17 stycznia 1981. London: Polonia Book Found LTD 1985. S. 13-16.

Hermanns, Fritz: Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In:

Klein, Josef: Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH 1989. S. 69-149.

Holly, Werner: Politikersprache: Inszenierung und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten. Berlin/ New York: de Gruyter 1990.

Hubenschmid, Markus: Text und Handlungsrepräsentation. Ein Analysemodell politischer Reden am Beispiel V.I. Lenins. München: Verlag Otto Sagner 1998.

Jarren, Otfried/ Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH 1998.

Jaruzelski, Wojciech: Ausgewählte Reden. Berlin: Dietz Verlag 1985. S. 47-51.

Jaruzelski, Wojciech: Przemówienia 1981-1982. Warszawa: Książka i Wiedza 1983. S. 213-218.

Jaworski, Rudolf/ Lübke, Christian/ Müller G. Michael: Eine kleine Geschichte Polens. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000.

Jäger, Siegfried: Wie die Deutschen die Fremden sehen: Rassismus im Alltagsdiskurs. In: Butterwege, Christoph/ Jäger, Siegfried (hg.): Rassismus in Europa. Köln: Bond-Verlag 1993. S. 230-247.

Jeziński, Marek: Język przemówień politycznych generała Wojciecha Jaruzelskiego w okresie stanu wojennego. Toruń: Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu Mikołaja Kopernika 2009.

Karpiński, Jakub: Mowa do ludu. Szkice o języku polityki. London: Puls Publications 1984.

Klein, Josef: Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH 1989.

Klein, Josef: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef: Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH 1989. S. 3-50.

Klein Josef/ Diekmannshenke, Hajo (hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftlichen Studien zur politischen Kommunikation. Berlin/ New York: de Gruyter 1996

Klein, Josef: Dialogblockaden. Disfunktionale Wirkung von Sprachstrategien auf dem Markt der politischen Kommunikation. In: Klein Josef/ Diekmannshenke, Hajo (hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftlichen Studien zur politischen Kommunikation. Berlin/ New York: de Gruyter 1996. S. 3-29.

Krupp, Friedrich: Führung und Verführung durch Sprache. Kritische Reflexionen zur Magie der Wörter. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1992.

Mikołajczyk, Beata: Sprachliche Mechanismen der Persuasion in der politischen Kommunikation. Dargestellt an polnischen und deutschen Texten zum EU-Beitritt Polens. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2004.

Nowak, Peter [u.a]: Die Grenzen der Abgrenzung. Methoden und Ergebnisse einer Studie zum antisemitischen Diskurs im Nachkriegsösterreich. In: Wodak, Ruth/ Menz, Florian (hg.): Sprache in der Politik – Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt 1990. S. 128-151.

Ożóg, Kazimierz: Język w służbie polityki. Językowy kształt kampanii wyborczych. Rzeszów: Wyd. UR 2004.

Ożóg, Kazimierz: Język kampanii wyborczej z 1997 na tle polszczyzny lat dziewięćdziesiątych, „Język polski” 1998, nr. 3-4.

Pisarek, Walery: O nowomowie inaczej. „Język polski” 1993, nr. 1-2.

Rathmayr Renate (hg.). Slavistische Linguistik 1985. Referate des XI. Konstanzer Slavistischen Arbeitstreffens Innsbruck 10. mit 12.9.1985. München: Verlag Otto Sagner 1986.

Rehbein, Jochen: Komplexes Handeln. Elemente zur Handlungstheorie der Sprache. Stuttgart: 1977.

Rehbock, Helmut: Deklarativsatzmodus, rhetische Modi und Illokutionen. In: Rosengren, Inger (hg.): Satz und Illokution. Tübingen: Niemeyer 1992. S. 91-171.

Rosengren, Inger (hg.): Satz und Illokution. Tübingen: Niemeyer 1992.

Sambor, Jadwiga: Nowomowa – język naszych czasów. In: Poradnik językowy 1985. S. 365-377.

Schippan, Thea: Lexikologie der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen: Niemeyer 1992.

Searle, John Rogers: Intentionalität. Eine Abhandlung zur Philosophie des Geistes. Frankfurt: Suhrkamp 1987.

Searle, John Rogers: Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay. Frankfurt: Suhrkamp 1971.

Siewierska-Chmaj, Anna: Język polskiej polityki. Politologiczno-semantyczna analiza expose premierów Polski w latach 1919-2004. Rzeszów: Wydawnictwo Wyższej Szkoły Informatyki i Zarządzania 2006.

Straßner, Klaus: Ideologie – Sprache – Politik. Tübingen: Max Niemeyer Verlag 1987.

Strauß, Gerhard: Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifika. Tübingen: Gunter Narr Verlag 1986.

Strauß, Gerhard/ Zifonun, Gisela (1982/1983): Formen der Ideologiegebundenheit. Versuch einer Typologie der gesellschaftspolitischen Lexik. In: Strauß, Gerhard: Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifika. Tübingen: Gunter Narr Verlag 1986. S. 67-147.

Strauß, Gerhard/ Haß, Ulrike/ Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/ New York: de Gruyter 1989.

Walczak, Bogdan: Co to jest język polityki? In: Anusiewicz, Janusz/ Siciński Bogdan (hg.): Język a kultura. Język polityki a współczesna kultura polityczna. Band 11. Wrocław: Towarzystwo Przyjaciół Polonistyki Wrocławskiej 1994. S. 15-20.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: J.C.B Mohr (Paul Siebeck) 1972.

Weiss, Daniel: Was ist neu am newspeak? Reflexion zur Sprache der Politik in der Sowjetunion. In: Rathmayr Renate (hg.). Slavistische Linguistik 1985. Referate des XI. Konstanzer Slavistischen Arbeitstreffens Innsbruck 10. mit 12.9.1985. München: Verlag Otto Sagner 1986. S. 247-325.

Wodak, Ruth/ Menz, Florian: Sprache in der Politik – Politik in der Sprache. Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch. Klagenfurt 1990.

Internetquellen:

Dobek-Ostrowska, Bogusława (2006): Rozwój studiów nad komunikowaniem politycznym w Polsce na tle badań światowych. Główne obszary badawcze i perspektywy rozwojowe. In: Global Media Journal.

URL:<http://www.globalmediajournal.collegium.edu.pl/artykuly/wiosna%202006/Dobek-Ostrowska-Rozwoj%20badan%20nad%20komunikowaniem.pdf>
(abgerufen am 15.09.2009)

www.globalmediajournal.collegium.edu.pl (abgerufen am 20.09.2009)

www.obp.pl (abgerufen am 20.09.2009)

www.sprache-in-der-politik.de (abgerufen am 20.09.2009)